

SVP – die Partei für die Schweiz



SVP Schweiz
Generalsekretariat
Postfach 8252
3001 Bern
www.svp.ch

Parteiprogramm
2011–2015





Inhaltsverzeichnis

Auf einen Blick	So wollen wir die Schweiz	4
Toni Brunner	Einstehen für die Schweiz	6
Sonderfall Schweiz	Selbstbestimmt und selbstbewusst	11
Bürger als Souverän	Bedrohte Freiheit verteidigen	15
Eigentum	Schutz vor linkem Raubzug	19
Finanzen, Steuern, Abgaben	Mehr den Privaten, weniger dem Staat	23
Unternehmen und Gewerbe	Es ist Vorschrift – sagt der Bürokrat	29
Aussenpolitik	Interessenwahrung statt Selbstaufgabe	35
Sicherheit	Kriminelle härter anpacken	41
Asylpolitik	Schluss mit den Scheinasylanten	47
Ausländer	Zuwanderung bremsen	53
Armee	Landesverteidigung als Hauptauftrag	61
Landwirtschaft	Gesunde Bauern – gesundes Land	65
Bildung	Leistung fordern, Leistung fördern	69
AHV, ALV, BVG, EO, IV	Sozialwerke sichern, Missbräuche bekämpfen	75
Gesundheit	Qualität dank Wettbewerb	81
Verkehrspolitik	Der Verkehr – Puls unserer Wirtschaft	87
Energie	Schweizer Strom: Sicher und umweltfreundlich	93
Umwelt	Handeln, nicht lamentieren	99
Medien	Wettbewerb statt Staatsmonopol	103
Kultur	Kultur ist Sache der Kultur	109
Sport	Bewegung für Körper und Geist	113
Mensch im Mittelpunkt	Miteinander statt gegeneinander	117
Religionen	Unsere Werte sind herausgefordert	121
Der Weg der Zukunft	Eigenverantwortung statt Staatsallmacht	124



So wollen wir die Schweiz



Wer die Schweizerische Volkspartei wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter in den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzen. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

Die SVP setzt sich ein

- für eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand, für ein lebenswertes Zuhause in unserer schönen Schweiz;
- für den schweizerischen Sonderfall mit den Säulen Souveränität, direkte Demokratie, immerwährende Neutralität, Föderalismus und Subsidiarität;
- für eigenverantwortlich handelnde Bürger mit grossen Mitbestimmungsrechten statt zentralistischer Staatsallmacht;
- für den Schutz des Privateigentums und der Privatsphäre;
- für einen sparsameren Staatshaushalt durch Senkung von Steuern, Gebühren und Abgaben für alle;
- für mehr Markt und weniger Bürokratie, für sichere Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und Gewerbebetrieben;
- für eine weltoffene und selbstbewusste Aussenpolitik ohne Beitritt zu EU, EWR oder NATO;
- für die härtere Bestrafung statt Verhätschelung der Kriminellen und für die Ausschaffung krimineller Ausländer;

- für eine konsequente Asylpolitik, die den Missbrauch verhindert und nur den echten Flüchtlingen Schutz gewährt;
- für eine auf die Bedürfnisse der Schweiz zugeschnittene Ausländerpolitik statt eine schrankenlose Massenzuwanderung;
- für eine einsatzbereite Armee mit dem Kernauftrag der Landesverteidigung und des Schutzes der eigenen Bevölkerung;
- für eine produzierende Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben, deren Freiheit nicht durch eine Flut von Auflagen erstickt wird;
- für ein Bildungssystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird;
- für sichere Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs durch Scheininvaliden und Arbeitsscheue;
- für die Gesundung des Gesundheitswesens durch Förderung der Selbstverantwortung, Prämiensenkungen und Entschlackung des Leistungskatalogs;
- für die Verflüssigung statt Blockierung des Verkehrs und gegen das Ausspielen des privaten gegen den öffentlichen Verkehr;
- für die sichere, günstige und möglichst unabhängige Energieversorgung von Haushaltungen und Betrieben;
- für einen gelebten Schutz der Umwelt mit konkreten Taten statt linksideologischer Geldumverteilung ohne Nutzen für die Natur;
- für eine Medienpolitik, die auf Wettbewerb unter Privaten setzt statt auf das SRG-Monopol von Radio und Fernsehen;
- für eine lebendige Kultur, die vom Staat weder verordnet noch in verflzten Strukturen gefördert wird;
- für Breiten- und Spitzensport zur Förderung von Körper und Geist;
- für ein Miteinander von Jung und Alt, Frau und Mann, Familien und Alleinstehenden;
- für die Grundwerte unserer christlich-abendländischen Kultur ohne Gewalt, Fanatismus und Verachtung unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

Einstehen für die Schweiz



Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung standen am Anfang unserer Eidgenossenschaft. Diese Werte haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geprägt. Sie garantieren uns Wohlstand und Sicherheit in guten wie in schlechten Zeiten. Die gemeinsamen Grundwerte der Eidgenossenschaft sind im Bundesbrief von 1291 festgehalten: «Im Hinblick auf die Arglist der Zeit» gelobten sich die Gründer unseres Landes gegenseitig Hilfe und Schutz. Sie versprachen die gemeinsame Abwehr von Angriffen und den Verzicht auf fremde Richter. Die Schweiz hat es als ehemals armes Land an die weltweite Spitze geschafft. Gerade auch angesichts von Wirtschafts- und Staatshaushaltskrisen unserer Zeit zeigt sich die Überlegenheit des Erfolgsmodells Schweiz. Diese Errungenschaften sind aber in Gefahr: Bundesrat, Parlament und Verwaltung stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und Stärken unseres Landes immer mehr in Frage.



Nein zum EU-Beitritt

Führende Personen und Parteien reden dem EU-Beitritt das Wort. Doch wer wird einmal die unermesslichen Schulden Europas tragen? Unsere Kinder und Enkel! Die Schweiz würde bei einem EU-Beitritt doppelt und dreifach bezahlen. Dennoch wollen uns die Classe politique und die «Eliten» durch Hintertüren in die EU drängen. Nach wie vor liegt das EU-Beitrittsge such der Schweiz in Brüssel. Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Schweizer Frankens bedeuten. Auch tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Abgaben und Steuern sowie Milliardenzahlungen an Brüssel wären die Folge.

Freiheit und Unabhängigkeit bewahren

Freiheit und Unabhängigkeit gilt es zu verteidigen. Ein Instrument der Landesverteidigung ist die Milizarmee, die im Volk verankert ist und somit auch nicht zum Spielball der Politiker werden darf. Verzichten wir auf das Milizsystem, geben wir entweder die Landesverteidigung auf oder, wir setzen auf eine teure Berufsarmee. Diese würde dann vor allem im Ausland Aufträge suchen und Konflikte und Krieg ins eigene Land holen. Gefährdet sind Freiheit und Unabhängigkeit auch durch eine ideologisch geprägte Aussenpolitik: Statt einer Diplomatie des Vermittelns herrscht immer mehr eine Diplomatie des erhobenen Zeigefingers. So verärgert man andere Staaten, stösst Handelspartner vor den Kopf und verrät die bewährte Neutralität.

Zuwanderung begrenzen

Seit je haben Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz in der Hoffnung auf ein besseres Leben eine neue Heimat gesucht. Ohne ihre Arbeit wäre manche Unternehmung heute nicht dort, wo sie steht. Die Schweiz hat aber mittlerweile ernsthafte Probleme mit der Zuwanderung. Die Politik von Bundesrat und Mitte-Links-Parteien führte zu einem unkontrollierten Bevölkerungswachstum mit schwerwiegenden Konsequenzen. Wichtige Qualitäten und Traditionen unseres Landes werden so gefährdet. Zudem fühlen sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen. Darum hat die SVP ihre Ausschaffungsinitiative lanciert: Wer als Ausländer mordet, vergewaltigt, raubt und Sozialwerke missbraucht, muss unser Land verlassen.

Geringerschätzung der Familie

Die Familie und die Verantwortung der Eltern für die Erziehung der Kinder werden zunehmend in Frage gestellt. Der Staat drängt immer stärker in den Verantwortungsbereich der Eltern. Mit vier Jahren sollen die Kinder bereits den obligatorischen Schulunterricht besuchen. Und hört man den Bildungsbürokraten zu, streben diese eine noch frühere Eingliederung in staatliche Angebote an. Statt dass die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule ihrem eigentlichen Auftrag der Ausbildung der Kinder nachgehen können, werden sie überfordert mit bürokratischen Formalitäten und stetig wechselnden Reformideen. Das eidgenössische Parlament hat gar beschlossen, dass Betreuungsabzüge und damit Steuererleichterungen nur jenen Familien zugute kommen

sollen, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Die Familieninitiative der SVP verlangt, dass auch jene Eltern, die ihre Kinder selber erziehen, mindestens dieselben Steuerabzüge machen können.

Sicherung der Sozialwerke

Die Politiker und Gewerkschafter überladen die Sozialwerke; die Zeche jedoch haben wir alle zu bezahlen. Weder die AHV noch die Arbeitslosenversicherung, weder die Invaliden- noch die Krankenversicherung, weder die Unfallversicherung noch die Sozialhilfe sind längerfristig solide finanziert. Immer mehr Ausländer wandern nicht in unseren Arbeitsmarkt ein, sondern in unsere Sozialwerke. Doch diese lassen sich nur sichern, wenn die Zahlenden die Garantie haben, dass sie nicht die Dummen sind. Darum ist jeder Missbrauch konsequent zu unterbinden. Die SVP will die bestehenden Sozialwerke sichern, statt sie bis zum Zusammenbruch weiter auszubauen. So sorgen wir für den sozialen Zusammenhalt und die finanzielle Sicherheit unserer Vorsorgeeinrichtungen.

Schweizer wählen SVP!

Die eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 bilden den richtigen Zeitpunkt, um sich Gedanken über die Zukunft unseres Landes zu machen. Inmitten der zahlreichen Herausforderungen gilt es festzuhalten, dass die Wurzeln in unserem Land gesund sind. Besinnen wir uns auf die Grundwerte und die Stärken der Schweiz! Das Volk ist die höchste Instanz in unserem Land und bestimmt den Weg. Wir Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, an der Urne Veränderungen herbeizuführen. Im Grunde geht es weniger um die Auswahl von Köpfen als um eine Sachabstimmung: Sind Sie für oder gegen die Schweiz? Wenn Sie wie wir auch weiterhin für die Schweiz eintreten möchten, empfehle ich Ihnen die SVP – die Partei für die Schweiz. Gegen die Schädigung unserer Heimat gibt es nur eine Antwort: Schweizer wählen SVP!

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz



Selbstbestimmt und selbstbewusst



Unsere Schweiz ist ein liberaler Staat mit umfassenden Freiheits- und Volksrechten, aussenpolitisch neutral, nach innen föderalistisch ausgerichtet. Die SVP steht ein für eine unabhängige, weltoffene Schweiz, die mit allen Ländern der Welt gute politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhält, gleichzeitig aber über ihre Souveränität wacht und ihre Angelegenheiten selber bestimmt. Unsere geistige Klammer bildet ein Patriotismus, der sich nicht an einer einheitlichen Kultur oder Sprache orientiert, sondern an der gemeinsam bestandenene Geschichte und am Bekenntnis zum politischen Sonderfall Schweiz, der diesen Vielkulturenstaat durch seine freiheitliche Ordnung erst ermöglichte. Uns einigt das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, dauernd bewaffnete Neutralität und Subsidiarität.

Bekenntnis zum Sonderfall

Unser heutiger Bundesstaat ist vor über 160 Jahren als demokratische, föderalistisch aufgebaute Republik inmitten von europäischen Monarchien entstanden. Später wurde dieser Sonderfall mit dem Ausbau der direkten Mitbestimmungsrechte des Volkes weiter gestärkt zum heute weltweit einzigartigen und hochmodernen Konzept des direktdemokratischen Kleinstaates Schweiz. Dieser hat uns trotz ungünstiger äusserer Voraussetzungen über fast zwei

Jahrhunderte Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Wenn wir aufhören, uns zu unserem Sonderfall zu bekennen und eine oder mehrere unserer Staatssäulen preisgeben, ist die Qualität der Schweiz als Ganzes gefährdet.

Besinnung auf unsere Stärken

Werte wie Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss stehen traditionell für das Wesen der Schweizerinnen und Schweizer. Diese Werthaltung prägte und prägt auch die schweizerischen Produkte und Dienstleistungen, die unter dem Begriff «Schweizer Qualität» überall in der Welt geschätzt werden. Das Nachlaufen und Nachvollziehen war noch nie eine Stärke unseres Landes. Die Probleme sollen da gelöst werden, wo man sie kennt und die Übersicht vorhanden ist. Um unsere Probleme

Sonderliche Eidgenossen

«Ihr Eidgenossen seid wunderbare Leute. Wenn Ihr schon uneins seid, so seid Ihr eins und vergesst die alte Freundschaft nicht.»

Johann Jakob Sturm, Stadtmeister von Strassburg, anlässlich der Kappeler Milchsuppe von 1529

eigenständig zu bewältigen, brauchen wir unsere eigene Gesetzgebung in einem souveränen, handlungsfähigen Staat. Wenn wir glauben, die ändern würden unsere Probleme lösen, befinden wir uns auf dem Holzweg. Auch Vorbilder gibt es kaum, denn nur wenige Staaten haben die Schwierigkeiten angepackt, vor denen auch wir stehen: Schuldenwirtschaft, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität und Massenzuwanderung.

Direkte Demokratie als weltweiter Sonderfall

Seit Bestehen des Bundesstaates fanden in der Schweiz mehr Wahlen und Abstimmungen statt als in allen andern Ländern der Welt zusammen. Die Schweizer können in einem einzigen Jahr öfter abstimmen und wählen als beispielsweise die Engländer in ihrem ganzen Leben.

Der Föderalismus hat Zukunft

Unser Bundesstaat als Zusammenschluss von Minderheiten ist undenkbar ohne weitgehende föderalistische Rechte von Kantonen und Gemeinden. In der Willensnation Schweiz ist der Föderalismus der einzige Weg, die Einheit zu leben. Nur der Föderalismus gewährt den Bürgerinnen und Bürgern die bestmögliche demokratische Mitbestimmung in überschaubarem Rahmen. Zentralistische Entscheide über die Köpfe der Bevölkerung hinweg führen zu Resignation, Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch zu Misswirtschaft. Je bürgernäher die Entscheidungen ausfallen, desto effizienter und sinnvoller wird mit öffentlichen Geldern umgegangen. Je kleinräumiger die politische Einheit ist, desto besonnener wirtschaftet sie. Aus all diesen Gründen streben in vielen Ländern immer mehr Menschen nach mehr Föderalismus und Mitbestimmung und haben genug von Bürgerferne und Demokratiedefizit.

Währung, Gold und Steuersouveränität erhalten

Ohne eigenständige Währung und ohne eigene Notenbank (Nationalbank) hätte die Schweiz die globale Finanzkrise seit 2008 wesentlich schlechter bestehen können. Viele ausländische Kunden, die um ihr Ersparnis fürchteten, brachten ihr Vermögen in die Schweiz und kauften Schweizer Franken. Dies lehrt uns, unsere eigene Währung zu behalten und unseren starken Franken nicht für den schwachen Euro preiszugeben. Den Goldbeständen der Nationalbank

ist Sorge zu tragen; statt des Ausverkaufs des Goldes wäre die Aufstockung unseres Goldbestandes angezeigt. Zu unserem Wohlstand hat der Steuerwettbewerb von Kantonen und Gemeinden erheblich beigetragen. Auch in Bezug auf die Steuersouveränität bildet die Schweiz einen Sonderfall. Da wir auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden im Vergleich zum Ausland zu den öffentlichen Geldern mehr Sorge getragen haben, kommt nun erheblicher Druck von aussen. Internationale Gremien erstellen willkürlich «schwarze» und «graue» Listen. Dahinter stehen genau jene Politiker, die ihre Kassen durch Misswirtschaft geleert haben. Diesen Einmischungsversuchen in unsere inneren Angelegenheiten ist mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Erfolgsrezept Nationalstaat

Unserem Land ist es immer dann gut gegangen, wenn es zum Sonderfall Sorge trug, statt die ändern nachzuahmen oder mit internationalen Organisationen zu «harmonisieren». Das schweizerische Erfolgsrezept besteht im Prinzip der Gegenläufigkeit: Die Schweiz war Republik inmitten von Monarchien, sie hielt das Lämpchen von Demokratie und Freiheit aufrecht inmitten von Diktaturen, und sie geht ihren eigenen unabhängigen Weg mitten in einer «integrierten» Europäischen Union. Dank diesem Sonderweg hat sich die Schweiz in kurzer Zeit vom «Armenhaus Europas» zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt entwickelt. Die Fähigkeit zur politischen Problemlösung ist und bleibt an handlungsfähige Nationalstaaten gebunden. Nur sie verfügen über die nötigen materiellen, personellen, finanziellen und auch militärischen Ressourcen. Aus diesem Grund sind in den letzten Jahren weltweit mehr neue Staaten entstanden als in manchen Jahrzehnten zuvor – davon sind übrigens die meisten Kleinstaaten.

Standpunkte

Die SVP

- bekennt sich zum schweizerischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, immerwährende bewaffnete Neutralität und Subsidiarität;
- will einen liberalen Staat mit umfassenden Freiheits- und Volksrechten für die Bürgerinnen und Bürger;
- kämpft für den Erhalt und den Ausbau der Volksrechte und wehrt sich gegen alle undemokratischen Einschränkungen (z.B. im Bereich des Initiativrechts);
- widersetzt sich den Versuchen eigennütziger Politiker und der Bundesverwaltung, den Sonderfall unter dem Vorwand von Integration und Harmonisierung preiszugeben;
- fordert solide «Schweizer Qualität» in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft statt Prestigedenken, Selbstgefälligkeit und pompöse Auftritte;
- verlangt von unseren Behörden Standfestigkeit beim zunehmenden Druck von andern Staaten und internationalen Organisationen gegen unsere Souveränität;
- setzt sich ein für unsere eigenständige Franken-Währung, den Ausbau der nationalen Goldreserven und die Lagerung der Goldbestände in der Schweiz;
- will einen handlungsfähigen Bundesstaat als nach wie vor bestes Mittel zur Lösung politischer Probleme.

Bedrohte Freiheit verteidigen



Die mündigen, vollwertigen und mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürger sind heute stark herausgefordert. Globalisierung und internationale Verflechtungen führen dazu, dass ihnen die Entscheidungen zunehmend durch politische Gremien, Gerichte, internationale Organisationen und Funktionäre abgenommen werden. Die schleichende Internationalisierung, Bürokratisierung, Zentralisierung und Harmonisierung bedrohen unsere direkte Demokratie. Die schrittweise Entmündigung geschieht unter dem Deckmantel des schön tönenden Schlagworts «Effizienzsteigerung». Kantone und Gemeinden bestimmen kaum mehr selber, sondern vollziehen vorwiegend noch das Recht des Bundes. Die Menschen sollen das von oben Verordnete nur noch brav abnicken. Sie müssen sich gegenüber der Obrigkeit immer mehr rechtfertigen und in ihrem Tun kontrollieren und überwachen lassen.

Behörden als willfähige Vollzugsgehilfen

Die SVP fordert von allen Politikern und allen Richtern das selbstbewusste Eintreten für unser schweizerisches Rechtssystem. Im Gegensatz dazu übernimmt der Bund zunehmend das international Vorgegebene, die Kantone vollziehen das vom Bund Angeordnete, und die Gemeinden befolgen das vom Kanton Befohlene. Die Behördenmitglieder aller Stufen können immer weniger selber gestalten und sehen sich degradiert zu blossen Vollzugsgehilfen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die ständige Zunahme von parteilosen Mitgliedern in den Gemeindebehörden. Diese sind weltanschaulich oft kaum gefestigt, schulden niemandem Rechenschaft und legen weniger Wert auf die Gemeindeautonomie als beispielsweise die Vertreter der SVP. Die Gefahr besteht, dass sie reine Verwalter und Bürokraten werden, die obrigkeitliche Anordnungen zum Nachteil der Bürger willig umsetzen.

Schleichende Anpassung an fremdes Recht

Unser schweizerisches Rechtssystem wird auf dem Wege des Nachvollzugs ständig mehr ans EU-Recht und ans internationale Völkerrecht angepasst. Allerdings gestalten die Völker weder das EU-Recht noch das Völkerrecht, denn dies tun Funktionäre, Experten, Professoren und Politiker. Wir übernehmen zahlreiche Regelungen der EU ohne Not.

Bürger im vollen Sinne

«Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsbürger Bürger im vollen Sinne sind.»

Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen, Berlin 1905

Auch die europäische Menschenrechtskonvention geht weit über das anerkannte, zwingende Völkerrecht hinaus und bedroht unsere staatlichen Freiheitsrechte. Wegen der UNO-Antirassismus-Konvention wurde ein Rassismus-Strafartikel eingeführt, welcher die Meinungsäusserungsfreiheit einschränkt. Ein UNO-Pakt verpflichtet uns grundsätzlich, den Zugang zum Hochschulunterricht für jedermann freizugeben. Die von der Schweiz unterzeichnete Europäische Sozialcharta würde uns im Falle der Ratifizierung zum ständigen Weiterausbau des Sozialstaats verpflichten.

Demokratie: Staatsform der Alternativen

Statt den Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit des selbständigen Urteils zuzugestehen, spielen sich unsere Behörden zunehmend als deren moralischer Vormund auf. Doch unser Staat ist keine Institution der Moral, sondern ein reiner Zweckverband zur Rechtsschöpfung und Rechtswahrung. Die immer häufigeren moralisierenden Stellungnahmen des Bundesrates sind fragwürdig und inakzeptabel. Denn die Demokratie ist die Staatsform der Alternativen. Es muss immer ein Ja oder ein Nein möglich sein, ohne dass die Befürworter der jeweils einen oder andern Meinung obrigkeitlich abgekanzelt oder gar als moralisch minderwertig qualifiziert werden dürfen. Genauso undemokratisch ist es, wenn Abstimmungsvorlagen von Bundesrat oder Parlament zu Paketen zusammengeschürt werden, um den Volkswillen bewusst zu unterlaufen. Ebenso zu bekämpfen sind Bundesgerichtsurteile, welche den in Volksabstimmungen geäusserten Willen einschränken oder gar missachten.

Direkte Demokratie nach deutschem Schulbuch

Frage: «Warum haben wir keine unmittelbare Demokratie?» Antworten: «Mangelnder Sachverstand – Politisches Desinteresse vieler Bürger – Überschaubarkeit der politischen Prozesse – Gefahr der Emotionalisierung – Organisatorische Probleme.»

Horst Pötzsch: Grundrechte, Hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Heft 239, Bonn 1993

Volkswahl heisst Volkswohl

In sämtlichen Kantonen der Eidgenossenschaft wird die Regierung direkt durch das Volk gewählt. Dies ist Ausdruck des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Volkssouveränität. Nur auf Bundesebene liegt die wichtigste Wahlkompetenz eines souveränen Volkes – die der obersten Landesbehörde – beim Parlament. Die SVP will mit der Volkswahl des Bundesrates die Demokratie auf Bundesebene entscheidend vervollständigen. Dies soll wie bei den meisten Kantonsregierungen oder

wie bei den meisten Gemeinderäten im Majorzsystem und unter Garantie von mindestens zwei Sitzen für die lateinische Schweiz geschehen. Die Bevölkerung wird ihre Regierung im Gegensatz zum Parlament ohne eigennützige, kleinkarierte Ränkespiele, parteipolitische Intrigen und Hintertreppenabsprachen wählen. Zudem ist der Einfluss der Medien auf die Bürgerinnen und Bürger kleiner als jener auf die Parlamentarier. Auch würden die vom Volk gewählten Bundesräte eher die Volksinteressen vertreten und sich nicht mehr im Ausland für Volksentscheide entschuldigen. Umgekehrt wäre die Bevölkerung vermehrt für die Regierung verantwortlich und könnte nicht mehr einfach sagen: «Die da oben machen ja doch, was sie wollen.» Aus all diesen Gründen wird die Volkswahl des Bundesrates den politischen Zustand der Schweiz verbessern.

Gesinnungsmaulkorb abschaffen

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm wurde im Widerspruch zu früheren Versprechungen durch die Gerichtspraxis ständig ausgeweitet. Neuerdings sind auch Äusserungen im nichtöffentlichen Rahmen oder Fasnachtsverse strafbar. Die wissenschaftliche Forschung wird beeinträchtigt, indem etwa ausländische Gastreferenten mit ihrer Sicht der Geschichte strafrechtlich verfolgt werden. Dies schafft uns internationale Feindschaften und trägt uns den Vorwurf ein, wir seien bezüglich Freiheitsrechte alles andere als ein Vorbild. Tatsächlich macht sich hierzulande ein Klima der Einschüchterung breit, in welchem die Linken ihre Tabuzonen wie Ausländerpolitik, Sozialmissbrauch und Entwicklungshilfe juristisch absichern. Der Präsident der Rassismuskommission missbraucht sein Amt zur Hetze gegen die von ihm gehasste SVP und zur Propagierung des EU-Beitritts. Dieses Maulkorbgesetz ist eines freien Volkes unwürdig und gehört abgeschafft.

Bürger, nicht Gerichte sollen entscheiden

Die politischen Entscheide sollen möglichst dezentral und nahe bei den Bürgern gefällt werden. Die Gemeinde ist die kleinste politische Einheit und steht den Bürgern am nächsten. Es soll möglichst auf Gemeindeebene und darum sachgerecht über lokale Angelegenheiten wie ergänzende Bildungsangebote, Krippenplätze, Wassergebühren oder allfällige Zusammenschlüsse von Gemeinden und Zweckverbänden entschieden werden. Gerichte dürfen sich nicht über verfassungsmässige Grundsätze hinwegsetzen und die Rechte der Bürger beschneiden. Die SVP lässt nicht zu, dass die demokratischen Rechte immer mehr eingeschränkt werden und dass sich die Justiz – eine von drei gleichberechtigten Staatsgewalten – zunehmend über die Demokratie stellen will. Darum sollen die Gemeinden auch selbständig und abschliessend über die Form der Einbürgerungen entscheiden.

Standpunkte

Die SVP

- **widersetzt sich der schleichenden Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger durch Globalisierung, Internationalisierung und Zentralisierung;**
- **verlangt von den gewählten Behörden, dass sie sich hinter unser Rechtssystem stellen, statt ständig fremdes Recht nachzuvollziehen;**
- **fordert den Verzicht auf den autonomen Nachvollzug von EU-Recht, wenn dieses nicht den Interessen der Schweiz entspricht;**
- **bekämpft die Zentralisierungstendenzen und den Ausbau der Aufgaben des Bundes;**
- **unterstützt kommunale Behörden und Gemeindeversammlungen, die noch gestalten können, statt bloss übergeordnete Anweisungen nachzuvollziehen;**
- **will, dass sich Regierung und Verwaltung weder in Abstimmungskämpfe einmischen noch dem Volk undemokratisch zusammengeschürte Vorlagen unterbreiten;**
- **lehnt von oben verordnete Fusionen von Gemeinden, Bezirken, Kreisen, Ämtern und Kantonen ab;**
- **verteidigt die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger und bekämpft die Tendenz der Gerichte, sich über die Demokratie zu stellen;**
- **setzt sich ein für die Wahl des Bundesrates durch das Volk;**
- **fordert die Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch Aufhebung der Rassismus-Strafnorm sowie Abschaffung der Eidgenössischen Rassismuskommission.**

Schutz vor linkem Raubzug



Eigentum bedeutet, über rechtmässig erworbene materielle und ideelle Güter frei verfügen zu können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie, wohlhabende und glückliche Gesellschaft möglich. Die Garantie des Eigentums ist Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirtschaftsordnung. Dieses Eigentum muss jederzeit frei veräusserlich und ausserdem vererblich sein. Ohne geschütztes Eigentum herrschen Verantwortungslosigkeit, Willkür und Massenarmut. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, ist bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Darum gehört die Garantie des privaten Eigentums zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates. Zum Schutz des Eigentums gehört auch die Achtung der Privatsphäre. Diese wird in letzter Zeit in teilweise bedenklicher Weise in Frage gestellt (Bankkundengeheimnis, Postgeheimnis, Stimmgeheimnis usw.). Diesem Trend ist entschieden entgegenzuwirken.

Vorteil für Eigentümer wie (noch) Nichteigentümer

«Ich für meinen Teil würde sicherlich lieber ohne Eigentum in einem Land leben, in dem viele andere etwas besitzen, als dort leben zu müssen, wo alles Eigentum «kollektiv-eigentum» ist – und von der Staatsgewalt bestimmten Verwendungen zugewiesen wird.»

*Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger:
Die Anmassung von Wissen, Tübingen 1996*

Wider den Raubzug der Linken

Wer arbeitet und etwas Geld zur Seite gelegt hat, wer auch später noch etwas von seinem Ersparten will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn jeder linke Vorstoss zielt darauf ab, an mehr Geld zu kommen und den Menschen Eigentum wegzunehmen. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die Linken, die jedes Problem mit dem Geld der anderen lösen wollen. Egal ob Ausländerintegration, Frühpensionierung, sechste Ferienwoche, Mindestlöhne, Betreuungsplätze, Familienzulagen, Tagesschulen, Elternurlaub: Alles ist für die Linken eine Frage des Geldes. Sie haben sich gemütlich in ihrem Umverteilungsapparat eingerichtet und leben bestens auf Kos-

ten der andern. Ihr Ideenreichtum für immer neue staatliche Einkommensquellen von Steuern, Abgaben, Gebühren und Lohnabzügen ist fast grenzenlos. Praktisch jede linke Aktivität geht zulasten des Eigentums unserer Bürgerinnen und Bürger.

Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht

Zu den wichtigsten Eigentumsrechten gehört dasjenige an Grund und Boden. Eine sinnvolle Raumplanung soll die Trennung von Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebieten sicherstellen. Dabei muss der Grundsatz gelten, einerseits Bauland ökonomisch zu nutzen, andererseits Kulturland, Wald und Erholungsgebiete sicherzustellen, damit sie ihre Nutz- und Schutzfunktionen erfüllen können. Die SVP setzt sich für ein Raumplanungs- und Bodenrecht ein, das eine langfristig verlässliche Rahmenordnung bildet und das private Eigentum respektiert. Die SVP bekämpft bürokratische Planungen und Eingriffe, die jede Nutzung bis ins Detail vorschreiben und keinen Raum für individuelle Bedürfnisse und Wettbewerbsverhältnisse zulassen. Das vorhandene Baugebiet und die bestehende Bausubstanz müssen effizient genutzt werden können. Die SVP verlangt eine Straffung und Vereinfachung von Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren. Nur so können unnötige Kosten vermieden und Standortnachteile abgebaut werden.

Mehr Freiheit für Wohneigentum

Der Erwerb von Wohneigentum ist ein bedeutendes Eigentumsrecht. In diesem Bereich drohen durch zunehmende staatliche Auflagen und Einschränkungen ebenfalls grosse Gefahren. Nur wenn es den Vermietern gut geht, kann es auch den Mietern gut gehen. Wenn sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnt, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes ist im heutigen Mietrecht durch eine Überreglementierung stark eingeschränkt. Die SVP verlangt deshalb eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert werden. Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung. Gegenüber dem staatlichen Wohnungsbau hat die SVP schwerste Bedenken: Wo die öffentliche Hand als mächtige Immobilienbesitzerin auftritt, herrschen planwirtschaftliche Zustände mit Zuteilungsfeudalismus und ungerechten Mietzinsprivilegien. Der sogenannte «soziale Wohnungsbau» ist zutiefst unsozial, denn er privilegiert einige wenige, benachteiligt aber gleichzeitig die vielen Nichtprivilegierten.

Die SP und das Eigentum

«Eigentum darf nicht allein ein Recht sein, sondern auch eine Pflicht. Sein Gebrauch muss dem Allgemeinwohl dienen. Die Sozialdemokratie steht für eine sozialpflichtige, je nach ökologischen oder ökonomischen Aufgaben unterschiedlich ausgestaltete Eigentumsordnung mit persönlichen, privaten, öffentlichen, unternehmensrechtlichen und genossenschaftlichen Nutzungs- und Verfügungsrechten.»

Parteiprogramm der SP Schweiz, zweiter Entwurf der Geschäftsleitung, 10.9.2010

Keine Enteignung durch Steuerprogression

Eine proportionale Besteuerung zugunsten der unentbehrlichen Staatsaufgaben ist durchaus angemessen und mit dem Eigentum vereinbar. Problematisch ist aber die auch hierzulande existierende progressive Steuer, die im Grunde die Eigentumsgarantie verletzt. Wenn einmal das Prinzip angenommen ist, dass höhere Einkommen zu einem höheren Satz besteuert sind, gibt es keine logische Grenze mehr, bis alle Einkommen über einen bestimmten Betrag weggesteuert werden. Dieses eigentumsfeindliche Steuersystem wird von einer profitierenden Mehrheit festgesetzt, welche die Hauptlast der Steuern nicht selber trägt. Die SVP weiss, dass ein unvernünftiger Raubzug auf die hohen Vermögen und Einkommen das Eigentum schwächt und letztlich gerade den weniger Bemittelten schadet.

Auch geistiges Eigentum schützen

Neben dem materiellen muss der Staat auch das geistige Eigentum schützen. Ein funktionierendes Patentrecht ist Voraussetzung für unseren Wirtschaftsstandort, bei dem Wissen, Forschen sowie die Entwicklung und Produktion hochwertiger Güter eine wichtige Rolle spielen. In unserem Land wird wie kaum sonst wo neben den Hochschulen auch privatwirtschaftlich geforscht und entwickelt. Dies geschieht nur, solange die Produzenten durch ihre Anstrengung ein Produkt gewinnen, das ihnen gehört. Auch hier muss das Prinzip des Privateigentums gelten. Dasselbe gilt für die Rechte von Künstlern in Wort und Ton. Der Sozialismus bekämpft das geistige Eigentum und die entsprechenden Patente; er will lieber alles an alle verteilen. Die Folgen sind Konkurs, Zusammenbruch und Wirtschaftstotenstille.

Standpunkte

Die SVP

- verteidigt das verfassungsmässig garantierte Eigentum gegen die Angriffe von Sozialisten in allen Parteien und Organisationen;
- unterstützt ein freiheitliches Raumplanungs- und Bodenrecht unter Respektierung des Privateigentums;
- verlangt straffere und einfachere Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren im Planungs- und Baurecht;
- fordert mehr steuerliche Anreize für den Erwerb von Haus- und Wohneigentum;
- setzt sich für die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung unter Beibehaltung der investitionsfördernden Schuldzinsabzüge ein;
- beurteilt den staatlichen Wohnungsbau mit grosser Skepsis und wendet sich gegen den unsozialen «sozialen Wohnungsbau»;
- will keine unvernünftigen Progressionssätze in der Besteuerung;
- verteidigt das geistige Eigentum als wichtige Grundlage des Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz;
- setzt sich für den Schutz der Privatsphäre ein.

Mehr den Privaten, weniger dem Staat



Unsere Finanz- und Steuerpolitik bestimmt alle andern staatlichen Aufgaben. Der Staat braucht zur Erfüllung der ihm aufgetragenen Leistungen Geld. Doch haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht, dass ihre Steuern, Abgaben und Gebühren effizient und verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Die finanzpolitische Lage der Schweiz bleibt leider unbefriedigend. Trotz aller Spar- und Entlastungsprogramme bläht sich der Staatshaushalt weiter auf. Gesamtschweizerisch verdrängen seit 1990 die Sozialausgaben und Transferzahlungen die übrigen Aufgabengebiete aus dem öffentlichen Haushalt. Es fehlt im Bund sowohl an einer wirksamen finanzpolitischen Prioritätenliste wie auch an einer strategischen Zielsetzung und erst recht an einer wirklichen Verzichtsplanning.

Von Sparen keine Spur

Zwischen 2000 und 2010 sind die Ausgaben des Bundes um rund 28 Prozent angestiegen. Gleichzeitig wurden auch 14 Prozent mehr Einnahmen getätigt. Damit ist der Staat wesentlich stärker gewachsen als die Wirtschaft.¹ In den Jahren 2010 bis 2014 sollen die Ausgaben erneut um 12 Prozent steigen, genauso wie die Einnahmen, deren Wachstum 16 Prozent beträgt.² Der Personalbestand der öffentlichen Hand steigt ständig weiter an und belastet die Steuerzahler. Der Bund lebt über seine Verhältnisse, das Staatswachstum liegt weiterhin über dem Wirtschaftswachstum und der Teuerung. Im Wettbewerb mit andern Staaten fällt die Schweiz zunehmend zurück. Die Staats-, Steuer- und Verschuldensquote ist seit 1980 massiv angestiegen. Die von den Etatisten und Linken behauptete «Sparwut» und das angebliche «Kaputtsparen» sind reine Fantasiebegriffe.

Die Schweiz fällt zurück

Vor dreissig Jahren gehörte die Schweiz noch zu den marktwirtschaftlich konsequentesten Ländern der Welt. Unser Land ist wirtschaftlich noch immer recht gut positioniert, wenn man es etwa mit den EU-Ländern Deutschland und Frankreich vergleicht. Doch im Vergleich zu Ländern wie Singapur oder den USA ist die Schweiz bezüglich Pro-Kopf-Einkommen seit 1980 ständig zurückgefallen. Denn wir haben manche Liberalisierung und Privatisierung verpasst und stattdessen das Sozial- und Umverteilungssystem ständig ausgebaut. Kurz: Das Gewicht des Staates hat ständig zugenommen. Dass uns Singapur und die USA überholt haben, hängt damit zusammen, dass diese Staaten klein beziehungsweise dezentral organisiert sind. Darum müssen wir der direkten Demokratie auch aus finanzpolitischen Gründen Sorge tragen: Sie ist näher bei den Bedürfnissen der Bürger, führt zu niedrigeren Staatsausgabenquoten, zu besseren und kostengünstigeren öffentlichen Angeboten und zu einem höheren Einkommen pro Kopf.

¹ EFD: Staatsrechnungen 2000 bis 2009

² EFD: Voranschlag 2010 sowie Finanzplan 2012–2014

Alarmierende Staatsverschuldung

Der ständige Druck der SVP gegen die Staatsverschuldung hat erste Früchte getragen. Dennoch betrugen die Schulden 2010 allein auf Bundesebene noch immer 112 Milliarden Franken oder 58'000 Franken pro vierköpfige Familie. Die Politiker in Bern haben es also fertiggebracht, den Schuldenberg von 1990 bis 2010 fast zu verdreifachen. Bis 2014 sollen die Schulden auf 118 Milliarden Franken ansteigen. Die Gesamtschulden von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialwerken betragen gar 212 Milliarden Franken oder 108'000 Franken pro vierköpfige Familie.³ Dies alles geschieht trotz einer Schuldenbremse, welche die Stimm-

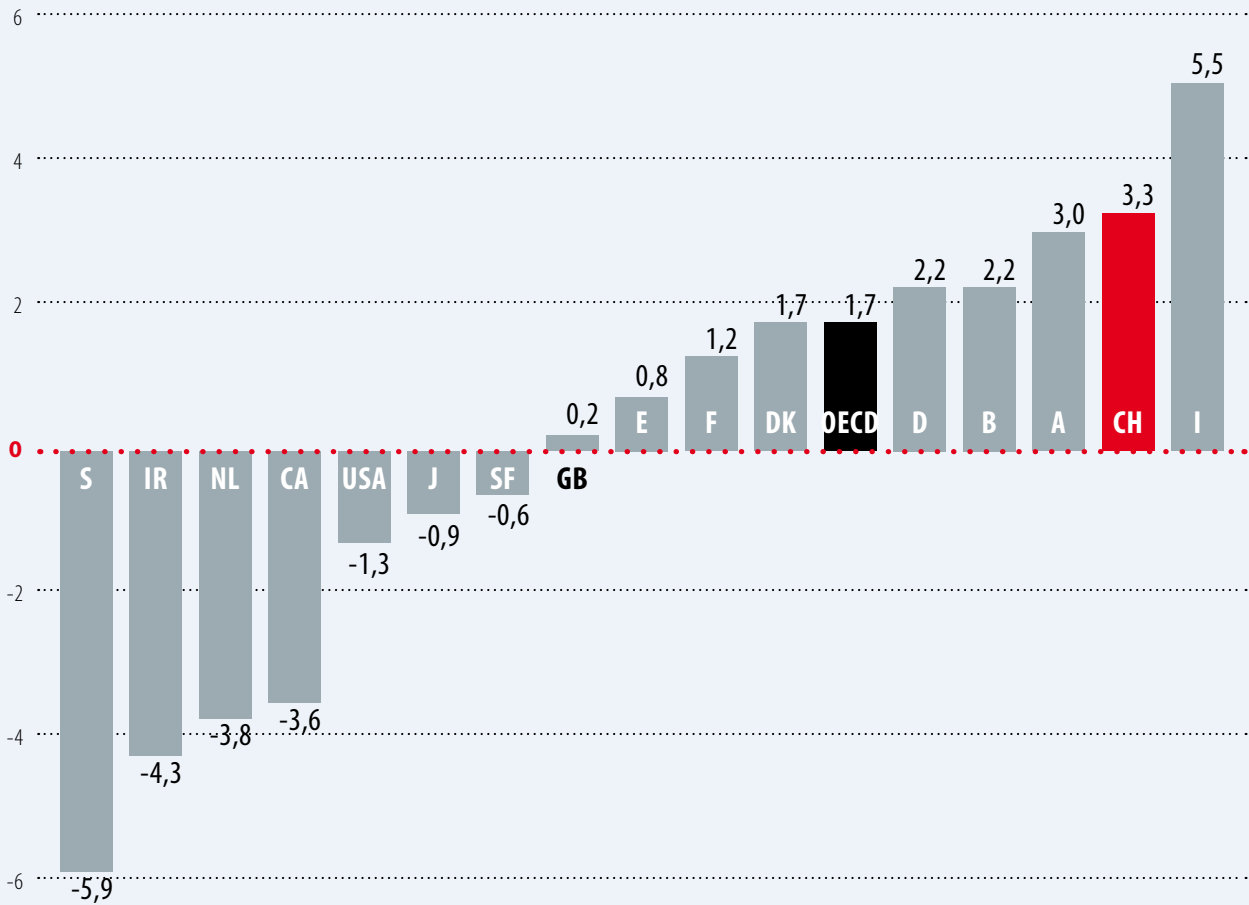
bürger im Jahre 2001 mit der überwältigenden Mehrheit von 84 Prozent beschlossen haben. Wir führen ein Leben auf Pump, denn wir gönnen uns in der Gegenwart auf Kosten der Zukunft mehr, als uns zusteht. Und die Linke nennt dieses Einkaufen mit der Kreditkarte unserer Kinder erst noch «sozial», «solidarisch» und «nachhaltig»!

Steuersenkungen – dank der SVP

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben

Wachstum der Fiskalquoten 1990–2008

(Angaben in Prozent)



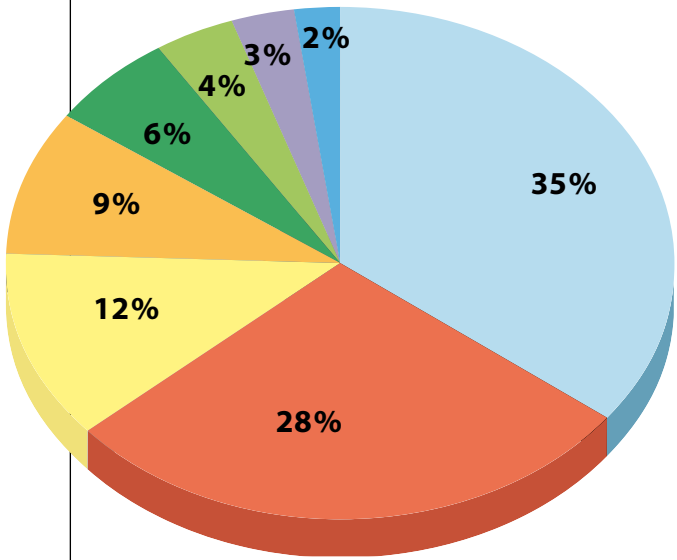
Quelle: OECD Revenue Statistics (Dezember 2010)

³ EFD: Staatsrechnung 2009 und Voranschlag 2010, Finanzplan 2012–2014;
BFS: Bevölkerungsstatistik

und Gebühren) arbeiten. Nur mit einer Entlastung durch Senkung von Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die SVP bekämpft alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert weitere

steuerliche Entlastungen. In mehreren Kantonen ist es ihr gelungen, den Steuerfuss zu senken. Auslegungsfragen bei Steuern, Abgaben und Gebühren sind zugunsten der steuer- und abgabepflichtigen Bevölkerung und Unternehmen zu regeln.

Struktur der Bundeseinnahmen 2011

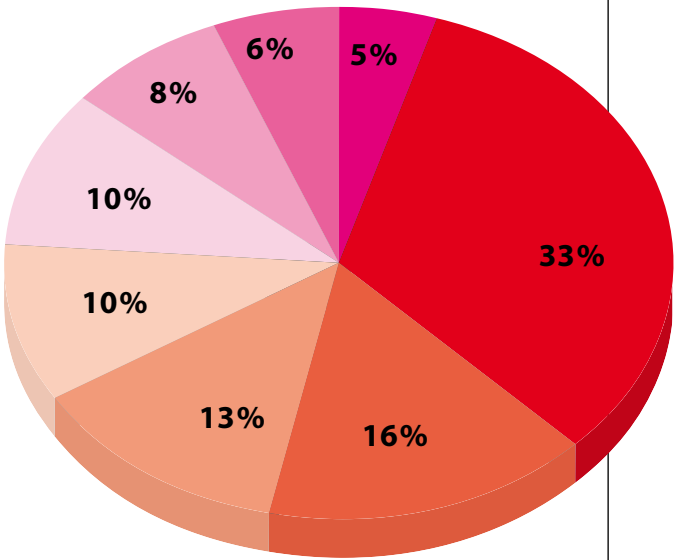


Total: 61,9 Mia. Franken

Mehrwertsteuer	35%
Direkte Bundessteuer	28%
Verbrauchssteuern	12%
Übrige Einnahmen	9%
Verrechnungssteuer	6%
Stempelabgaben	4%
Verkehrsabgaben	3%
Regalien / Konzessionen	2%

Quelle: economiesuisse, dossierpolitik Nr. 22, 2010

Struktur der Bundesausgaben 2011



Total: 62,5 Mia. Franken

Soziale Wohlfahrt	33%
Finanzen und Steuern	16%
Verkehr	13%
Übrige Ausgaben	10%
Bildung und Forschung	10%
Landesverteidigung	8%
Landwirtschaft	6%
Beziehungen zum Ausland	5%

Quelle: economiesuisse, dossierpolitik Nr. 22, 2010



Steuerwettbewerb erhalten

Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit von Kantonen und Gemeinden. Nur so kann Wettbewerb stattfinden, und nur so sind bequem gewordene Regierungen gezwungen, ihre Steuerpolitik zugunsten der Bürgerinnen und Bürger statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Dem erpresserischen Druck der Europäischen Union auf das schweizerische Steuersystem ist entschieden zu widerstehen. Es darf diesbezüglich weder Verhandlungen noch alternative Vorschläge geben. Ebenso abzulehnen ist die zunehmende Einmischung des Bundesgerichtes in Steuerentscheide, welche in den Kantonen durch den Souverän gefällt werden. Der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verlangt ungleiche Steuern für ungleiche Einkommen. Diesem Grundsatz ist auch mit einem degressiven Steuertarif Rechnung getragen.

Die SVP zu staatlichen Konjunkturprogrammen

«Es bringt nichts, wenn der Bundesrat und die Mitte-Links-Parteien drei Konjunkturprogramme über knapp 2 Milliarden Franken beschliessen, wenn der Bevölkerung im Gegenzug durch eine Mehrwertsteuererhöhung über 8 Milliarden Franken an Kaufkraft entzogen werden sollen.»

SVP-Präsident Toni Brunner im Nationalrat, 17.9.2009

Standpunkte

Die SVP

- kämpft für ausgeglichene Budgets auf allen Stufen des Gemeinwesens, damit der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt;
- setzt sich ein für die Offenlegung der Anzahl Beschäftigten des öffentlichen Sektors auf allen Stufen;
- fordert die Reduktion des Bundespersonalbestandes auf den Stand von 2000 (2009 = 33'056, 2000 = 28'221) und eine massive Senkung des Personalaufwandes;
- bekennt sich zu Steuersenkungen zur Förderung des Konsums und lehnt wirkungslose Konjunkturprogramme ab;
- will eine Vereinfachung des Steuersystems mit mehr Pauschalabzügen und tieferen Steuersätzen statt einer Vielzahl von abzugsberechtigten Einzelinteressen;
- verlangt die Senkung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent und des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen von 8,5 auf 5 Prozent;
- widersetzt sich einer Mehrwertsteuerreform, falls sie zur Steigerung der Einnahmen missbraucht wird;
- lehnt die Einführung eines Einheitssatzes zur Mehrwertsteuer ab, da Luxusgüter verbilligt und Grundnahrungsmittel teurer würden;
- fordert die Reduktion der Besteuerung des Geschäftsvermögens bei Einzel- und Personengesellschaften;
- spricht sich für die Prüfung der Unterstellung der Sozialwerke unter die Schuldenbremse aus.



Es ist Vorschrift – sagt der Bürokrat



Drei Viertel der schweizerischen Arbeitsstellen finden sich in kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) mit weniger als 250 Mitarbeitenden.⁴ Die KMU sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft; fast 70 Prozent unserer Lehrlinge werden in KMU ausgebildet.⁵ Aber auch die international tätigen Grosskonzerne, die selbst nur einen geringen Teil ihrer Wertschöpfung in der Schweiz erwirtschaften, aber wichtige Kunden der lokalen Zulieferer und Dienstleister darstellen, haben für uns eine grosse Bedeutung. Sie sind auf gute Standortbedingungen angewiesen; für sie steht die Schweiz mit anderen Ländern im Standortwettbewerb. Die Schweiz ist zwar politisch ein Kleinstaat, wirtschaftlich aber dank innovativer Firmen von nicht geringer Bedeutung für die Weltwirtschaft. Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent und kompetent wie die SVP. Denn die grosse Mehrheit ihrer Volksvertreter im Nationalrat wie in den Kantonsparlamenten sind selbständig Erwerbende und in der Privatwirtschaft Tätige.

Vorschriftendschungel lichten

Unternehmen und Gewerbebetriebe werden durch einen Dschungel staatlicher Vorschriften und Reglemente geplagt und damit in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Diese Regulierungskosten schlagen für die KMU mit 50 Milliarden Franken zu Buche.⁶ Die in Umfragen meistgenannte Schwäche der Schweiz ist die überbordende staatliche Bürokratie. Die zunehmende Flut von Gesetzen, Verordnungen oder komplizierte Abrechnungsverfahren im Steuerbereich gefährdet Arbeitsplätze. Die Auflagen in den Bereichen Bauen, Raumplanung, Umwelt, Energie, Betriebsführung, Sozialleistungen, Versorgung und Entsorgung werden immer strenger und belasten vor allem den Mittelstand. Jeder der 300'000 Schweizer KMU-Betriebe muss sich heute während 650 unbezahlter Stunden mit Papierkrieg beschäfti-

gen; 1986 waren es noch 360 Stunden.⁷ Dies bedeutet für die Wirtschaft unproduktive Kosten von jährlich 7 Milliarden Franken. Staatliche Regulierungen allein durch Sozialversicherungen, Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit und Lebensmittelhygiene erzeugen Kosten von 4 Milliarden Franken.⁸ Die SVP kämpft für mehr Freiraum und weniger Regulierungen, tiefere Steuern, gegen die Doppelbesteuerung der Unternehmensgewinne, für die Befreiung der Unternehmen von der direkten Bundessteuer, für günstige Zinsen und billige Energie. Sie fordert seit Jahren die Abschaffung des wirtschafts-

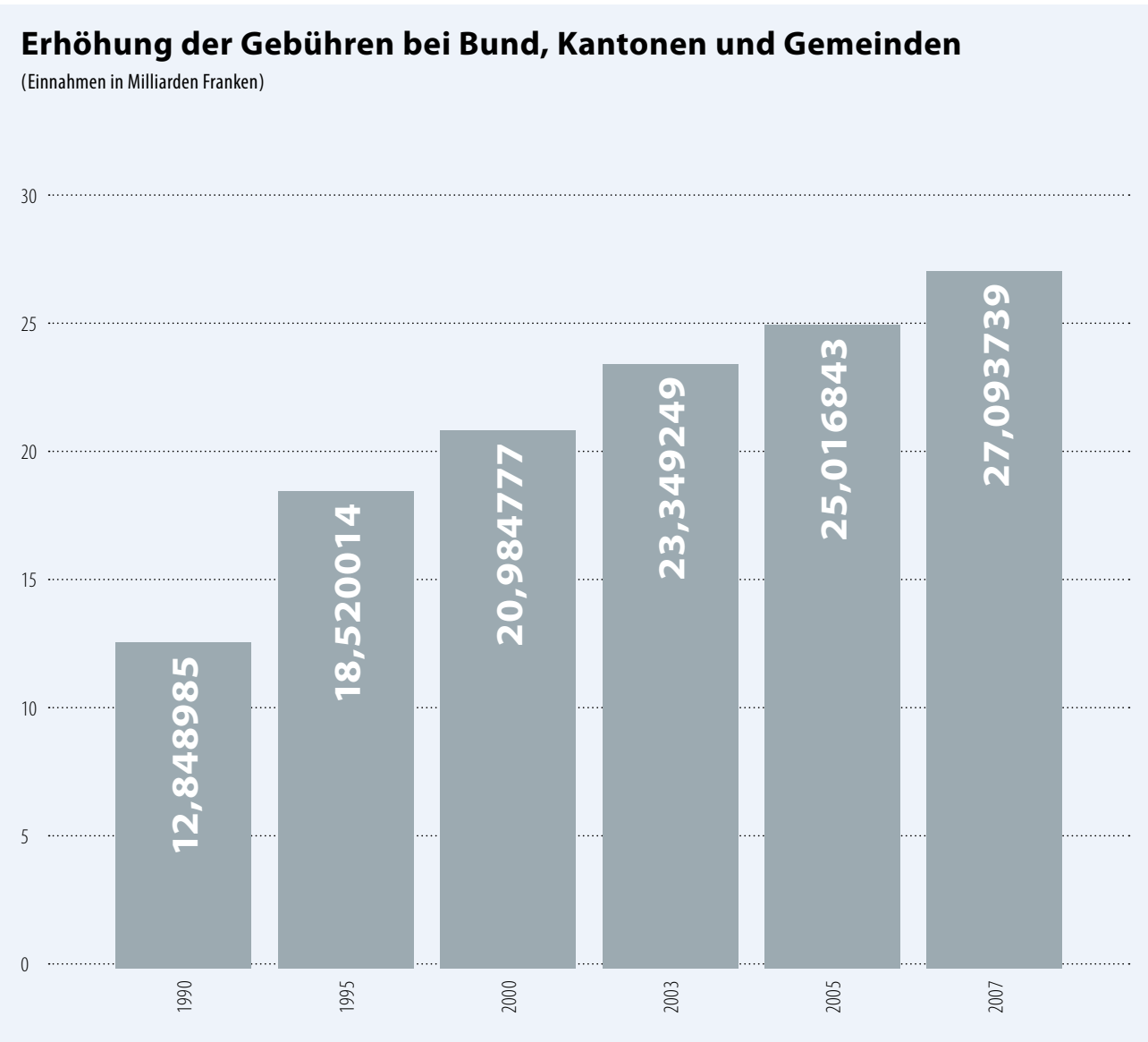
⁴ BFS: Betriebszählung 2008

⁵ BFS: KMU-Landschaft im Wandel (2008), Betriebszählung 2005 sowie 2008

⁶ Bericht des Bundesrates: Vereinfachung des unternehmerischen Alltags (2006)

⁷ sgv: Administrative Entlastung der KMU (2005)

⁸ KPMG: Messung von Regulierungskosten für Schweizerische KMU (2010)



Quelle: EFD, Öffentliche Finanzen der Schweiz

feindlichen Verbandsbeschwerderechts, mit dem einige professionelle Verhinderer notwendige Zukunftsinvestitionen und damit Wachstum und Wohlstand sabotieren. Die SVP will das Aktienrecht revidieren, um Lohnexzesse zu verhindern und das private Eigentum vor Manager-Raubzügen zu schützen.

Markt statt Filz

Obwohl das sozialistische Wirtschaftssystem überall auf der Welt katastrophal gescheitert ist, wird unserem Wirtschaftsleben zunehmend planwirtschaftliches Gedankengut aufgezwungen. Anstelle von Markt und Wettbewerb treten staatliche Vorschriften und Interventionismus. Unnötige

Monopole wie die Post, die Suva oder die SRG verteuern die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz. Externe, bundesnahe Experten, Berater und Meinungsmacher kassieren jährlich gegen eine Milliarde Franken.⁹ Die Aufträge werden oft auf Grund von Beziehungen ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Geliefert wird inhaltlich das, was die Verwaltung erwartet, denn entscheidend sind persönliche und politische Kumpanei. Gegen diese «Staatsabzocker» unternehmen die Linken nichts. Denn sie und ihre Mitprofiteure tun sich gütlich an diesem staatsnahen Speckgürtel und zweigen Milliarden Steuerfranken für sich und ihre Klientel ab. Der Angriff auf die Eigentumsrechte

⁹ GPK Ständerat: Umfang, Wettbewerbsorientierung und Steuerung des Expertenbezugs in der Bundesverwaltung (2006)

der forschenden Unternehmen durch sogenannte Parallelimporte ist nicht akzeptabel. Ebenso abzulehnen sind esoterische Angriffe auf unsere weltweit tätige Pharmaindustrie sowie auf Unternehmen der blühenden Biotechnologie und Life Sciences. Es wäre verheerend, die so geschaffenen Wertschöpfungen und Arbeitsplätze durch fanatisierte Technologiefeinde oder vorgebliche Tierschützer zu gefährden.

Mehr Freiheit fürs Gewerbe
«Die unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung muss wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, und der Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Nur ein schlanker Staat gewährt genügend unternehmerische Freiheit.»
SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Schweizerische Gewerbezeitung, 21.5.2010

Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft

Ein regelrechtes linkes Umerziehungsprogramm hat dazu geführt, dass Freiheit, Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung heutzutage fast als verdächtig erscheinen. Die Pflicht eines Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, wird moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker die wahren «Sozialarbeiter» in unserem Land. Sozial und moralisch handeln nicht jene, die das Geld anderer verteilen oder ihren Moralismus zum gut bezahlten Beruf machen. Wahrhaft sozial handelt, wer Geld verdient, Gewinn erwirtschaftet, diesen investiert und damit Arbeitsplätze schafft. Wahrhaft sozial handelt, wer in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt. Die linke Politik führt zu weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit. Sie schwächt das Gewerbe und den Wirtschaftsstandort, vor allem die vielen KMU-Betriebe, die den grossen Teil der Arbeitsplätze und Lehrstellen anbieten. Die vor allem in jüngster Vergangenheit wieder starke Zunahme der Staatsstellen belastet hingegen die Wirtschaft. Mehr Beamte führen zu mehr Bürokratie und Aktionismus, was von der Wirtschaft und den übrigen Steuerzahlern beglichen werden muss.

Finanzplätze als Wirtschaftsmotor

Die Schweiz verdankt ihren Wohlstand zu einem stattlichen Teil den prosperierenden Finanzplätzen. Diese erwirtschaften 12 Prozent der Wertschöpfung und 12 bis 15 Prozent der Steuereinnahmen der Schweiz; 5,8 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Grossbanken, Privatbanken und Versicherungsgesellschaften.¹⁰ Dazu kommen viele wissensintensive Dienstleister wie Vermögensverwalter, Rechtsanwälte, Treuhänder, Rechnungsprüfer, Personalbeschaffungsfirmen usw. Diese Stärke unserer Volkswirtschaft ist gegen alle Druckversuche von EU, OECD und konkurrierenden ausländischen Finanzplätzen zu verteidigen. Der in- und ausländischen Kundschaft unseres Finanzplatzes müssen persönliche Freiheit, Diskretion und Privatsphäre garantiert bleiben. Darum widersetzt sich die SVP allen weiteren Aufweichungstendenzen unseres traditionellen Bankkündengeheimnisses. Die Stempelsteuern, die viele attraktive Geschäfte von der Schweiz fernhalten, müssen abgeschafft werden. Die volkswirtschaftlichen Risiken durch grosse Finanzdienstleister, deren Zusammenbruch die gesamte Volkswirtschaft gefährden würde («too big to fail»), sind durch entsprechende Strukturvorgaben zu reduzieren. Bei Banken, die im Krisenfall durch den Bund gerettet werden müssten, sind die variablen Lohnanteile (Boni) auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Das Geld wird erst nach einigen Jahren ausbezahlt, sofern das Institut keine Bundeshilfe beansprucht.

Schweizer Standortvorteile
«Die klassischen Standortvorteile der Schweiz gelten immer noch: Die Mitarbeiter sind gut ausgebildet und loyal. Zudem zeichnen sie sich durch Einsatzfreude aus. Auch das duale Bildungssystem ist ein Vorteil. Dazu müssen wir unbedingt Sorge tragen.»
SVP-Nationalrat Peter Spuhler, Inhaber der Stadler Rail Group, NZZ online, 16.9.2010

¹⁰ SBVg: Der Finanzplatz Schweiz und seine Bedeutung (2009)



Auflagen behindern auch Tourismus

Zahlreiche In- und Ausländer beleben unseren Fremdenverkehr und suchen Erholung durch Naturerlebnisse, Sport, Gesundheitspflege sowie kulturelle oder kulinarische Angebote. Der Tourismus mit seinen zahlreichen Arbeitsplätzen ist für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung. Der einzigartigen landschaftlichen Schönheit unseres Landes stehen belastende Faktoren wie ein starker Franken, hohe Kosten oder veraltete Strukturen gegenüber. Damit die Tourismusbranche aus eigener Kraft weiterhin oder noch vermehrt mit innovativen Angeboten aufwarten kann, unterstützt die SVP als Ausnahmefall den Erhalt des exportorientierten reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie. Bürokratische und regulierende Auflagen hingegen schwächen die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe und verteuern das Angebot.

Wettbewerbsfähigkeit erhalten

«Um angesichts der Aggressivität anderer Länder wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir die Belastung durch Steuern und Gebühren unbedingt reduzieren.»

SVP-Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime, Freiburger Nachrichten, 20.9.2007

Standpunkte

Die SVP

- steht ein für die grossen, mittleren und kleinen Unternehmen als Grundlage unseres Wohlstandes;
- kämpft für mehr Freiraum und weniger teure Regulierungsflut für unsere Betriebe;
- fordert die konsequente Durchsetzung der bestehenden Rechtsordnung anstelle neuer Verbote;
- verlangt, dass der Staat die Wirtschaft weder konkurrenziert noch behindert;
- unterstützt die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts;
- verlangt eine Vereinfachung der Mehrwertsteuer und eine Senkung der Gewinnsteuer für Betriebe bei der direkten Bundessteuer;
- fordert eine Befreiung vom Statistikaufwand für kleinere Unternehmen;
- bekämpft den «Speckgürtel» von linken staatsnahen Pseudounternehmen;
- steht zum Schweizer Finanzplatz und zum schweizerischen Bankkundengeheimnis;
- will ein griffiges Aktienrecht zum Schutz des Eigentums vor Manager-Raubzügen;
- setzt sich ein für den Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Hotellerie und Gastronomie.

Interessenwahrung statt Selbst-aufgabe

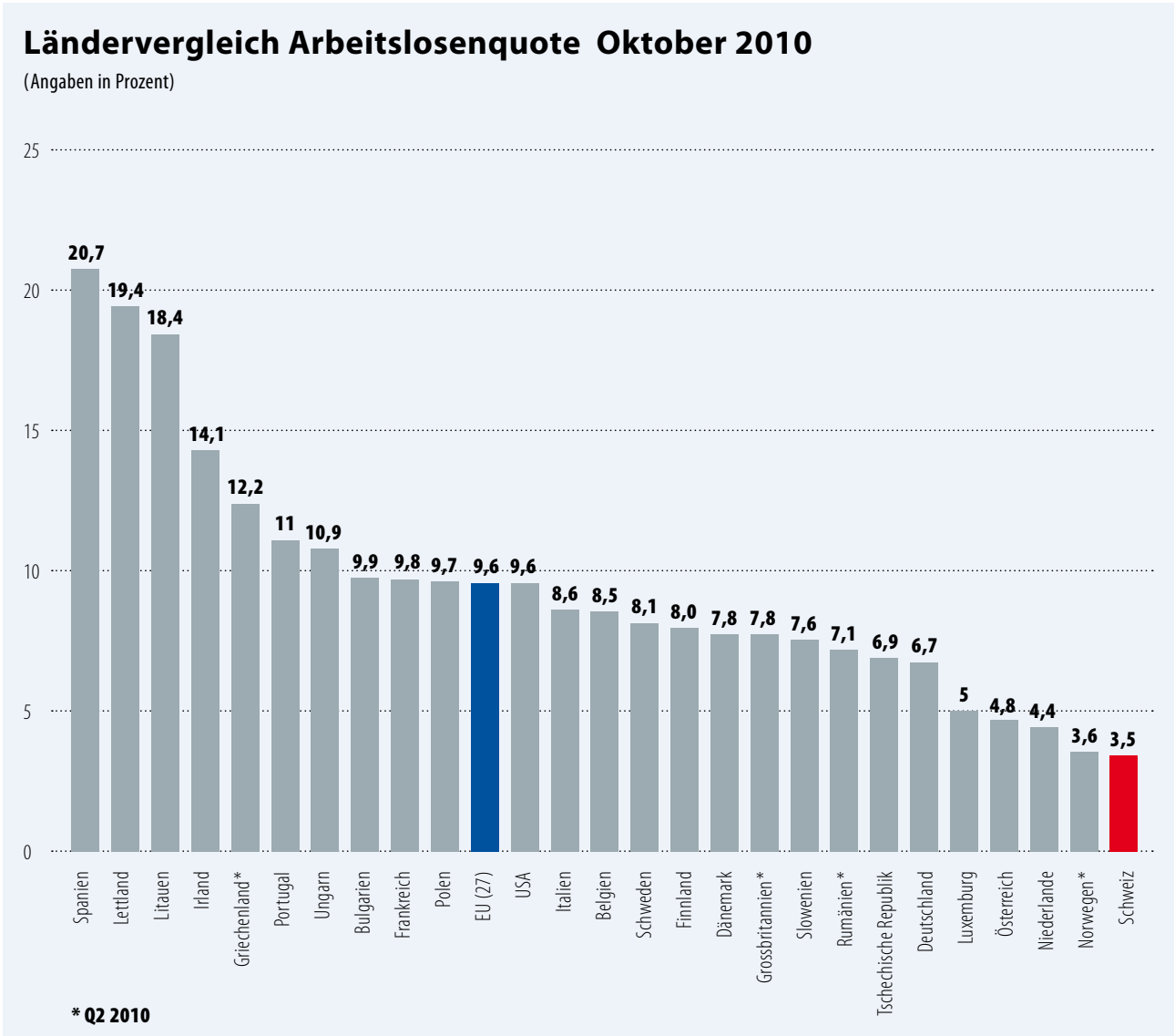


Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Seine Gestaltungsfreiheit ist einzig durch das zwingende Völkerrecht beschränkt. Das Schweizer Volk und dessen gewählte Vertreter führen die Aufsicht über die Ausübung der Aussenpolitik durch den Bundesrat. Der Bundesrat wie die Bundesparlamentarier verpflichten sich mit ihrem Eid oder Gelübde, sich an Verfassung und Gesetze zu halten. Diese Verfassung beauftragt Bundesrat und Parlament mit «Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz». Die ständige, schleichende Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität der letzten zwei Jahrzehnte widerspricht dem verfassungsmässigen Auftrag unserer Aussenpolitik. Dasselbe gilt für Verträge, die der Schweiz unzumutbare Nachteile aufbürden. Das Schweizerische Strafgesetzbuch hält fest: «Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteile der Eidgenossenschaft führt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.»

Neutralität bewahren

Unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität ist nicht Selbstzweck oder blosser Gewohnheit, sondern sie sichert der Schweiz und ihren Bürgerinnen und Bürgern die Unabhängigkeit. Und zwar neben der politischen vor allem auch die geistige und moralische Freiheit des selbständigen Urteils. Unser Staat ist ein Zweckverband und kein moralischer Vormund, weder der Bürger noch der Völkergemeinschaft. Und unsere Neutralität hat nicht zuletzt den Sinn,

die Unabhängigkeit des Urteils der Bürger zu gewährleisten. Die immer häufigeren moralisierenden Stellungnahmen des Bundesrates zu allen möglichen internationalen Problemen sind fragwürdig und inakzeptabel. Die Schweizerinnen und Schweizer verpflichten ihre Regierung und Verwaltung seit Jahrhunderten zum Stillsitzen, damit sie nicht im Namen der Bevölkerung urteilen und verurteilen – und damit sie die Bürger nicht in Konflikte oder gar Kriege hineinziehen, für die dann das Volk den Kopf hinhalten muss. Die SVP hält entschieden am Erfolgsmodell der Neutralität fest, das im



Quelle: Eurostat (November 2010), BFS (November 2010)

Volk tief verankert ist und breiteste Unterstützung geniesst. Sie bekämpft das Fehlkonzzept der «aktiven Neutralität», das ein Widerspruch in sich selber ist. Statt einer Diplomatie des erhobenen Zeigefingers ist eine Diplomatie des Vorbildes gefragt. Eine Aussenpolitik der Phrasen, der Heuchelei und der Sündenbockmentalität schafft uns Feinde und verärgert Handelspartner.

SP schafft Neutralität ab
Botschafter Anton Thalmann vom Eidgenössischen Departement des Äussern meint: «Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.» Die SP übernimmt diesen Ratschlag in ihrem neuen Parteiprogramm: Die «Neutralität» kommt darin nicht mehr vor.

UNO: Macht vor Recht

Nach einer äusserst knappen Abstimmung ist die Schweiz im Jahr 2002 gegen den Widerstand der SVP den Vereinten Nationen beigetreten. Hatte sie früher schon im humanitären Bereich mitgearbeitet, wurde sie nun auch Teil der politischen UNO. Die UNO ist alles andere als ein Zusammenschluss von vorbildlich demokratischen, freien und humanen Staaten. In vielen UNO-Mitgliedstaaten werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, politische Abweichler gefoltert und eingesperrt, Frauen unterdrückt und Kinder ausgebeutet – von Vetternwirtschaft, Korruption und Geldverschleuderung ganz zu schweigen. Dennoch darf sich die Schweiz im Rahmen des so genannten Menschenrechtsrates regelmässig kritisieren lassen. Die UNO ist keine Rechtsorganisation, sondern eine Macht-

organisation. Denn sie schafft für die Mächtigen Sonderrecht: Die Vereinten Nationen haben seit ihrer Gründung 1945 fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrates mit einem Vetorecht ausgestattet, setzen also Macht vor Recht. Dieser Sicherheitsrat ergreift Partei, verhängt Boykotte und führt Kriege, was mangels eigener Streitkräfte allerdings die NATO oder die USA besorgen. Eine angeblich kollektive Sicherheit der UNO und die gleichzeitige Führerschaft eines einzelnen Staates schliessen sich gegenseitig aus. Aus diesen Gründen ist es für die neutrale Schweiz nicht zweckmässig, dereinst im UNO-Sicherheitsrat mitzuwirken.

EU als intellektuelle Fehlkonstruktion

Wovor die SVP schon 1992 anlässlich der EWR-Abstimmung eindringlich gewarnt hat, ist heute offensichtlich: Die Europäische Union erweist sich als intellektuelle Fehlkonstruktion. Gescheitert ist der Versuch, ein gemeinsames Rechts- und Währungssystem über Länder mit völlig unterschiedlicher Mentalität, Geschichte, Sozialsystemen, Verschuldung und Wirtschaftsleistung zu stützen. Der Euro wurde als politische Währung ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Realitäten geschaffen und verliert ständig an Wert. Die Fleissigen finanzieren die Bequemen; das führt zu Unwillen, Spannungen und Konflikten. Die hoch verschuldete EU musste Notpakete für Hunderte Milliarden Euro schnüren, die niemand besitzt. Wegen unserer Mitgliedschaft beim internationalen Währungsfonds, welche die SVP seinerzeit bekämpft hat, muss sich die Schweiz ebenfalls an sogenannten «Rettungsschirmen» beteiligen. Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie, mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU-Beitritt gekämpft zu haben.

Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs

Seit 1992 liegt ein Gesuch um Beitritt in die EU in Brüssel. In jenem Jahr hatte der Bundesrat den EU-Beitritt als «strategisches Ziel» erklärt. Seit damals kämpft die SVP für den Rückzug dieses verhängnisvollen Beitrittsgesuchs. Denn es ist unmöglich, hartnäckig bilaterale Verträge auszuhandeln, wenn die EU als Verhandlungspartner davon ausgeht, dass

Lohnvergleich Schweiz-EU

Jahreslohn in Franken für einen Angestellten, 35-jährig, zwei Kinder:
(Bruttolöhne in Franken)

	Zürich	Berlin	Paris
Volksschullehrer	95'847	62'612	40'653
Call-Center Mitarbeiter	45'995	35'609	28'784
Facharbeiter	87'093	42'879	38'131
Ingenieur	106'233	67'212	65'134

Quelle: UBS, Preise und Löhne, 2009

die Schweiz der EU ohnehin beitreten will. Heute aber ist das Ziel der offiziellen EU-Politik unklar – oder es wird bewusst verschleiert. Denn Bundesrat und Verwaltung wollen in die EU und sind darum auch bereit, deren «dynamische Rechtsentwicklung» zu übernehmen und sich damit freiwillig einem Kolonialvertrag zu unterwerfen. Dabei könnte die Schweiz als zweitwichtigster Handelspartner der EU hinter den USA durchaus selbstbewusster auftreten. Wenn Bundesrat und Wirtschaftsverbände ständig vom «bilateralen Weg» sprechen, sprechen sie lediglich vom Weg, aber nicht vom Ziel. Das Ziel setzt unsere Bundesverfassung mit ihrer Schutzgarantie von Freiheit und Rechten des Volkes sowie Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes. Darum muss das EU-Beitrittsge such jetzt endlich zurückgezogen werden. Wenn der Bundesrat und die Mitteparteien dies nicht wollen, wollen sie – entgegen allen gegenteiligen Behauptungen – der EU beitreten. Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der ständigen Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit angesagt. Denn zukunfts trachtige Wachstumsmärkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU.

Christoph Blocher zu den bundesrätlichen Absichten
«Warum zieht der Bundesrat nicht endlich dieses EU-Beitrittsge such zurück? Weil der Bundesrat – ohne es zu sagen – in die EU drängt. Höre nicht, was sie sagen, sondern merke, was sie denken und schaue, was sie tun beziehungsweise nicht tun.»
a. Bundesrat Christoph Blocher in der Rede
«Wird die Schweiz an die EU verraten?», 4.9.2010

Gute Dienste und humanitäre Hilfe wirkungsvoll einsetzen

Die Rolle des Kleinstaates Schweiz besteht nicht darin, am Spiel der Mächtigen teilzunehmen, und ebenso wenig, sich als Schiedsrichter einzumischen und über «Gute» und «Böse» zu richten. Die erfolgreiche Rolle ist jene des Sanitäters am Spielfeldrand, der rasch, unbürokratisch und unparteiisch Erste Hilfe leistet, Verletzte versorgt – und dafür nicht einmal eine Rechnung präsentiert. Dazu sind unsere bewährten Guten Dienste nach wie vor das wirkungsvollste Mittel. Die diskreten diplomatischen Bemühungen um Frieden und Versöhnung sind – sofern die Parteien eine gewisse Lösungsbereitschaft zeigen – den lauten Deklarationen im Rahmen des Konferenztourismus vorzuziehen. Darum muss sich unser Land weiterhin um die Übernahme diplomatischer Vertretungen von andern Staaten gegenüber Drittstaaten bemühen. Die Schweiz ist als Depositärstaat des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) weltweit bekannt für ihre humanitären Dienste, die sie ohne Ansehen von Nationalität, Abstammung oder Überzeugung unabhängig von staatlicher Einflussnahme und auf freiwilliger Basis leistet. Das Schweizerische Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) mit mindestens 700 einsatzbereiten Personen eignet sich für direkte Aktionen und Unterstützung internationaler Organisationen durch Spezialisten im Katastrophenfall.¹¹ Auch bei der humanitären Hilfe müssen Prioritäten gesetzt und Effizienzkontrollen durchgeführt werden. Sie ist aber beim Einsatz von Bundesmitteln vorzuziehen gegenüber den immer mehr ausufernden, weltfremd-akademischen Friedensbürokratien in Genf oder Bern.

Entwicklungshilfe überdenken

Die Geschichte der Entwicklungshilfe und der Schuldenerlasse ist eine Geschichte von Enttäuschungen. Trotz jahrzehntelangen Zahlungen von immensen Summen durch die westlichen Industrieländer geht es etwa dem afrikanischen Kontinent schlechter als zur Kolonialzeit. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes stabilisiert. Gerade in Afrika mehren sich die kritischen Stimmen: Voraussetzung für den Aufschwung bildet nicht die linke Brunnenbauromantik, die nur einen bürokratischen Riesenapparat nährt und die Drittweltländer in unselbständiger Empfängerhaltung verharren lässt. Not tut vielmehr die Schaffung von Marktwirtschaft, Eigentumsgarantie, Rechtssicherheit, Eigenverantwortung, politischer Freiheit und gerechter Besteuerung. Unsere Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) verfügt über das riesige jährliche Budget von fast 1,5 Milliarden Franken.¹² Diese Mittelflüsse sind vollstän-

dig transparent zu machen, in ihrer Effizienz zu kontrollieren und endlich unter Bildung von Schwergewichten einzusetzen. Das Ausrichten von Entwicklungshilfegeldern muss an Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber gekoppelt werden. Statt die Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern. Zahlungen an multilaterale Grossprojekte internationaler Organisationen sind zugunsten von nationalen, vorab privaten Entwicklungsinitiativen zu reduzieren. Die politisch völlig einseitig zusammengesetzte Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit muss abgeschafft werden.

Von Arm zu Reich?

«Entwicklungshilfe besteht darin, das Geld armer Menschen in reichen Ländern an reiche Menschen in armen Ländern zu transferieren.»

Peter Thomas Bauer, 1915-2002, britischer Entwicklungsökonom

¹¹ www.skh.ch

¹² Staatsrechnung 2009

Standpunkte

Die SVP

- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Erhaltung von Freiheit, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;
- bekämpft jede Aufweichung der immerwährenden, bewaffneten Neutralität;
- widersetzt sich den Bemühungen um Aufnahme in den UNO-Sicherheitsrat;
- fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs in Brüssel und die Auflösung des Integrationsbüros;
- will keine weiteren Verträge, die unsere Handlungsfreiheit einschränken;
- spricht sich dafür aus, dass wichtige Staatsverträge obligatorisch vom Volk genehmigt werden müssen;
- widersetzt sich jedem Druck von aussen gegen unsere Steuerautonomie;
- unterstützt die bewährte Leistung Guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für Humanitäre Hilfe;
- verlangt, dass die Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen für Asylbewerber gekoppelt wird und eingebunden ist in eine zweckmässige Zielsetzung und Gesamtstrategie durch den Bundesrat mit jährlicher Überprüfung durch das Parlament;
- fordert von Ländern, deren Bürger in den Bereichen Asyl und Justiz hohe Kosten verursachen, eine finanzielle Beteiligung durch Kürzung der Entwicklungshilfe;
- setzt sich ein für eine Reduktion der Entwicklungshilfegelder an unübersichtliche, multinationale Bürokratien.

Kriminelle härter anpacken



Kein Tag vergeht ohne Schreckensmeldungen über Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen und Morde. Auch Raub, Einbrüche und Drohungen nehmen beständig zu und gefährden die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem die Schwachen unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber. Viele Frauen und ältere Menschen trauen sich abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Aber auch Jugendliche im Ausgang, in der Freizeit, ja auf dem Pausenplatz sind allzu oft brutalen Tötlichkeiten ausgesetzt. Dazu ist die Quote der Aufklärung von Verbrechen bedauernswert gering, weil viele Straftaten gar nicht angezeigt werden. Das Risiko, für eine Straftat belangt zu werden, nimmt ständig ab. Wir erleben eine beunruhigende Zunahme der Gewalt, wobei vor allem die hohe Ausländerkriminalität und die wachsende Jugendkriminalität erschrecken.

Strafrecht verschärfen

Jahrzehntelang haben die linken Achtundsechziger das Strafrecht geprägt. Demnach galten Verbrecher hauptsächlich als Leidtragende von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit; praktisch alle Täter schienen therapierbar und resozialisierbar. Ihre Betreuung war umfassend, während man die Opfer und ihre Familien vor allem sich selber überliess. Unser Rechtswesen krankt heute an zwei Übeln: Erstens sind im aktuellen Strafrecht Scheinstrafen vorgesehen, die keine Strafen sind. Zweitens schöpfen allzu viele Richter das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele zu milde Urteile sorgen dafür, dass den Justizmassnahmen die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. So verurteilt man einen Kinderschänder oft zu einer Geldstrafe oder einen Vergewaltiger als Ersttäter nur zu einer bedingten Freiheitsstrafe. 70 Prozent aller Sexualstraftäter

mussten zum Beispiel 2008 nicht ins Gefängnis. Nicht nur, dass solche Täter nicht ins Gefängnis müssen – ihre Strafe wird nach bestandener Probezeit wieder aus dem Strafregister gelöscht. Mit dem früheren Strafrecht wurden wesentlich mehr Sexualstraftäter inhaftiert als mit dem heutigen.

Endlich Opferschutz statt Täterschutz!

«Wir haben dringenden Handlungsbedarf. Aber warum wird nicht gehandelt? Weil die Politik nicht will. Die Mehrheit des Parlamentes bietet dazu keine Hand. Und der Bundesrat lehnt Verschärfungen des Strafrechts und ein härteres Vorgehen gegen Verbrecher konsequent ab.»

SVP-Nationalrätin Natalie Rickli, Der Zürcher Bote, 27.4.2009

Vorwand des «Völkerrechts»

Hinzu kommt, dass die Rechtsprechung immer öfter internationale Konventionen betreffend «Menschenrechte» vorschiesst, um so die angemessenen Strafurteile zu umgehen. Mit Vorwänden bezüglich «völkerrechtlicher Regelungen» werden die direktdemokratischen Volksrechte zunehmend ausgehöhlt oder am liebsten als ungültig erklärt. Sowohl die «Verwahrungsinitiative» wie auch die «Unverjährbarkeits-Initiative» wurden nachträglich in Bundesbern verwässert. Umgekehrt fordert ein Freiburger Professor allen Ernstes die Einführung von Scharia-Gerichten für Muslime in der Schweiz. Die ansonsten viel zitierten Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Frauen sollen hier offenbar auf der Strecke bleiben. Und für Diebe, denen eine Hand abgehakt wird, haben wir ja die Invalidenversicherung! Unser Strafrecht muss wieder den Gedanken der konsequenten Ahndung von kriminellen Handlungen ins Zentrum stellen. Straftäter sollen wissen, dass sie für ihre Taten büssen werden. Sonst zerbricht das Vertrauen in unsere Gerichte und unseren Rechtsstaat. Die SVP fordert eine massive Verschärfung des Strafrechts und entsprechende Revisionen im Strafgesetzbuch. Im Zentrum muss der Schutz der Opfer – nicht primär jener der Täter – stehen.

Immer mehr kriminelle Ausländer

Noch nie gab es so viele Gewaltverbrechen wie heute. In den vergangenen neun Jahren stiegen die Körperverletzungen von rund 5'500 Fällen auf über 10'000 Fälle.¹³ Auch die vorsätzlichen Tötungen, Vergewaltigungen, Raubüberfälle, Nötigungen, Unzuchtsdelikte oder Freiheitsberaubungen und Entführungen sind massiv angestiegen. Bei Gewalt und Drohungen gegen Staatsangestellte spricht der Bund von einem «Höchststand seit statistischer Messung». Nicht nur die Zahl der Delikte steigt ständig an, sondern auch deren Ausländeranteil. Rund die Hälfte aller Gesetzesverstösse werden von Ausländern begangen. Und dies bei einem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von 22 Prozent. Gerade bei schweren Straftaten ist der Ausländeranteil erschreckend hoch, sei es bei

- schwerer Körperverletzung 54%
- Freiheitsberaubung und Entführung 56%
- Tötungsdelikten 59%
- Handel mit Betäubungsmitteln 59%
- Vergewaltigungen 62%¹⁴

Und von den Insassen unserer Gefängnisse haben über 70 Prozent einen fremden Pass.¹⁵ Nicht weniger als 14 Prozent der Straffälligen sind Kriminaltouristen. Der Schengen-Vertrag mit der EU führte zum Wegfall der Grenzkontrollen und zu einem Anstieg der Kriminalität, unter dem nicht zuletzt die Grenzregionen leiden. Ein weiteres Problem stellen insbesondere in den Städten organisierte Bettelbanden dar. Auch sie profitieren von den offenen Grenzen, begehen nicht selten Delikte und nutzen dabei auch Kinder für ihre Zwecke aus.

Kriminelle Ausländer ausschaffen

So kann es nicht weitergehen. Früher durften die Richter sogenannte Landesverweisungen aussprechen. Heute geht dies nur noch mit einem komplizierten Verfahren und mehreren Rekurs- und Einsprachemöglichkeiten. Es ist höchste Zeit, die Regeln unseres Landes wieder durchzusetzen. Darum hat die SVP dieses Problem mit ihrer Ausschaffungsinitiative angepackt: Wer als Ausländer in schwerer, vorsätzlicher Weise gegen unsere Rechtsordnung verstösst, muss unser Land verlassen. Wer als Ausländer mordet, tötet, vergewaltigt, raubt oder unsere Sozialwerke missbraucht, wird konsequent ausgeschafft. Auch die Jugendgewalt ist allzu oft gleichbedeutend mit Ausländerkriminalität. Zwar gibt es auf Bundesebene keine umfassende Jugendkriminalitätsstatistik, und viele jugendliche Täter besitzen mittlerweile den Schweizer Pass. Experten gehen aber von einem Migrationshintergrund bei Jugendtätern von 75 Prozent aus.

Die Sicht aus der täglichen Praxis

«Es ist sehr wichtig, dass wir eine Parlamentarische Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen gründen konnten. Wir wollen nun die Parlamentarier und die Medien für die Polizeiarbeit und deren Probleme sensibilisieren. Die meisten Leute haben nämlich keine Ahnung, was auf der Strasse so passiert.»

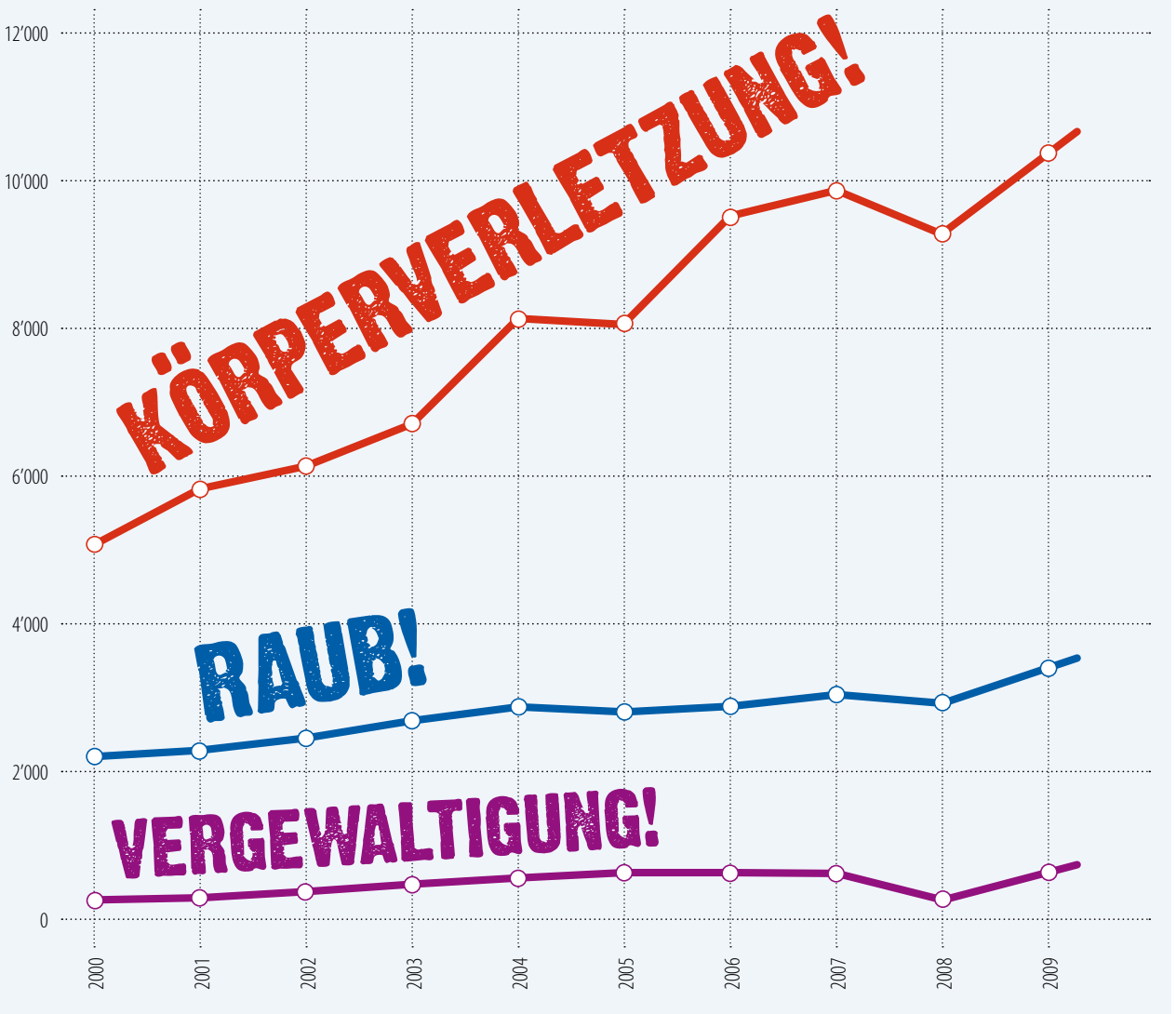
SVP-Nationalrätin und Polizistin Andrea Geissbühler, Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter, 20.6.2010

¹³ Bundesamt für Statistik/Bundesamt für Polizei: Polizeiliche Kriminalstatistik 2009

¹⁴ Bundesamt für Statistik: Polizeilich registrierte Beschuldigte 2009 Betäubungsmittelgesetz: Straftaten und Beschuldigte 2009

¹⁵ Bundesamt für Statistik: Anteil männlicher ausländischer Strafgefangener in Schweizer Gefängnissen 2009;

Entwicklung von Straftaten 2000 – 2009



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2009

Jung, gewalttätig, skrupellos

Die SVP fordert eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Denn auch die Jugendkriminalität und Jugendbrutalität zeigen leider eine bedenkliche Entwicklung. Die Täter sind immer häufiger erst 13- oder 14-jährig und damit in einem Alter, das vom Jugendstrafrecht noch gar nicht richtig erfasst wird. Auch bei ihnen kommt es immer öfter zu Raubüberfällen, Sexualstraftaten, Körperverletzungen, ja sogar zu Morden. Für einen 14-jährigen Jugendlichen, der mit dem Messer zusticht, bedeuten maximal zehn Tage «persönliche Leistung», etwa in einem Altersheim,

eine zu lasche Strafe. Jungkriminelle vereinigen sich zu Banden, rauben Passanten aus oder schlagen wahllos auf fremde Menschen ein. Beim allergrössten Teil der jungen Täter handelt es sich um Ausländer oder um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die lasche Rechtsprechung der Achtundsechziger löst auch hier kein Problem. Man will die jungen Täter erziehen, therapieren, resozialisieren. Man will an das Gute glauben, ihnen die Zukunft nicht verbauen und eine Chance geben. Die zuständige Jugendjustiz nutzt allzu oft den Strafraumen nicht aus. Doch Jugendliche müssten schon bei den ersten Delikten zur Rechenschaft gezogen werden. Bis ein Jugendlicher

heute bei der Jugendanwaltschaft vorsprechen muss, hat er oft schon mehrere Delikte auf dem Kerbholz. Bashkim Berisha, der Parkplatzmörder von Dübendorf, begann seine Verbrecherkarriere im 14. Altersjahr! Viele Jugendliche erhalten zuerst einen schriftlichen Verweis als «Strafe», was keinerlei abschreckende Wirkung zeigt. Berechtigtes Entsetzen löste der brutale Überfall von drei 16-jährigen Berufsschülern aus Küsnacht auf verschiedene Passanten in München aus. Einen Geschäftsmann schlugen sie halbtot. Bei solch besonders schweren Delikten sollen die Gerichte das Erwachsenenstrafrecht bereits ab dem vollendeten 16. statt erst ab dem 19. Altersjahr anwenden können.

Verhättschelung im Strafvollzug

Dass es Ersttäter gibt, wird man nie ganz verhindern können. Für Wiederholungstäter aber tragen Politik und Justiz die Verantwortung. Im offenen Strafvollzug und bei der larken Urlaubspraxis gibt es immer wieder tödliche Fehlurteilungen, wobei am Schluss niemand zuständig sein will – schon gar nicht die Politiker. Auch nach Entlassung aus der Haft kommt es zu neuerlichen Gewalt- und Sexualverbrechen. Nicht therapierbare Kinderschänder treiben nach Haftentlassung und Wohnortswechsel erneut ihr Unwesen. Doch solche rückfallgefährdeten Mörder, Vergewaltiger und Pädophile gehören in Verwahrung. Der Schutz der Gesellschaft ist höher zu gewichten als eine allfällige Heilung der Täter. Um zu wissen, wo sich die potentiellen Wiederholungstäter aufhalten, braucht es ein Täterregister. Dieses schützt die Bevölkerung vor rückfälligen Schwerverbrechern, ermöglicht eine bessere Prävention und erleichtert die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Die Polizei soll wissen, wo sich die freigelassenen Pädophilen, Sexual- und schweren Gewaltstraftäter aufhalten, um sie jederzeit kontrollieren zu können. Doch bei den in- und ausländischen Kriminellen hat sich herumgesprochen: In der Schweiz gibt es viel zu holen. Und wird man einmal erwischt, erhält man aufgrund unserer milden Rechtsprechung eine geringe Bestrafung, vielfache Einsprachemöglichkeiten und vergleichsweise luxuriöse Gefängnisse. Fussball- und Tennisplätze, Fitness-Studios und Hallenbäder gehören oft zum Standard. Und ausserdem Kerzenziehen, Silbergiessen, therapeutisches Musizieren, Fernsehen und mehrmals täglich eine reiche Menüauswahl (vom muslimischen bis zum vegetarischen Menü). Müssen wir uns wundern, wenn der heutige Strafvollzug die Steuerzahler jährlich mehrere Milliarden Franken kostet?

Strafrecht auch für Schweizer verschärfen

Für die Opfer krimineller Gewalttaten ist es unerheblich, ob der Täter Ausländer oder Schweizer ist. Darum muss neben der Ausschaffungsinitiative, die gegen ausländische Kriminelle wirkt, das Strafrecht auch für inländische Täter verschärft werden. Dass sich die Mehrheit der Bevölkerung diese Verschärfung wünscht und genug hat von der Kuscheljustiz, war in den letzten Jahren eindrücklich zu erleben: Weil Politiker und Rechtsgelehrte nichts unternahmen, ergriffen beherzte Mitbürgerinnen die Initiative – mit den erfolgreichen Forderungen betreffend Verwahrung Untherapierbarer und der Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten. Jedes Jahr werden in der Schweiz mehr als 600 Mörder, Vergewaltiger und Pädophile verurteilt.¹⁶ Der grösste Teil davon kommt wieder frei, und manche werden wieder rückfällig. Es herrscht dringender Handlungsbedarf! Doch der Bundesrat wie die Parlamentsmehrheit blocken ab und wollen nicht auf das Volk hören. Darum prüft die SVP eine Volksinitiative zur Verschärfung des Strafrechts. Damit Strafen wieder Strafen sind. Damit sich entlassene Schwerverbrecher bei den Behörden melden müssen. Damit rückfällige Gewalt- und Sexualstraftäter sowie Pädophile nicht unkontrolliert frei herumlaufen.

¹⁶ BFS 2007: Verurteilungen für Verbrechen und Vergehen nach ausgewählten Straftaten

Standpunkte

Die SVP

- verlangt die Wiedereinführung von bedingten und unbedingten Freiheitsstrafen auch unter sechs Monaten;
- fordert die Abschaffung der bedingten Geldstrafen sowie der sogenannten Wiedergutmachung und die Wiedereinführung der Bussen bei Vergehen und Verbrechen;
- will das unbedingte Aussprechen der gemeinnützigen Arbeit, auch ohne Einwilligung des Täters;
- setzt sich ein für die Abschaffung des teilbedingten Strafvollzugs von Strafen über zwei Jahren;
- fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Vergewaltigung auf drei Jahre und bei Vergewaltigung von Kindern auf sieben Jahre;
- verlangt, dass die Verwahrungsinitiative endlich sinngemäss umgesetzt wird;
- kämpft für ein Register für Pädophile, Sexual- und schwere Gewaltstraftäter;
- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Doppelbürgerschaften sowie Migrationshintergrund ausgewiesen werden;
- unterstützt Massnahmen im Jugendstrafrecht, setzt sich aber für dessen Verschärfung ein, wobei die «persönliche Leistung» altersunabhängig bis zu 3 Monate betragen und das Mindestalter für einen Freiheitsentzug bis zu 4 Jahren auf 14 Jahre gesenkt werden soll;
- verlangt die obligatorische Unterbringung von jugendlichen Verbrechern oder Wiederholungstätern in geeigneten geschlossenen Anstalten;
- will, dass die Richter bei schweren Delikten wie Vergewaltigung, schwerer Körperverletzung oder Mord das Erwachsenenstrafrecht bereits ab dem 16. Altersjahr anwenden können;
- fordert, dass jugendliche Straftäter unter Angabe der Straftat automatisch an ihre Schullehrer und Ausbilder (Lehrmeister) gemeldet werden;
- schlägt vor, die Verwahrung von schweren jugendlichen Gewalt- und Sexualtätern auch über das 22. Altersjahr zu prüfen;
- strebt in Anbetracht der negativen Bilanz den Austritt aus dem Schengen-Raum an;
- will das organisierte Betteln von Banden mit einem nationalen Bettelverbot auf öffentlichem Grund unterbinden.

Schluss mit den Scheinasylanten



Wer in einem fremden Land tatsächlich an Leib und Leben bedroht ist, soll bei uns Schutz finden. Das entspricht unserer humanitären Tradition. Tatsache ist aber leider, dass Asylmissbraucher überall auf der Welt wissen: Die Schweiz handhabt eine zu large Asylpraxis und erbringt hohe Leistungen für Asylbewerber. Und wird man dennoch abgewiesen, bietet unser Asylwesen viele Rekursmöglichkeiten, sodass auch unechte Asylanten in der Schweiz bleiben können. Dank dem Einsatz des damaligen Bundesrates Christoph Blocher, der SVP und Exponenten anderer bürgerlicher Parteien wurde im Jahr 2006 das Asyl- und Ausländergesetz mit fast 70 Prozent Zustimmung vom Volk angenommen. Dieses Ereignis markierte zwar einen Wendepunkt in der Schweizer Asylpolitik, hat doch die SVP in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder versucht, entsprechende Verbesserungen durchzusetzen. Doch seit der Abwahl von Christoph Blocher läuft der Asylbereich erneut aus dem Ruder. Die Asylgesuche und damit die entsprechenden Kosten sind wieder dramatisch angestiegen; die Empfangs-, Durchgangs- und Betreuungszentren platzen aus allen Nähten. 2008 wurden in der Schweiz, gemessen an der Einwohnerzahl, hinter Zypern, Malta und Schweden mehr Asylgesuche eingereicht als in den übrigen 24 EU-Staaten.¹⁷

Rückkehr des Schlendrians

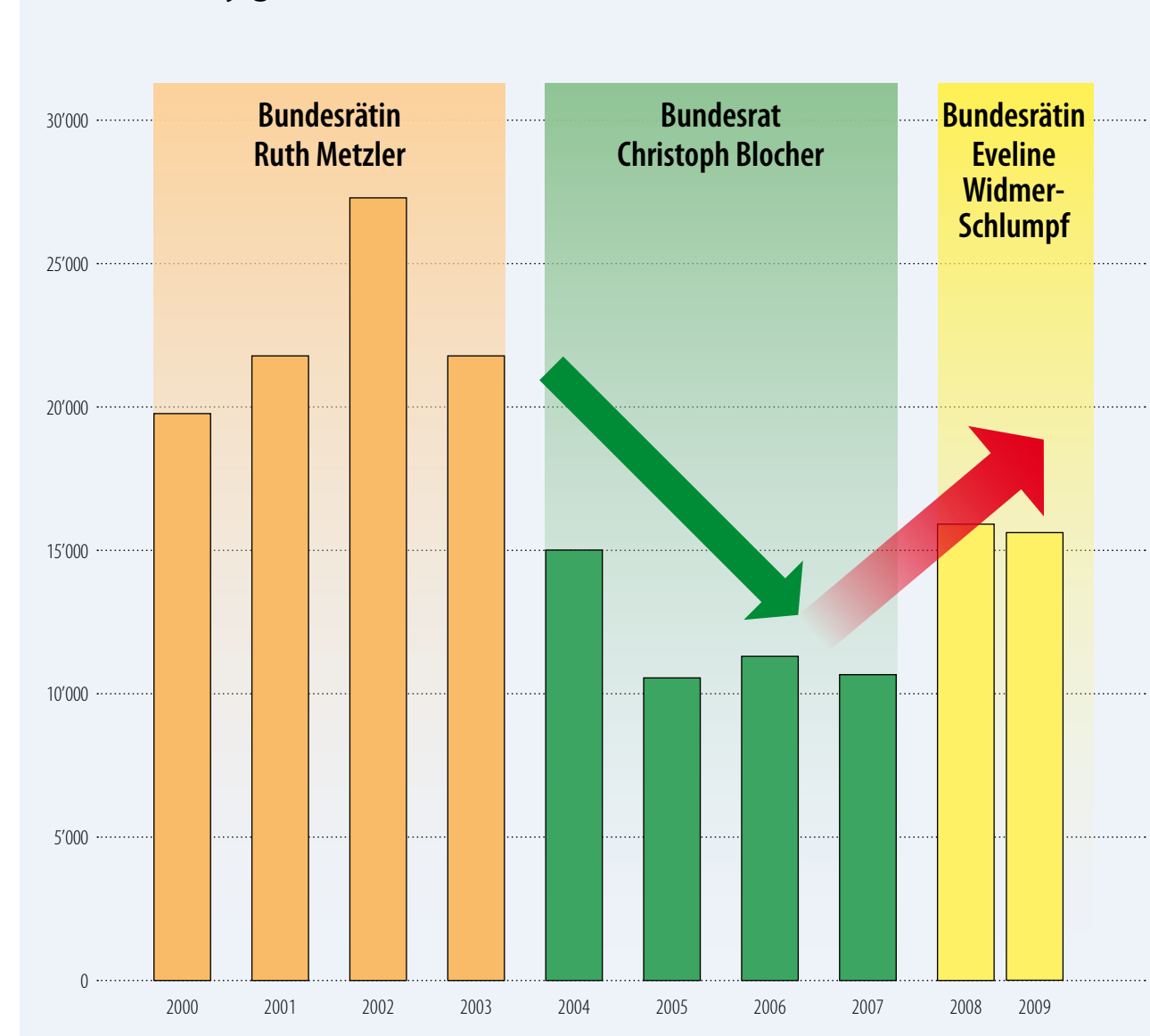
Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die in der Schweiz Asyl begehren, sind keine echten Flüchtlinge, sondern suchen hier bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Viele strapazieren die Sozialhilfe, viele sind in kriminelle Umtriebe wie Drogenhandel, Einbrüche oder Schleppergeschäfte verwickelt. Das schadet der Sicherheit unseres Landes. Dabei sind die Asylgesuche in der Ära von Bundesrat Blocher kontinuierlich zurückgegangen. Dies verdanken wir griffigeren Massnahmen gegen den Asylmissbrauch, verkürzten Verfahren sowie dem Sozialhilfestopp für Personen mit einem Nichteintretensentscheid. Doch seither steigen die

Asylzahlen wieder dramatisch an, obwohl sich die weltpolitische Lage keineswegs verschärft hat. Seit 2008 erhöhten sich die jährlichen Asylgesuche von 10'000 auf über 16'000¹⁸ – das Asylwesen kostet uns Jahr für Jahr gegen eine Milliarde Franken. Zahlreiche Gesuche betreffen noch immer Asylbewerber aus Serbien und dem Kosovo. Dabei hat sich dort die Lage normalisiert, und diese Länder sind vom Aussendepartement als verfolgungssicher deklariert worden. Immer mehr afrikanische Flüchtlinge reisen via Italien praktisch unbehelligt von Grenzkontrollen direkt in die Schweiz ein.

¹⁷ Statistiken UNHCR / Bundesamt für Migration 2009

¹⁸ Bundesamt für Migration: Asylstatistik 2009

Jährliche Asylgesuche 2000 – 2009



Quelle: BFM

Kriminelle Asylbewerber aus Nigeria

«In erster Linie wollen wir das Problem mit den Nigerianern lösen. Sie haben letztes Jahr mit fast 1'800 Asylgesuchen am meisten Anträge gestellt – 99,5 Prozent von ihnen ohne die geringste Chance, in der Schweiz bleiben zu können. Sie kommen nicht als Flüchtlinge hierher, sondern um illegale Geschäfte zu machen.»

Alard du Bois-Reymond, Direktor des Bundesamtes für Migration, NZZ am Sonntag, 11.4.2010

Unwirksamer Vollzug

Eigentlich würde es das neue Asylgesetz erlauben, den bisher oft beklagten Vollzugsproblemen wirksamer zu begegnen. Doch der Bund setzt den Vollzug nicht durch, und einzelne Kantone tun es ebenfalls nicht. Leidtragende sind die Gemeinden, denen die Probleme einfach zugeschoben werden. Viele der abgewiesenen Asylbewerber oder illegal Anwesenden verlassen die Schweiz nicht und bleiben als sogenannte «vorläufig Aufgenommene» hier. Manche missbrauchen unser Gastrecht schon an den Eingangstoren, indem sie den Behörden weder ihren Namen noch ihre Herkunft noch ihre Reiseroute bekannt geben. Dabei



darf man bei Verweigerung der Identität gemäss Asylgesetz nicht mehr auf Gesuche eintreten. Um das Verstecken oder Vernichten von Ausweispapieren zu verhindern, müssten die entsprechenden Identitätsdokumente innert zwei Tagen vorgelegt oder deren Fehlen glaubwürdig begründet werden. Diese Massnahmen sollen mithelfen, die Asylzahlen und die dadurch entstehenden Kosten weiter zu verringern und den Asylmissbrauch möglichst zu unterbinden.

Zu lange Verfahren

Die Asylverfahren dauern noch immer zu lange. Insbesondere die zahlreichen Rekurs- und Wiedererwägungsmöglichkeiten führen heute dazu, dass sich abgewiesene Asylbewerber ihrer Ausweisung während Jahren entziehen und am Ende kaum mehr rückgeschafft werden können. Im Interesse der Rechtssicherheit – gerade auch für die Asylsuchenden selber – ist es angezeigt, die Dauer der Asyl- und Rekursverfahren zu verkürzen. Die SVP verlangt deshalb, dass nur noch erstinstanzliche Asylverfahren vor dem Bundesamt für Migration mit Beschwerdemöglichkeit an das Bundesverwaltungsgericht durchgeführt werden. Nach Abschluss des erstinstanzlichen sowie des Beschwerdeverfahrens ist bis zum Verlassen der Schweiz das Einreichen eines zweiten Asyl- oder Wiedererwägungsgesuchs oder anderer Rechtsbehelfe ausgeschlossen.

Gerichte und Härtefallkommissionen als Ärgernis

Ein zusätzliches Hindernis für ein zweckmässiges Asylwesen bilden die Profiteure wie Sozialarbeiter, Hilfswerker und Asyljuristen. Sie entwickeln kaum Elan, um das Problem effizienter anzupacken, sondern sind vielmehr selber Teil des Problems. Überdies unterlaufen Gerichtsinstanzen gezielt die gesetzlichen Vorschriften und sogar den Volkswillen. Einerseits verschleppten sie dringende Fälle über Jahre hinweg, andererseits verhinderten sie mit übereilten Asylentscheiden vorsätzlich die Auslieferung mutmasslicher Krimineller. Die damalige Asylrekurskommission (das heutige Bundesverwaltungsgericht) hat Ende 2005 entschieden, dass die Schweiz Dienstverweigerer aus dem afrikanischen Eritrea nicht nach Hause schicken darf. Seither strömen zahlreiche junge Männer in die Schweiz, die sich als Dienstverweigerer aus Eritrea ausgeben. Rückschaffungen müssen so vorbereitet werden, dass es nicht zu ebenso vergeblichen wie teuren Flügen kommt. Sogenannte Härtefallkommissionen in einzelnen Kantonen stiften nichts als Verwirrung und sind abzuschaffen.

Asylgesuche Schweiz und Europa 2009

Land	Asylgesuche	Auf 1000 Einwohner
Spanien	3'000	0,1
Polen	10'590	0,3
Deutschland	27'650	0,3
Grossbritannien	29'840	0,5
Italien	17'600	0,6
Frankreich	41'980	0,7
Niederlande	14'910	0,9
Griechenland	15'930	1,4
Belgien	17'190	1,6
Österreich	15'830	1,9
Schweiz	16'005	2,1
Schweden	24'190	2,6
Norwegen	17'230	3,6

Quelle: UNHCR, BFM

Karriere eines Kriminal-Asylanten

Viermal wurde der abgewiesene Asylbewerber Ramadan M. beim Einbrechen ertappt, verhaftet und wieder freigelassen. Er müsste längst wieder im Kosovo sein. Doch die Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht) hat für Romas 2007 so viele Bedingungen für die Ausschaffung festgelegt, dass Ramadan M. samt Frau, mit der er nicht verheiratet ist, und deren vier Kindern hier bleiben wird.

Die Weltwoche, 7.10.2010

Standpunkte

Die SVP

- fordert die konsequente und einheitliche Anwendung der Asylgesetzgebung auch in den Kantonen;
- verlangt, dass Asylbewerber aus verfolgungssicheren Staaten unverzüglich zurückgeschickt werden – wenn nötig mit Zwangsausschaffungen;
- kann nicht hinnehmen, dass die Gemeinden den Asylschlendrian auf Bundesebene auslöffeln müssen;
- akzeptiert nicht, dass Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid geleistet wird;
- will, dass die Kontrollen an der Grenze zu Italien intensiviert werden, um die Lampedusa-Route in den Griff zu bekommen;
- spricht sich für dringliche Bundesbeschlüsse aus, um die Flüchtlingsströme aus Afrika zu unterbinden;
- fordert nur noch erstinstanzliche Entscheide mit Rekursmöglichkeit statt des heutigen komplizierten Asylverfahrens;
- bekämpft Gerichtsurteile, die das vom Souverän akzeptierte Asylgesetz unterlaufen.



Zuwanderung bremsen



Die schweizerische Wirtschaft ist seit je auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Darum hat unser Land ausländische Zuwanderer immer grosszügig, aber kontrolliert aufgenommen. Sie haben einerseits zu unserem Wachstum beigetragen, andererseits hier ein Leben in verhältnismässigem Wohlstand gefunden. Doch nun explodiert die Bevölkerung in der Schweiz. 70'000 bis 100'000 Menschen drängen Jahr für Jahr in unser Land – und zwar bei guter wie bei schlechter Wirtschaftslage. Papierlose, Grenzgänger und Asylbewerber mitgezählt, halten sich mittlerweile über zwei Millionen Ausländer in der Schweiz auf, was 27,2 Prozent ausmacht. Ohne die Masseneinbürgerungen der letzten 25 Jahre wären es sogar 34,3 Prozent.¹⁹

Alle drängen in die «isolierte» Schweiz

Umfragen zeigen: Viele Millionen Menschen möchten gerne in die Schweiz einwandern. Also in jenes Land, das die SVP-Gegner und EU-Beitrittsbefürworter ständig als isolierte, abgeschottete Insel beschreiben. Seltsam nur, dass fast alle in diese Isoliertheit drängen: Die Armen, die sich hier ein besseres Leben erhoffen, die Reichen, die sich nicht alles nehmen lassen wollen, die Arbeitssuchenden, die Personenfreizügler, die Flüchtlinge, die Asylbewerber, die Kriminaltouristen. Und ganz offensichtlich finden selbst Tausende von Menschen aus dem fernen Afrika die angeblich abgeschottete, isolierte Schweiz völlig problemlos. Unhaltbar sind die Papierlosen («Sans Papiers»), die sich illegal in der Schweiz aufhalten und ihre Ausweisdokumente absichtlich vernichten, um die Rückschaffung zu erschweren oder zu verunmöglichen. Ihre Legalisierung ist abzulehnen, weil

sonst dieses Verhalten Schule macht und eine Sogwirkung auf Hunderttausende ausübt. Der Zuwanderungsdruck schafft gewaltige Probleme: bei Arbeitsplätzen, Sozialwerken, Integration, Sicherheit, Bildungs- und Gesundheitswesen, Infrastrukturen, Verkehr, Raumplanung und Umwelt.

Einwandern lohnt sich

Die Schweiz gehört zu den attraktivsten Ländern der Welt. Die Einwanderung in unser Land lohnt sich aus wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Gründen. In keinem Staat werden so hohe Löhne bezahlt, keiner verfügt über ein vergleichbar gut ausgebautes Alters-, Sozialversicherungs-, Gesundheits- oder Bildungssystem. Kaum ein Land schliesst bei internationalen Vergleichen bezüglich Lebensqualität

¹⁹ Berechnungen aufgrund statistischer Zahlen BFM / BFS

seiner Städte besser ab als die Schweiz. Die Berechenbarkeit unseres politischen Systems und generell die Rechtssicherheit sind vorbildlich. Die Mitbestimmungsrechte des Volkes haben dazu geführt, dass der Staat nicht in dem Masse auf Kosten der Bürger anwachsen konnte, wie das im Ausland geschehen ist. Die Folge sind tiefere Steuern, weniger Abgaben und eine effizientere Verwaltung. Kurz: Es lohnt sich für die Ausländer, in die Schweiz einzuwandern. Aber es rächt sich für die Schweizer, wenn sie diese Einwanderung weder kontrollieren noch begrenzen.

Integration ist möglich
«Ausländer, die sich anpassen und hier nach unseren Regeln leben, sind willkommen. Viele verstossen aber gegen unsere Gesetze, sind gewalttätig oder kriminell. Diese «faulen Tomaten» schaden der Schweiz, aber auch den anderen anpassungswilligen Ausländern. Deshalb gehören sie raus aus dem Land.»
SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, Ärztin und gebürtige Slowakin, Gründerin der Gruppe «Neue Heimat Schweiz», Zentralschweiz am Sonntag, 22.11.2009

Personenfreizügigkeit neu verhandeln
Die Schweiz könnte mittels Kontingenten alle Arbeitskräfte aus aller Welt bekommen, ohne die Kontrolle über die Zuwanderung aus der Hand zu geben. Doch leider hat die Mehrheit der Stimmbürger für die Ausdehnung der Perso-

nenfreizügigkeit auf 500 Millionen EU-Bürger gestimmt. Dies aber nur deshalb, weil den Stimmbürgern zuvor versprochen wurde, dass die positiven Effekte überwiegen würden und dass bei Überforderung eine Ventilklausel zwecks Kontingentierung in Kraft trete. Auch seien nur Stelleninhaber zugelassen oder solche, die ihren Unterhalt selber bestreiten könnten. Wer die Bedingungen nicht erfülle, werde ausgewiesen. Zudem würden arbeitslos gewordene Zuwanderer das Land wieder verlassen. Nichts von diesen vollmundigen Versprechungen ist eingetroffen. Für die arbeitslosen Ausländer sind die hiesigen Sozialleistungen oft attraktiver als eine Arbeit im Herkunftsland. Viele Schweizerinnen und Schweizer finden keine Arbeitsstellen mehr oder müssen mit ungeliebten Jobs vorlieb nehmen. Unsere Infrastrukturen halten der Belastung kaum mehr stand: verstopfte Strassen, überlastete öffentliche Verkehrsmittel oder Schulklassen mit überwiegend ausländischen Kindern

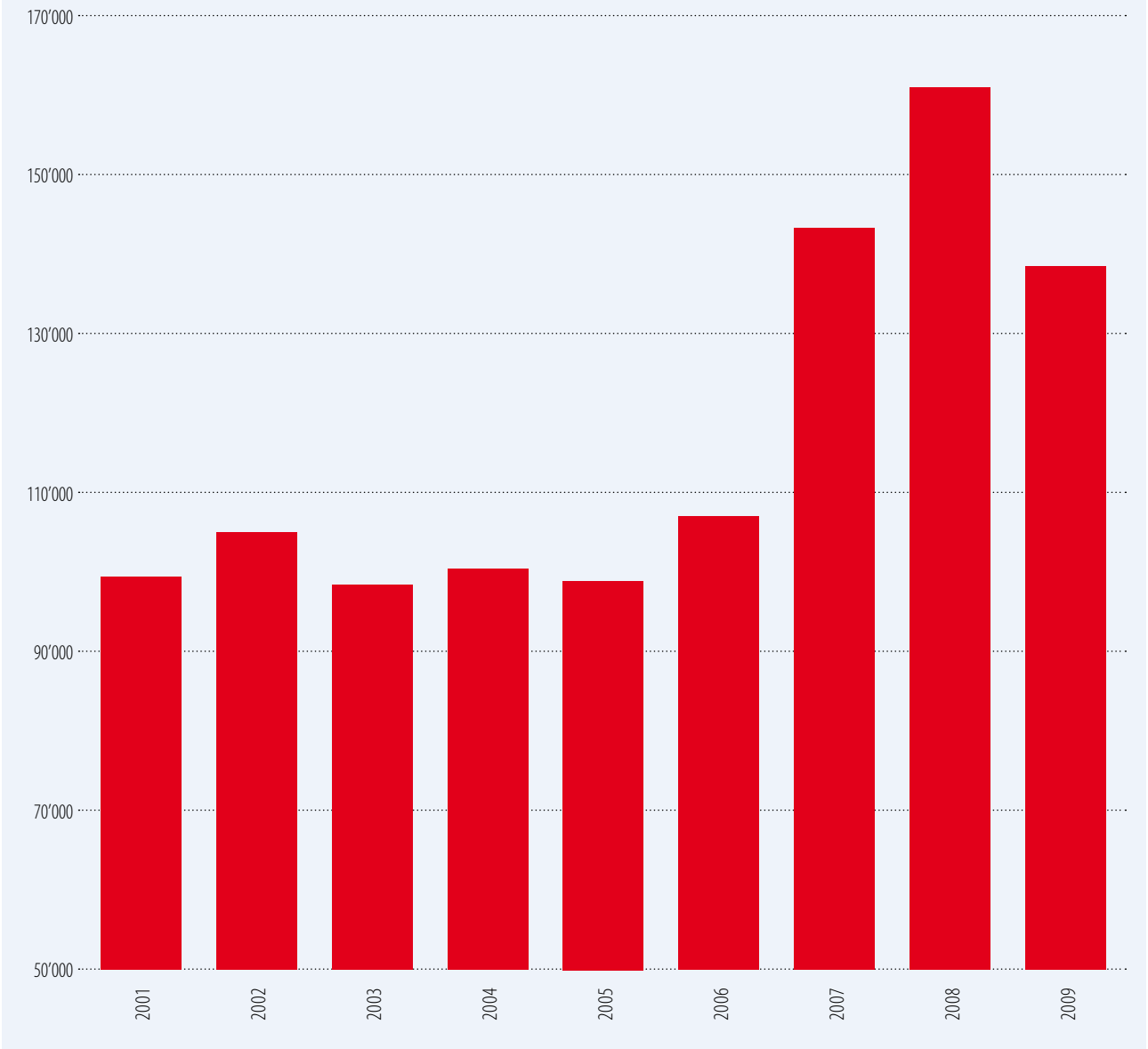
Wohlstand für Schweizer dank Zuwanderung?
«Aufgepasst: Die Gesamtwirtschaft wächst zwar, für den Einzelnen bessert sich die Situation aber nicht. Sein Einkommen pro Kopf bleibt unverändert. Darum ist es auch falsch, dass manche Bundesstellen immer wieder verkünden: «Wirtschaftswachstum dank Zuwanderung». Die Zahlen sind nämlich nie pro Kopf gerechnet.»
Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Tages-Anzeiger Online, 24.11.2009



sind die Folge. Das Bauland wird knapp und massiv verteuert; manchenorts finden die Schweizer kaum mehr eine bezahlbare Wohnung. Speziell in grenznahen Regionen nehmen die Probleme massiv zu. Es ist daher unerlässlich, dass die Schweiz die Personenfreizügigkeitsabkommen kündigt und neu verhandelt: Steuerungs- und Kontrollmechanismen sind unumgänglich, um die Interessen der heimischen Bevölkerung zu wahren.

Ausschaffungs- und Minarett-Initiative durchsetzen
Die Schweizerinnen und Schweizer leben mit einem vergleichsweise äusserst hohen Ausländeranteil überaus friedlich zusammen. Und umgekehrt hält sich der Grossteil der Ausländer problemlos an unsere Rechtsordnung. Unser Land muss von den Zuwanderern verlangen, dass sie sich selber um bestmögliche Integration bemühen, denn Integration ist keine Staatssache. Gerade in ihrem Interesse wäre es, dass kri-

Neue Einwanderungen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002

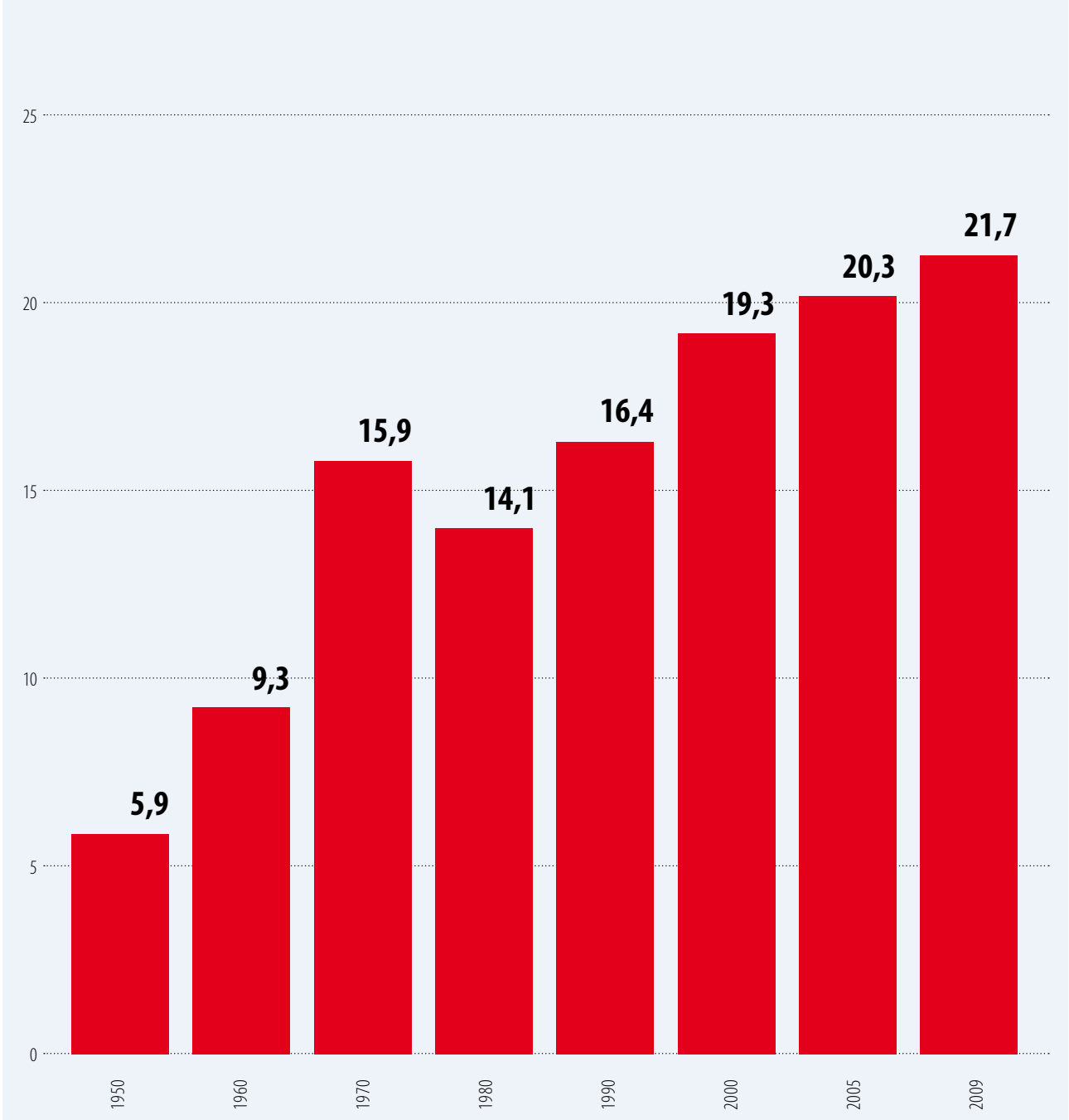


Quelle: BFS

minelle Ausländer hart angepackt werden. Wer unser Gastrecht verletzt, muss unser Land verlassen. Ausländer, die sich nicht an die Gesetze halten und sich nicht integrieren wollen, sollen ausgewiesen werden. Dasselbe gilt für Ausländer, die missbräuchlich Leistungen von Sozialwerken beziehen. Die entsprechende Ausschaffungsinitiative der SVP ist ohne Wenn und Aber durchzusetzen. Gegen Intoleranz darf keine Toleranz erwartet werden. Die Schweizerinnen und Schweizer

haben mit der Annahme der Minarett-Initiative deutlich ihren Willen zum Ausdruck gebracht, dass hierzulande unsere Gesetze und Spielregeln gelten. Das Minarett wird als Machtsymbol aufgefasst und nicht akzeptiert. Auch hier sind unsere Rechtsordnung und der demokratisch gefasste Volksentscheid durchzusetzen. Sollte die Europäische Menschenrechtskonvention dies verhindern, wäre diese zu kündigen und mit dem entsprechenden Vorbehalt neu zu unterzeichnen.

Ausländeranteil seit 1950 in Prozent



Quelle: BFM

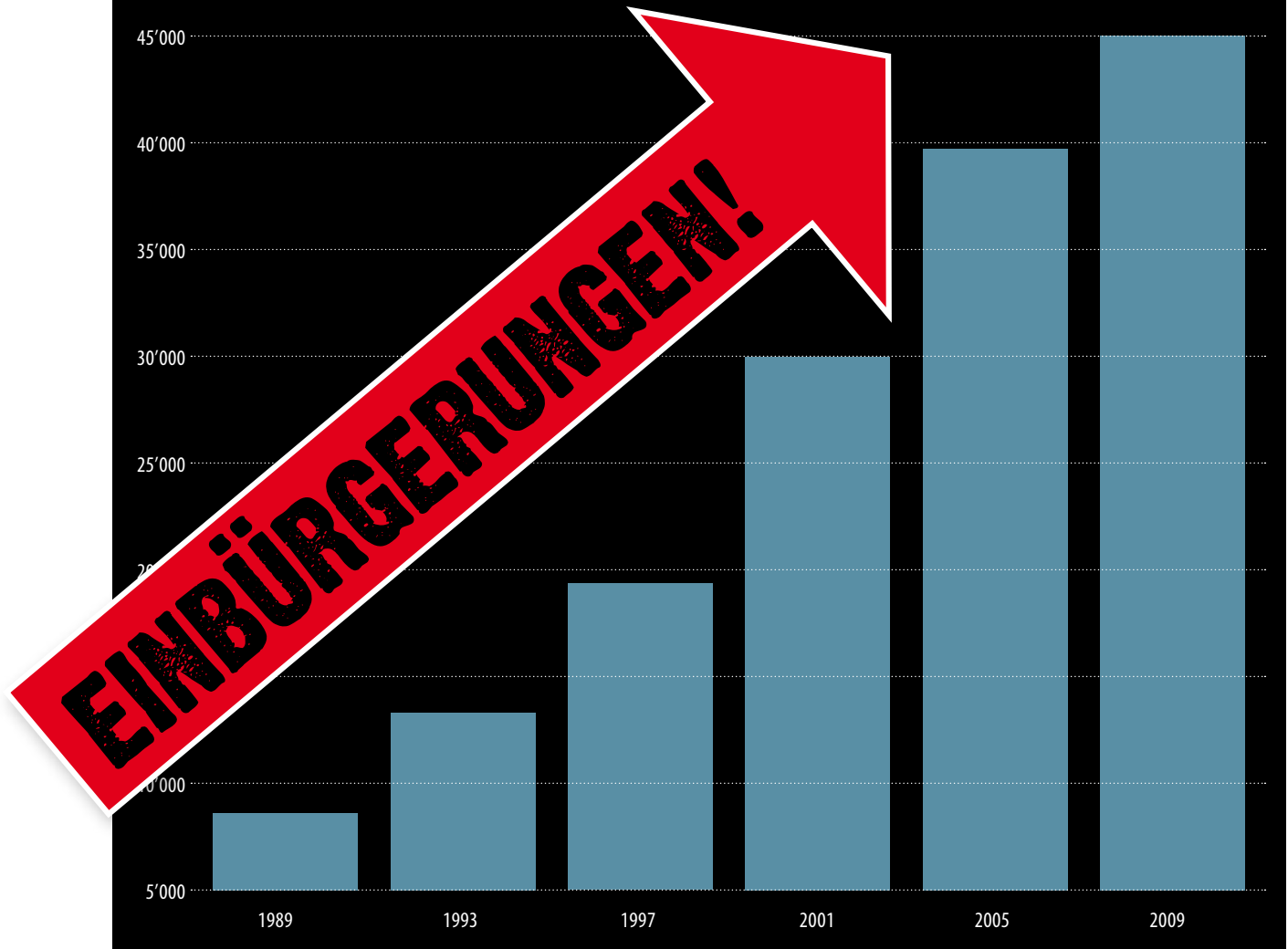
Masseneinbürgerungen stoppen

Die Schweizer Staatsbürgerschaft ist auf der ganzen Welt begehrt. Denn unser Pass bietet Schutz und viele Vorteile. Unser Bürgerrecht garantiert den Bürgerinnen und Bürgern einzigartige Volks- und Freiheitsrechte. Wie in keinem andern Land können die Schweizerinnen und Schweizer nicht nur die Behörden von Gemeinde, Kanton und Bund wählen, sondern auf allen Ebenen über Sachvorlagen abstimmen sowie Initiativen und Referenden ergreifen. Dies verlangt von den Einbürgernden ein hohes Mass an Integrität, Selbstverantwortung, staatsbürgerlichem Verständnis und Kenntnis mindestens einer Landessprache. Darum kann die Einbürgerung immer nur der letzte, nicht der erste Schritt der Integration sein. Das Bürgerrecht ist kein Grundrecht, sondern ein politisches Recht. Darum besteht nach Meinung der SVP kein Anspruch auf Erteilung

des Bürgerrechts, gleichgültig, ob dieses an einer Gemeindeversammlung oder durch eine Kommission erteilt wird. Doch heute wird das Bürgerrecht richtiggehend verschleudert: Seit 1991 hat sich die Zahl der jährlichen Einbürgerungen mehr als verfünffacht und beträgt fast 45'000.²⁰ 40 Prozent der Eingebürgerten stammen aus Ex-Jugoslawien und aus der Türkei.²¹ Die Behörden haben sich also bemüht, die Ausländerprobleme möglichst einzubürgern. Die SVP bekämpft den Automatismus und das gerichtliche Beschwerderecht bei Einbürgerungen. Es sind Vorkehrungen zu treffen, welche die Einbürgerungen auf ein vernünftiges Mass und im Einklang mit der schweizerischen Mentalität und Kultur sicherstellen. Vor allem darf das Schweizer Bürgerrecht wieder etwas kosten.

²⁰ BFS 2009 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Erwerbsart 1981-2009 (PETRA)
²¹ BFS 2009 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach früherer Staatsangehörigkeit (PETRA)

Anzahl Einbürgerungen pro Jahr



Quelle: BFM

Die SVP

- verlangt die Kündigung und anschliessende Neuverhandlung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU;
- fordert die Wiedereinführung von Kontingenten bei der Zuwanderung und das Entscheidungsrecht des Parlaments über deren Anwendung;
- befürwortet die Befristung der Aufenthaltsbewilligung für arbeitslose EU-Bürger auf ein Jahr;
- verlangt, dass Ausländer, die sich in der Schweiz niederlassen wollen, einen Sprachnachweis der jeweiligen ortsüblichen Landessprache erbringen. Falls keine entsprechenden Sprachkenntnisse vorhanden sind, haben diese Personen auf eigene Kosten einen Sprachkurs zu belegen;
- widersetzt sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung und verlangt im Gegenteil, dass diese auch finanziell wieder etwas kosten muss;
- spricht sich aus für die Einbürgerung auf Probe, damit das Bürgerrecht bei Straffälligkeit wieder entzogen werden kann;
- bekämpft die Einbürgerung von Bewerbern ohne Niederlassungsbewilligung, mit krimineller Vergangenheit oder ohne Sprach-, Lese- und Schreibkenntnisse;
- ist gegen die Einbürgerung von Sozialhilfe- und IV-Empfängern, sofern diese Abhängigkeit vom Staat nicht auf einen unverschuldeten Härtefall zurückzuführen ist;

- fordert von den Einbürgerungswilligen eine formelle Loyalitätserklärung gegenüber der Bundesverfassung und unserer Rechtsordnung;
- will, dass Doppelbürgern bei schweren Delikten das Bürgerrecht entzogen wird;
- widersetzt sich jedem Stimm- und Wahlrecht für Ausländer;
- verlangt eine strikte und konsequente Anwendung der Ausländergesetze im Zusammenhang mit illegalen Aufenthalten und «Sans Papiers»;
- akzeptiert keine Legalisierung der illegal anwesenden «Sans Papiers»;
- fordert eine Verstärkung des Grenzwachtkorps, um die Einreise von illegalen Einwanderern zu verhindern.



Landesverteidigung als Hauptauftrag



Die Schweiz verteidigt mit ihrer Milizarmee den weltoffenen, unabhängigen Kleinstaat vor jeder gewalttätigen Gefahr von aussen. Die immerwährende, bewaffnete Neutralität hat unserem Land während Jahrhunderten Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt. Die Armee sichert den Bürgerinnen und Bürgern Leib und Leben, das Eigentum, den Lebensraum, aber auch die direktdemokratischen Rechte als oberste souveräne Instanz. Ein Land, das nicht selber für seine Sicherheit sorgen kann oder will, ist auch nicht mehr souverän. Staaten, deren Sicherheit durch andere garantiert wird, nennt man Kolonien oder Protektorate. Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit. Darum darf dieses letzte Mittel nie versagen. Die SVP will eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Defensivarmee, die niemanden angreift, aber die Unabhängigkeit verteidigt und die Schweiz als berechenbaren, zum Frieden beitragenden Staat erkennen lässt. Doch gegenwärtig wird die Armee laufend verkleinert, finanziell ausgehungert und auf Internationalität und Berufssoldatentum ausgerichtet. Bundesrat, Parlament und Verwaltung vernachlässigen das eigene Land. Und damit auch die Sicherheit des eigenen Volkes.

Kriege sind leider Tatsache

Wir erleben heute einen weltweiten strategischen Umbruch des Strebens nach Machterhalt und Machtgewinn. Dieser ist begleitet von einem Trend zur Bildung oder Abspaltung immer neuer Nationalstaaten. Der Ausbruch des ewigen Friedens unter den Völkern ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Die Spannungen und kriegerischen Auseinandersetzungen an den Rändern der Wohlstandszonen nehmen zu. Gewalt und Krieg bleiben im weltweiten Ringen um Macht, Rohstoffe oder religiösen Einfluss bevorzugte Mittel. Nationale Interessen prägen auch das Handeln der Grossmächte. Die eigenständige Gewährleistung von Sicherheit bleibt für den Kleinstaat Schweiz entscheidend für unsere Souverä-

nität. Auf der Basis eines realistischen Weltbildes muss im Rahmen einer ernsthaften Sicherheitspolitik ein wirklichkeitsnahes Bedrohungsbild definiert werden. Realitätsnahe Auffassung heisst, mit strategischer Überraschung und Unwägbarkeiten zu rechnen. Unsere Transitachsen bleiben angesichts von Machtspielen um Ressourcen und Verkehrswege im Mittelpunkt strategischer Interessen. Religiös motivierte Gewalt – mit dem radikalen Islamismus sichtbar geworden – besetzt nicht Räume, sondern (via Internet) Köpfe. Es besteht eine verstärkte terroristische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure oder mögliche Cyber-Angriffe. Unsere Behörden verschliessen die Augen vor der Gefahr, die aus unkontrollierter Zuwanderung und unsorgfältiger Masseneinbürgerung entsteht. Finanz- und Wirtschafts-

krisen schaffen Begehrlichkeiten – bei leeren Kassen werden Staaten zu Dieben. Es kommt sogar bei «Freunden» zu Druckversuchen gegenüber wohlhabenderen Staaten, zu Erpressungen und womöglich zu gewaltsamen Raubzügen. Selbst wenn die Schweiz kaum Hauptziel von denkbaren Aggressionen werden dürfte, sind feindselige Aktionen jederzeit möglich. Die Schweiz hat nach wie vor viel zu verteidigen.

Garant für die Unabhängigkeit

«Wenn ich nach einem langen Arbeitstag in Bern in der Eingangshalle im Bundeshaus Ost an der Büste von General Henri Guisan vorbeigehe, dann bin ich froh, zumindest jemandem begegnet zu sein, bei dem ich nicht zweifeln muss, ob er zur Unabhängigkeit unserer Schweiz steht.»

Bundesrat Ueli Maurer vor der Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS, 10.4.2010

Untaugliche Armeeerformen

Für die SVP ist die Sicherheit unseres Landes von zentraler Bedeutung. Darum will sie eine starke und gesunde Armee mit einem konkreten Auftrag, verbindlichen Zielen und einer realitätsbezogenen Strategie. Davon sind wir heute leider noch weit entfernt. Was in vielen Jahren durch irregeleitete Politiker zugrunde gerichtet wurde, kann nicht innert weniger Jahre repariert werden. Und heute üben ausgerechnet jene Politiker und Parteien Kritik am Verteidigungsdepartement, welche die Armee mit ihren Fehlkonzepten an den Rand des Abgrunds geführt haben. Seit den 1990-er Jahren geriet unser Militär nämlich durch unbrauchbare Reformen wie «Armee 95», «Armee XXI» und «Entwicklungsschritt 08/11» in einen besorgniserregenden Zustand und entfernte sich weit von jeder Einsatzbereitschaft. Aufgrund oberflächlichen Wunschdenkens träumte man allzu lange von kollektiver Sicherheit in multinationalen Gremien, humanitären Interventionen und «Friedenssicherung». Dabei wurde der Verteidigungsauftrag wie der Milizgedanke immer mehr preisgegeben. Gleichzeitig kam es zu einer unsinnigen Militarisierung der Aussenpolitik – mit Planungen von Einsätzen in Afghanistan, von Hochsee-Piratenjagden in Somalia oder von gewaltsamen Geiselnbefreiungen in Libyen. Diese Art von Militarisierung hilft niemandem. Weder unserer Armee, die nur als Verteidigungsarmee den Rückhalt in der Bevölkerung geniesst, noch den Menschen in den Kriegsgebieten, die sich neutrale Helfer, nicht weitere Interventionstruppen wünschen.

Auslegeordnung eines Desasters

Als der heutige VBS-Chef Ueli Maurer im Jahre 2009 sein Amt antrat, traf er auf desaströse Zustände. Diese waren von seinem Vorgänger, von Mitte-Links-Politikern wie von den Medien jahrelang schöngeredet worden. Es fehlte an sachgerechten Bedrohungsanalysen genauso wie an realistischen Aufträgen. Statt sich an den Erfolgsmodellen Neutralität, Unabhängigkeit und Landesverteidigung zu orientieren, wurde die Armee nach NATO-Vorbild umgebaut und an die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU herangeführt. Die Trennung von Ausbildung und Führung erwies sich als verheerend, die Personalführung sowie die Logistik als chaotisch; die Miliz war frustriert und wanderte ab. Bei Waffen- und Führungssystemen herrschten Mängel, die deren Einsatz in Frage stellten. Im Informatikbereich kam es zu Fehlbeschaffungen in Milliardenhöhe, sodass sich sogar strafrechtliche Konsequenzen aufdrängen. Eine hohe Untauglichkeit bei der Aushebung unterlief das Verfassungsprinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Im Ausbildungsalltag mangelte es an Material und Fahrzeugen. Die Rüstungsbeschaffung orientierte sich nicht ausschliesslich an den Bedürfnissen der Armee, sondern an jenen der bundeseigenen Rüstungsbetriebe. Wegen des Drucks von Linken und Medien wurde die bisher zu Hause aufbewahrte Munition bei den Wehrmännern eingezogen.

Wie weiter mit der Armee?

Der vom Bundesrat verabschiedete Sicherheitspolitische Bericht und der daraus abgeleitete Armeebericht bieten keine taugliche Grundlage. Denn sie strotzen vom Geist der internationalen Kooperation und des bewaffneten Interventionismus. Die Armee ist unverzüglich mit der Rückkehr zur Verteidigung der schweizerischen Souveränität zu beauftragen. Tendenzen zu weiterer Verkleinerung, zum Umbau in ein Berufsheer oder zur Integration in NATO-Strukturen sind zu stoppen. Die ausführliche Mängelliste des VBS ist jetzt rasch zu beheben. Eigene Handlungsfähigkeit muss die Kooperation ersetzen, denn Kooperation bindet und führt zum Diktat des Mächtigeren. Führungsstrukturen und aufgeblähte Stäbe müssen weiter gestrafft werden. Der Aktivbestand darf 120'000 Soldaten keinesfalls unterschreiten. Die sorgfältige, verantwortungsbewusste Aufbewahrung der persönlichen Waffe durch den Wehrmann ist Ziel der militärischen Erziehung. Der Wirrwarr bezüglich elektronischer Führungssysteme ist zu beheben; diese können nur Hilfsmittel, nicht aber Ersatz für die Führung sein. Eine professionelle Spezialtruppe soll die Cyberwar-Bedrohung abwehren. Die vorhandenen Mittel müssen genügen, um die beste Armee der Welt zur Verteidigung des unabhängigen und neutralen Kleinstaates Schweiz zu unterhalten. Der Bundesrat hat Varianten vorzulegen, wie er dieses Ziel erreichen will.

Standpunkte

Die SVP

- bekennt sich zu einer gut bewaffneten und ausgebildeten Milizarmee und gut ausgerüsteten Boden- und Fliegertruppen zur Bewahrung einer unabhängigen, freiheitlichen und neutralen Schweiz;
- fordert vom Bundesrat die Formulierung eines Armeeauftrags mit konkreten Zielen, wobei die Landesverteidigung Hauptauftrag bilden muss;
- bekämpft die internationale Kooperation mit Entwicklung zu bewaffneten, berufsmässigen Interventionstruppen für das Ausland;
- will hingegen eine Bereitschaftsarmee, die als Kampftruppe im Dienst einer bedrohungsgerechten, zeitgemässen Landesverteidigung steht;
- verlangt eine hohe, bedrohungsgerecht abgestufte Bereitschaft von Teilen oder der ganzen Armee und eine entsprechende Mobilmachungsorganisation;
- fordert die Rückkehr zur differenzierten Beurteilung der Tauglichkeit im Interesse einer echten allgemeinen Wehrpflicht;
- steht ein für die sofortige Aufhebung der gesetzwidrigen Trennung von Ausbildungs- und Einsatzverantwortung;
- fordert die Bildung von Alarmformationen zum Schutz besonders gefährdeter Objekte;
- steht zu gut eingespielten Strukturen zwischen Bund und Kantonen im Sicherheitsverbund Schweiz.

Gesunde Bauern – gesundes Land



Vor hundert Jahren gab es in der Schweiz noch etwa 243'000 Bauernbetriebe, 1990 waren es 108'000, 2010 gerade noch 60'000.²² Die Bauern nutzen 36 Prozent der Landesfläche.²³ Zählt man auch den Wald dazu, sind unsere Bauern für zwei Drittel der Schweizer Landschaft verantwortlich. Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Die Sicherung und Erhaltung der Produktionsgrundlagen soll es unseren Bauern erlauben, den heutigen Selbstversorgungsgrad mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln mindestens aufrecht zu erhalten und wenn möglich noch auszubauen. Diese hochwertigen Produkte sollen durch faire Preise, welche die Produktionskosten decken, am Markt abgesetzt werden können. Das ist ökologisch sinnvoller, als wenn Landwirtschaftsprodukte über ganze Kontinente transportiert werden. Doch heute ist der Preiszerfall dramatisch – speziell bei Milch und Käse, aber auch bei vielen anderen Produkten. Darum muss die Milchmenge innerhalb der Produzentenbranche und ohne Belastung der Steuerzahler gesteuert werden können. Die SVP will das Bauernsterben stoppen, denn ohne gesunden Bauernstand gibt es kein gesundes Schweizerland.

Landwirtschaft als Standortfaktor

Die Schweiz ist noch immer ein bedeutendes Landwirtschaftsland sowie ein beachtlicher Holzproduzent. Die Bedingungen für eine produzierende Land- und Forstwirtschaft sind nicht überall gleich günstig. Auch wenn die Landwirtschaft Besonderheiten aufweist, bleibt sie ein wichtiger Teil der Gesamtwirtschaft. In fast allen Gebieten unseres Landes kommt ihr eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Denn neben den Bäuerinnen und Bauern arbeiten zahlreiche Beschäftigte in den vor- und nachgelagerten Betrieben sowie im Gross- und Detailhandel. Ob-

wohl die Nahrungsmittel für die Konsumenten tendenziell teurer wurden, haben die Bauern und ihre Familien in den letzten Jahren markant an Einkommen verloren und sehen sich von einem viel zu engen und obendrein teuren Verwaltungskorsett eingeschnürt. Wenn die Bauern neben dem Einkommen zunehmend auch noch die unternehmerische Freiheit verlieren, wird ihre Existenz in Frage gestellt.

²² BLW: Agrarbericht 2010

²³ BFS: Taschenstatistik 2009

Wider die Vorschriftenflut

Die zahlreichen Vorschriften, Formulare und Kontrollen erschweren den Bauern den Beruf und untergraben ihre Eigenverantwortung. Zu viel Staatsgeld versickert in der Agrarbürokratie, statt dass es den Bauern zugute käme. Der Landwirt ist ein hoch qualifizierter Spezialist der Nahrungsmittelproduktion, der selber entscheiden soll, was und wie er produzieren will. Der produzierende Bauer ist Unternehmer und trägt die entsprechenden Freiheiten ebenso wie das Risiko. Der Markt mit seinen mündigen Konsumentinnen und Konsumenten soll die erbrachten Leistungen bezahlen. Voraussetzung sind allerdings vernünftige Gesetze und Auflagen im Bau-, Raumplanungs- und Umweltrecht, die den unternehmerischen Spielraum nicht unnötig einschränken.

Sinkende Eigenversorgung

«Der Eigenversorgungsgrad der Schweiz sinkt kontinuierlich und hat bereits tiefe 59 Prozent erreicht. Grund genug, die einheimische Landwirtschaft zu unterstützen und zu fördern.»

SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin, Medienkonferenz vom 11.8.2010

Abgeltungen für erbrachte Leistungen

Neben der Nahrungsmittelversorgung verlangt der Verfassungsauftrag von den Bauern den Schutz des Lebensraums, die dezentrale Besiedelung und die Landschaftspflege. Dies lässt sich nicht mit marktwirtschaftlichen Prinzipien gewährleisten. Darum erhalten die Bauern staatliche Direktzahlungen. Wenn unsere Landwirte diese Arbeit verrichten, kommt dies wesentlich günstiger, als wenn Staatsangestellte dazu verpflichtet werden müssten. Es handelt sich hierbei um Abgeltungen für erbrachte allgemeinwirtschaftliche Leistungen. Ihre Auszahlung erfolgt ungeachtet davon, ob eine voll- oder nebenberufliche landwirtschaftliche Tätigkeit vorliegt.

Unsichere Zukunft für die Bauern

Im internationalen Vergleich nutzen unsere Bauern ihren Boden ökologisch und nachhaltig. Doch durch den Druck der Globalisierung und Markttöffnung spitzt sich die Situation beständig zu. Schlimmstenfalls ist die Schweiz durch die WTO-Verhandlungen von einem Ertragsverlust von drei Milliarden Franken betroffen. Mit Umsetzung der

Agrarpolitik 2011 wird das Sektoreinkommen – die Summe aller Einkünfte im landwirtschaftlichen Erwerb – für die Bauern um 25 Prozent geringer. So ist der Bauernstand als Ganzes gefährdet. Es bleiben nur folgende vier Möglichkeiten: Vergrössern, Spezialisieren, Nebenerwerb oder Ausstieg. Die SVP verlangt eine neue Landwirtschaftspolitik, die den Bauern das Überleben, den Konsumenten die einheimische, gesunde Nahrung und der Landschaft die Pflege sichert. Die SVP wehrt sich entschieden gegen ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU.

Agrarfreihandel bringt Bauernsterben

«Natürlich kämpfen wir vehement dagegen, dass die Landwirtschaft auf dem Altar des Freihandels für nichts und wieder nichts geopfert werden soll.»

SVP-Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Neue Luzerner Zeitung, 19.11.2009

Für eine einheimische produzierende Landwirtschaft

Die multifunktionale Landwirtschaft erbringt über die Nahrungsmittelproduktion und die dezentrale Besiedelung hinaus zahlreiche Leistungen, die nicht in Franken und Rappen zu messen sind. Unsere produzierende Landwirtschaft bietet die effizienteste und günstigste Möglichkeit für die Erhaltung einer vielfältigen und gut strukturierten Kulturlandschaft. Niemand sorgt fachgerechter und günstiger für einen vernünftigen Schutz der Natur als ein gesunder Bauernstand. Zudem bilden die Bauern eine wichtige Basis für freiheitliches Denken, unternehmerisches Handeln, familiäres Zusammenarbeiten sowie für die Pflege unseres ländlichen Kulturgutes. Die SVP engagiert sich für eine eigenständige Landwirtschaftspolitik und eine höhere Ernährungssouveränität. Sie setzt sich dafür ein, dass Leistungen, welche die Landwirtschaft für die Allgemeinheit erbringt, abgegolten werden. Sie fordert den haushälterischen Umgang mit dem landwirtschaftlichen Kulturland, im Speziellen den Erhalt von ausreichenden Fruchtfolgeflächen. Ersatzvornahmen von Wald und Ökoflächen auf landwirtschaftlichem Kulturland werden nicht mehr akzeptiert.

Standpunkte

Die SVP

- fordert vom Bundesrat den Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen;
- will die Schweizer Verhandlungsdelegation verpflichten, die Landwirtschaft sowie die Nahrungsmittel bei den WTO-Verhandlungen auszuklammern und den Zielen der Doha-Runde entgegenzutreten;
- unterstützt die privatrechtliche Mengensteuerung durch die Milchproduzenten als Massnahme gegen den dramatischen Preiszerfall;
- verlangt eine Revision des Raumplanungsgesetzes für den ländlichen Raum, um die vorhandene Bausubstanz vollumfänglich und flexibler nutzen zu können;
- setzt sich dafür ein, dass der knappe landwirtschaftliche Boden nicht der Renaturierung von Fliessgewässern oder der Ausdehnung von Waldfläche geopfert wird;
- ruft Bundesrat und Parlament auf, Massnahmen zur Förderung dezentraler und multifunktionaler Betriebe zu treffen, statt «Sterbepremien» für die Bauern bereitzustellen;
- wehrt sich gegen neue Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Kosten und administrativen Erschwernissen führen;
- kämpft für die Investitionssicherheit, indem die nach neusten Erkenntnissen realisierten Bauten und Einrichtungen mindestens 30 Jahre lang nicht verändert werden müssen;
- befürwortet die Förderung von Viehwirtschaft, Viehexport und Aufzucht von Jungvieh zur Stärkung der Grünlandbetriebe vor allem im Hügel- und Berggebiet.



Leistung fordern, Leistung fördern



Ein hoch stehendes Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand unseres Landes. Hohe Leistungs- und Qualitätsanforderungen an die gesamte Gesellschaft bilden den Schlüssel des Erfolgs. Leistungsbereitschaft und Wille zur Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Sozialromantik und Gleichmacherei stellen keine tauglichen Mittel dar, um die künftigen Herausforderungen zu meistern. Die linke Kuschelpädagogik ist vollständig gescheitert: In keinem anderen Bereich konnten sich linke Ideologen während der vergangenen Jahrzehnte derart verwirklichen wie in den Schulen. Kein europäisches Land gibt mehr Geld pro Kind aus, und trotzdem sucht man die Schweiz vergeblich in den vorderen Rängen internationaler Vergleichsstudien zur Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Die antiautoritäre Pädagogik, die in der Erziehung keine klaren Grenzen setzt, die keine Leistungsbeurteilungen mehr will und die ein Schulsystem fordert, in dem keine Unterschiede zwischen Leistungsstarken und Schwachen gemacht werden, führt ins Bildungschaos. Die Folgen sind Disziplinlosigkeit, Unkonzentriertheit, Unordnung, eine Vielzahl an sonderpädagogischen Massnahmen und massiver Niveauverlust. Zudem wollen die Linken, dass der Einfluss der Eltern immer kleiner und jener des Staates immer grösser wird. Die SVP fordert einen Reformstopp, eine Rückkehr zu hohen Leistungen in den wichtigsten Fächern und zur Mitverantwortung der Eltern.

Folgen einer falschen Integrationspolitik

Eine weitere Ursache für den Bildungsverlust ist die falsche Zuwanderungspolitik. Sie hat dazu geführt, dass in einigen Schulklassen der Anteil an fremdsprachigen Kindern 50 Prozent übersteigt und dass viele Eltern ihre Verantwortung nicht wahrnehmen können, weil sie weder unsere Sprache noch unsere Kultur verstehen und annehmen

wollen. Studien beweisen: Je höher der Anteil an Fremdsprachigen in einer Klasse ist, desto weniger hohe Leistungen erreichen die Kinder. Viele Jugendliche aus der Türkei und aus den Balkanländern bleiben ohne berufliche Ausbildung: Arbeitslosigkeit, Beanspruchung des Sozialstaats, Gewalt und (Jugend-)Kriminalität sind die Folgen. Die SVP fordert seit Jahren: Vor dem Eintritt in eine Regelklasse muss ein Kind unsere Umgangssprache lernen.

Volksschule: Kompetenzvermittlung statt Reformitis

Die Volksschule unter Verantwortung der Kantone ist das Fundament unseres Bildungswesens. Sie muss die Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihrer Herkunft mit unserer Kultur und unseren Traditionen vertraut machen. In ihr werden gesichertes Grundwissen und Grundfertigkeiten vermittelt. Deshalb sind wieder verbindliche Jahresziele in den Fächern zu setzen, vor allem in Rechtschreibung, Lesen, Rechnen und Naturkunde. Auf der Sekundarstufe sollen die kognitiv schwächeren Kinder stärker im Handwerk gefördert werden; so erhalten sie berufliche Perspektiven. Komplett falsch ist es, die Schülerinnen und Schüler bereits während der Primarschule mit zwei Fremdsprachen zu belasten und im Kindergarten bereits «zu büffeln», statt dass die Kinder in Geborgenheit lernen, sich in grössere Gemeinschaften einzugliedern, und so die Schulreife erreichen. Es ist zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre Arbeitszeit in den Unterricht investieren, statt sie für «Schulentwicklung», Sitzungen und Administration zu vergeuden. Entsprechend ist die Lehrerbildung anzupassen: Es sollen keine Fachgruppenlehrkräfte, sondern Klassenlehrer ausgebildet werden. Sie müssen auf der Primarstufe und den kognitiv weniger anspruchsvollen Niveaus der Sekundarstufe fast alle Fächer unterrichten können. Heute ist die Mehrheit der Lehrkräfte in Teilzeit angestellt und hat ein jährlich schwankendes Einkommen. Damit der Lehrerberuf für Männer wieder attraktiver wird, muss die Schule so organisiert werden, dass sichere Vollzeitstellen möglich sind. Die Volksschule wird von der Bevölkerung getragen, die ihre Kinder in ihr bilden lässt. Deshalb will die SVP die Autonomie der Schulgemeinden gegenüber dem jeweiligen Kanton stärken.

Professoraler Integrationswahn

«Eine ‹Schule für alle› hat den Anspruch, dass Schüler unabhängig von ihren Leistungen gemeinsam den Unterricht besuchen und dass die individuellen Lernfortschritte kompetenzorientiert betrachtet und bewertet werden. Die gängigen Beurteilungssysteme mit Noten stellen dagegen ein Mittel zur Selektion und zur Einteilung von Lernenden in verschiedene Leistungsgruppen dar und laufen den integrativen Bestrebungen zuwider.»

Elisabeth Moser Opitz, Professorin für Sonderpädagogik an der Universität Zürich, Neue Zürcher Zeitung, 30.6.2010

Die Folgen der linken Gleichheits-Indoktrination

«Nach dieser darf es keine Stärkeren und keine Schwächeren geben, keine Gescheiteren und keine Dümmeren, keine Schnellen und keine Langsamen, keine Vorlauten und keine Besonnenen. Und weil das Leben die einzelnen Menschen weder gleich ausstattet noch gleich behandelt, missbraucht man die Strukturen und die eigene Macht und trichtert den wehrlosen Kindern Ideologien ein, die nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun haben und die – wie alles Weltfremde – unsere Kinder auf ihrem Weg ins Leben behindern.»

Silvia Blocher, ehemalige Lehrerin, Mutter und Grossmutter, Die Weltwoche, 22.7.2010

Hohe Ansprüche in Berufsbildung und Gymnasien

Das duale System von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen der Berufsbildung vorzuziehen. Die SVP lehnt staatliche Lehrwerkstätten ab. Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, sollen steuerlich entlastet werden. Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen im Dialog mit den Verbänden festgelegt werden und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen anzupassen. Die Berufsbildung ist aufzuwerten, und den Absolventen einer höheren Berufsbildung oder von höheren Fachprüfungen ist bei entsprechender Eignung der Zugang zu Fachhochschulen und bei herausragender Qualifikation sogar der Übertritt an die Universität zu ermöglichen. Die fachlichen Anforderungen an Schülerinnen und Schüler in Gymnasien sind hoch zu halten; eine gymnasiale Maturität soll der Staat nur kognitiv begabten und leistungswilligen Jugendlichen finanzieren. Den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sowie den Kenntnissen über wirtschaftliche Zusammenhänge muss in der gymnasialen Ausbildung mehr Platz eingeräumt werden.

Hochschulen: Wertschöpfung durch Spitzenforschung

Die Schweizer Universitäten und die ETHs müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kompetenz, wissenschaftliches Arbeiten und auf die Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen sich vermehrt auf die Anforderungen des Marktes ausrichten, da sonst keine Wertschöpfung erfolgt, sondern nur der Sozialstaat aufgebläht wird. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern Universitäten der Spitzenklasse. Die Fachhochschulen sind das Rückgrat der berufs- und praxisbezogenen Aus- und Weiterbildung. Ihre Ausbildungsziele sind in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den für die einzelnen Gebiete wichtigen Markträgern zu erarbeiten. Aus Fachhochschulen muss der Zugang zu spezifischen Studienrichtungen an der Universität möglich sein. Der Zugang zu Hochschulen soll allen offen stehen, die über eine entsprechende Vorbildung verfügen. Es kann aber nicht sein,

dass Schweizer Steuerzahler die Ausbildung Tausender ausländischer Studierender finanzieren, die nach dem Studium unser Land wieder verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines fremden Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren festzulegen, und der Zustrom schlechter Qualifizierter ist zu verhindern.

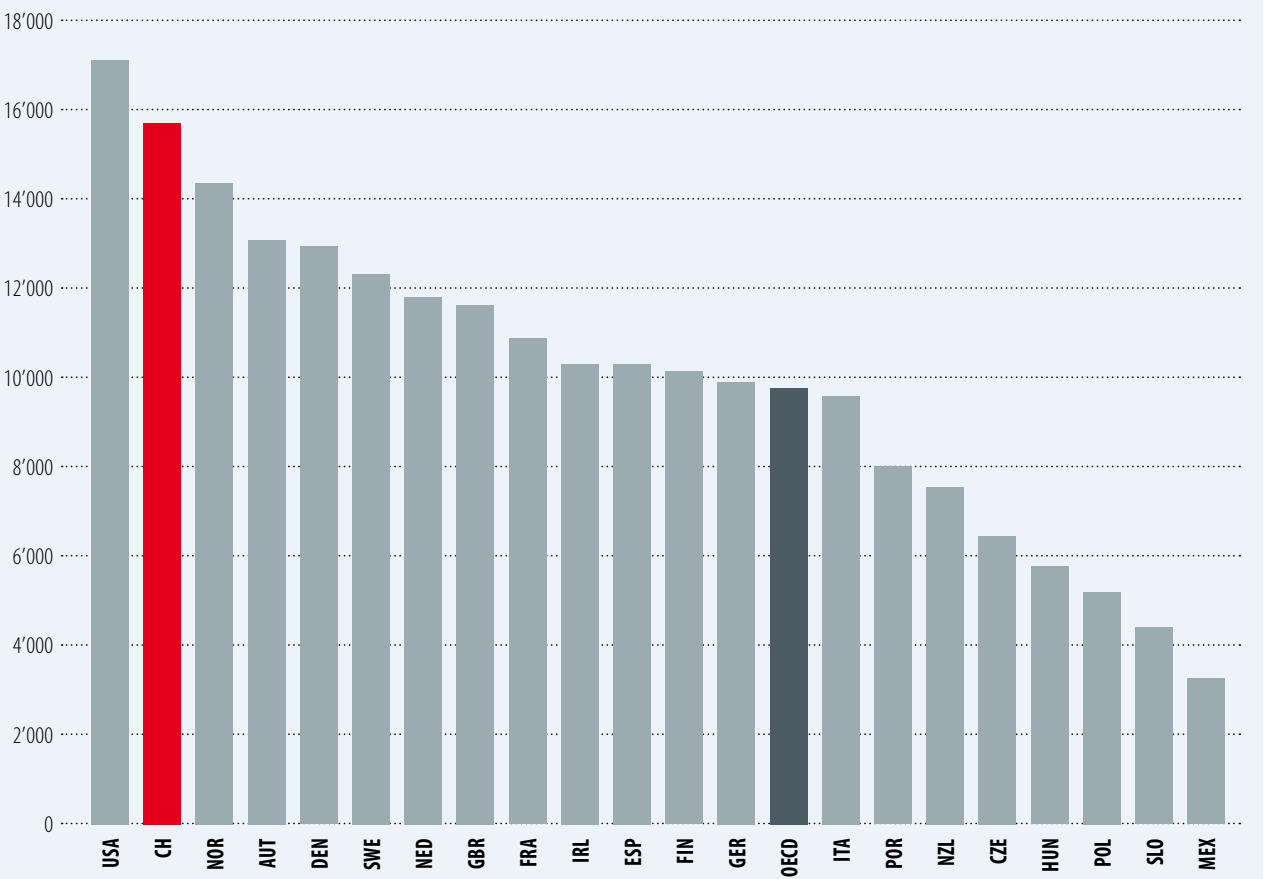
Schreiner mit Universitätsabschluss?

Laut Prognose der Akademien der Wissenschaft soll es bis 2030 die klassische Lehre nicht mehr geben. Dazu die SVP-Antwort: «Das ist absolut weltfremd. Das duale System der Schweiz hat sich bewährt. Sonst gibt es in der Schweiz nur noch Theoretiker.»

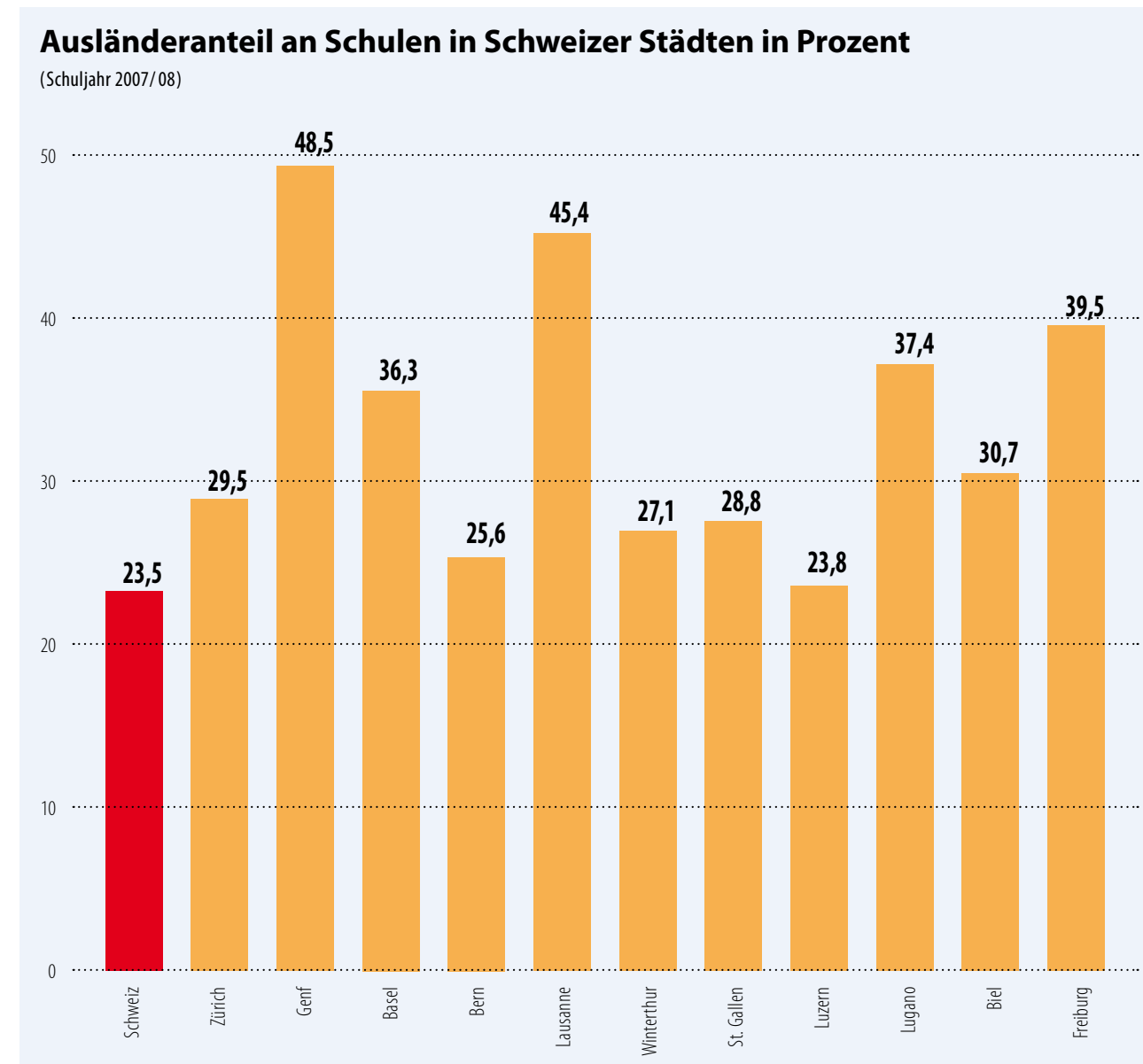
SVP-Nationalrat und Gymnasiallehrer Oskar Freysinger, 20 Minuten, 31.8.2009

Ausgaben pro Jahr und Schüler

(Ausgaben pro Jahr in Franken)



Quelle: BFS/OECD, Bildung auf einen Blick 2010



Quelle: BFS

Weiterbildung und Erwachsenenbildung: Keine Staatsaufgabe

Lebenslanges Lernen und ständige Weiterbildung sind heute unverzichtbar für den beruflichen Erfolg. Diese Erwachsenenbildung ist grundsätzlich Sache des Einzelnen und nicht des Staates. Sie ergänzt, vertieft und aktualisiert die schulische Erstausbildung von Kindesalter und Jugend. Der rasante Wandel und die sinkende Halbwertszeit des Wissens macht die ständige Weiterbildung auch für schulisch gut Gebildete nötig. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Anstrengung, für deren Kosten der Arbeitnehmer in der Regel selber aufkommt. Die ständige, eigenverantwort-

liche Weiterbildung zur Erhaltung der Berufsfähigkeit soll bereits im Arbeitsprozess geschehen, nicht erst im Zustand der Arbeitslosigkeit. Anstrengungen und Aufwendungen der Weiterbildung sind steuerlich zu begünstigen.

Standpunkte

Die SVP

- vertritt die Überzeugung, dass eine gute Allgemeinbildung die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche, kulturelle und geistige Zukunft unseres Landes ist;
- steht dafür ein, dass Erziehung grundsätzlich Sache der Eltern und Bildung grundsätzlich Sache der Schule ist;
- kämpft für die Beendigung des Reformdurcheinanders, damit die Volksschule endlich zur Ruhe kommt und wieder auf das Fundament bewährter Werte (Leistung, Ordnung, Disziplin usw.) gestellt wird;
- setzt sich ein, dass die Lehrkräfte durch ihre Ausbildung befähigt werden, einer Schulklasse vorzustehen und deren Ausbildungsverantwortung wahrzunehmen;
- fordert Disziplin und Ordnung im Klassenzimmer und auf dem Schulgelände sowie wirkungsvolle Sanktionsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Schulbehörden zu deren Durchsetzung;
- will, dass die Schulen nach verbindlichen Lernzielen in den Kernfächern leistungsorientiert geführt werden;
- ist der Ansicht, dass Schüler mit mangelnden Sprachkenntnissen ausserhalb der Klasse in der entsprechenden schweizerischen Landessprache unterrichtet werden müssen;
- sagt Nein zum «integrativen Unterricht», sondern will Kinder mit schweren Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten in speziellen Klassen von speziell ausgebildeten Fachkräften unterrichten lassen;
- verlangt Noten ab der ersten Primarschulklasse;
- setzt sich ein, dass die Berufslehre nicht zugunsten der gymnasialen Ausbildung vernachlässigt wird;
- will, dass an Fachhochschulen praxisorientierte und international anerkannte Abschlüsse erreicht werden können;
- setzt sich dafür ein, dass die Gebühren für ausländische Studierende an unseren Universitäten und Hochschulen kostendeckend ausgestaltet werden. Zusätzlich sollen die Aufnahmekriterien verschärft werden;
- fordert die primäre Verwendung von Forschungsgeldern im eigenen Land zugunsten unserer Hochschulen, Universitäten und ETHs.



Sozialwerke sichern, Missbräuche bekämpfen



Die Schweizerinnen und Schweizer sind ausserordentlich sozial. Sie sind bereit, die wirklich kranken, gebrechlichen, alten oder arbeitslosen Mitmenschen zu unterstützen. Wenn sie aber zunehmend das Gefühl bekommen, es herrsche Missbrauch und die Faulen würden sich auf Kosten der Fleissigen bereichern, werden sie zu Recht unwillig. Die SVP hat den offenkundigen Sozialmissbrauch gegen viel Widerstand, aber hartnäckig thematisiert. Dieser Missbrauch unserer sozialen Institutionen muss rigoros unterbunden werden. Denn ohne gerechte Zuteilung der vorhandenen Mittel gefährden wir unser gesamtes Sozialwesen.

Grenzen des Sozialstaates

Der Sozialstaat in der Schweiz ist komfortabel ausgebaut. Er stösst aber zunehmend an seine Grenzen. Während die Sozialausgaben im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden ausmachten und bis 1990 auf 64,5 Milliarden Franken anstiegen, betrugen die Ausgaben für die Sozialwerke in der Schweiz im Jahr 2008 144 Milliarden Franken.²⁴ Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten der künftigen Generationen. 1950 – kurz nach der Einführung der AHV – wurden 7,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Sozialwerke verwendet, 1990 waren es bereits 19,5 Prozent und im Jahr 2005 waren es gar 29,2 Prozent.²⁵ Immer weniger Menschen müssen für immer mehr Menschen aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes ist in Frage gestellt: AHV, Arbeitslosenversicherung, Berufliche Vorsorge, Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung, Familienzulagen, Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Unfallversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert! So lange es unserer

Wirtschaft gut ging, waren die Auswirkungen des ausufernden Sozialstaates noch weniger spürbar. Mit den demographischen Herausforderungen von Überalterung und unqualifizierter Zuwanderung führt der ständige Sozialausbau zu einem unfinanzierbaren Sozialversicherungssystem. Der Bundesrat geht bis 2030 bei gleich bleibenden Leistungen von einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von jährlich 14 Milliarden Franken aus. Wollte man die Soziallastquote auf dem heutigen Niveau stabilisieren, wäre gemäss Bundesrat eine Leistungseinschränkung von 12,2 Prozent notwendig.²⁶

²⁴ BFS: Gesamtrechnung Soziale Sicherheit

²⁵ BFS: Gesamtrechnung Soziale Sicherheit

²⁶ Bericht des Bundesrates über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote (2006)

Ein leider oft vergessener Grundsatz in der Sozialpolitik

«Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.»

Artikel 6 der Schweizerischen Bundesverfassung

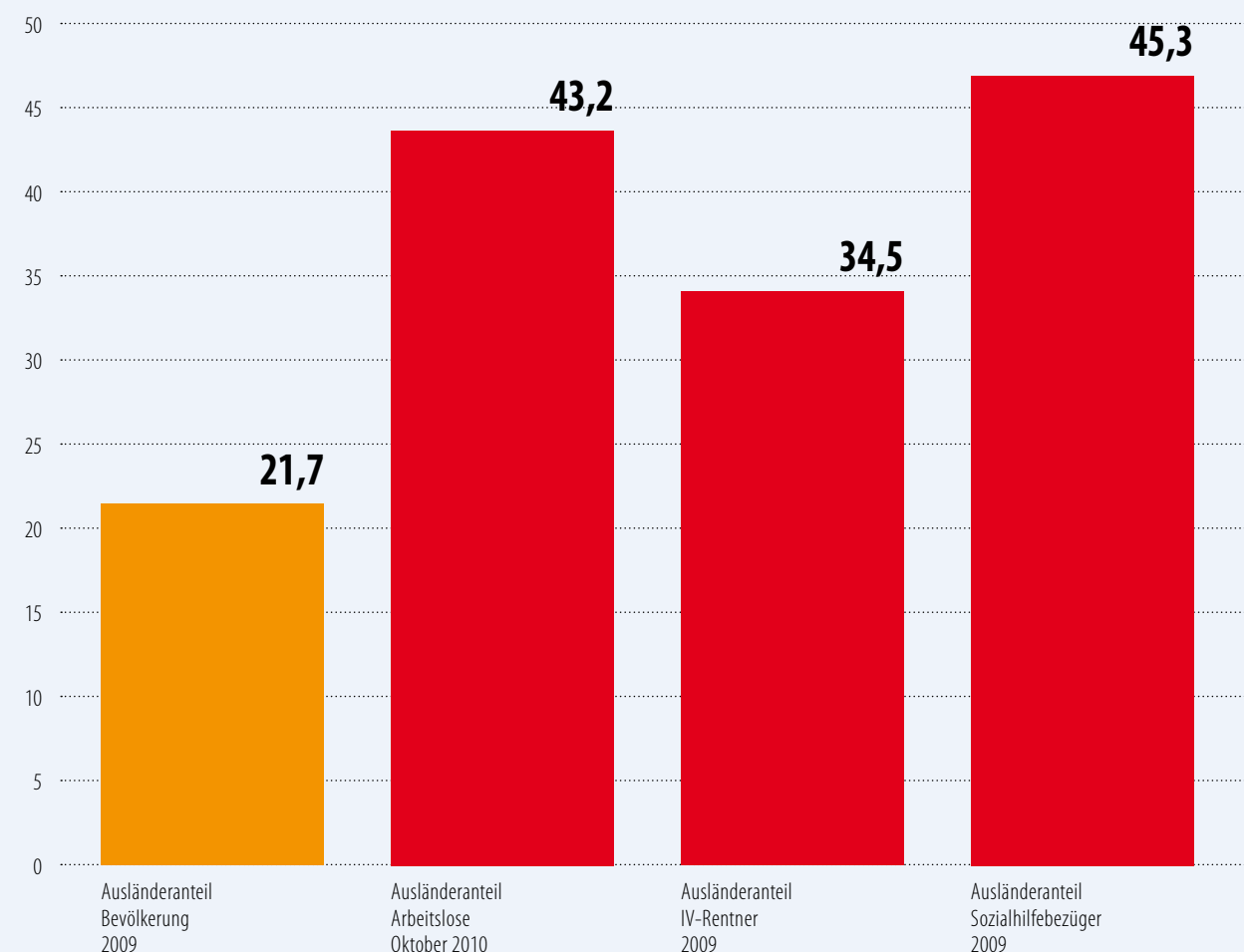
Unsere Altersvorsorge sichern

In zehn Jahren wird der immer grössere Anteil Rentner im Verhältnis zu den aktiven Erwerbstätigen zu enormen Problemen für die Finanzierung der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung führen. Die demographische Entwicklung ist eine unumstössliche Tatsache. Ohne Änderung der

heutigen Gesetzgebung wird der AHV-Fonds vor 2018 in eine kritische Situation geraten. Darum setzt sich die SVP dafür ein, dass unsere AHV-Renten auch in Zukunft gesichert sind. Für Männer und Frauen soll ein Rentenalter von 65 Jahren eingeführt werden; auch sind einige unbestrittene technische Korrekturen am Rentenmechanismus notwendig. Die SVP lehnt aber in diesem Zusammenhang jeden Leistungsausbau in der AHV ab. Die SVP wendet sich nicht gegen frühzeitige Altersrücktritte, solange diese versicherungstechnisch korrekt finanziert sind. Wer aber jedermann mit 60 in Rente schicken will, wie dies Linke und Gewerkschaften fordern, ruiniert unsere AHV. Die Leute werden immer älter – und dieser Entwicklung ist Rechnung zu tragen. Im Jahr 2012 muss daher zügig eine umfassende AHV-Revision durchgeführt werden, welche die AHV für die Zukunft sichert.

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken

(Angaben in Prozent)



Quelle: BFS/Seco/BFM

Zweite Säule nicht überregulieren

Das Berufliche Vorsorge-Gesetz (BVG) – einst als Rahmengesetz für eine unabhängige betriebliche Vorsorgelösung der Altersrenten konzipiert – ist die am stärksten überreglementierte Sozialversicherung überhaupt. Bei einem Anlagevolumen von rund 600 Milliarden Franken sind zweifellos griffige Regeln nötig.²⁷ Allerdings dürfen die Regeln nicht so rigide ausgestaltet sein, dass die Politik dem Kapitalmarkt ständig hinterher hinkt. Daher befürwortet die SVP die Herauslösung von technischen Grössen wie etwa einem Mindestumwandlungssatz oder einem Mindestzinsatz aus dem Gesetz. Das BVG ist zu entschlacken, und der Wettbewerb zwischen den Anbietern von Vorsorgelösungen ist zu stärken. Auch dürfen die privaten Anbieter von Vorsorgelösungen gegenüber den staatlichen Versicherungen nicht diskriminiert werden, indem man nicht finanzierte Leistungen ausrichtet oder ausserordentliche Sanierungsaktionen durchführt.

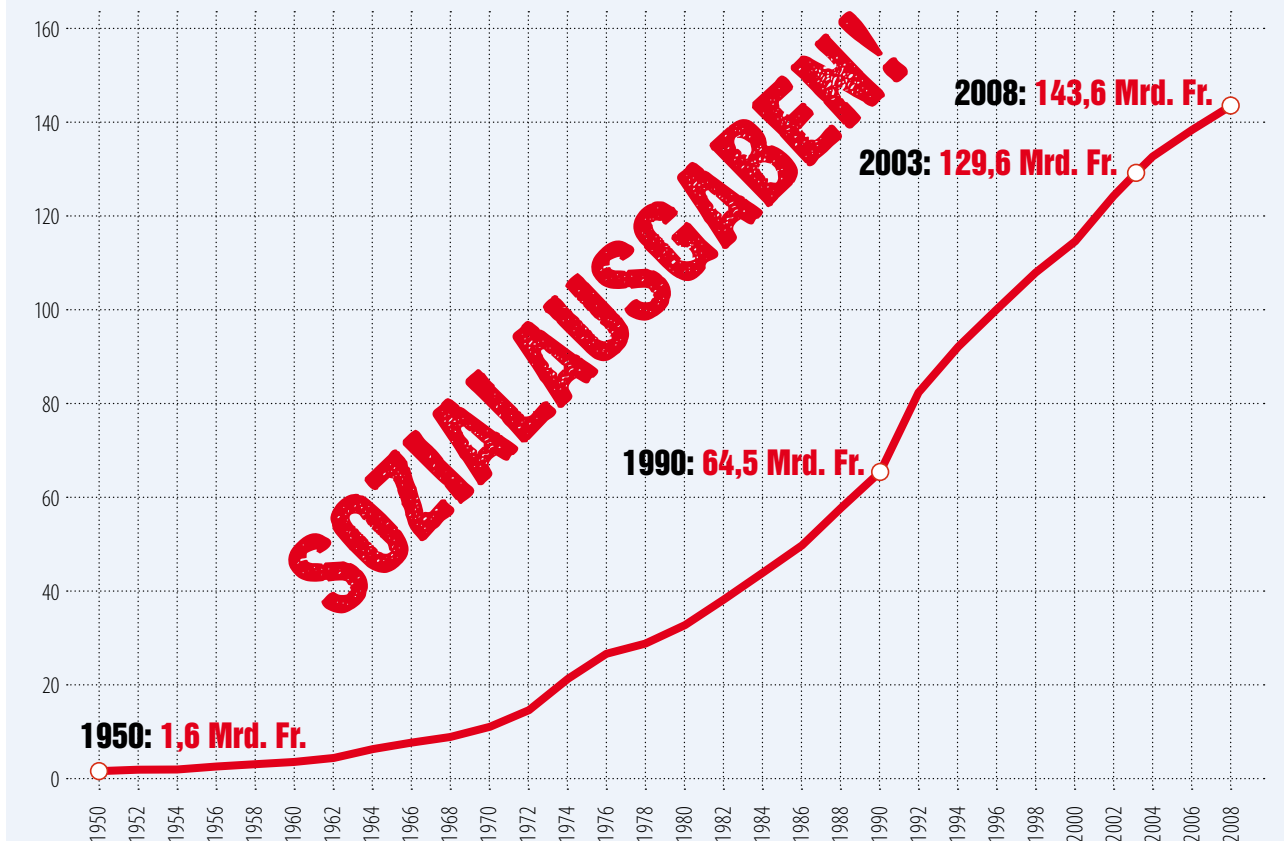
IV: Missbrauch bekämpfen und strukturell sanieren

Seit 1960 ist die Rechnung der Invalidenversicherung (IV) chronisch defizitär. Obwohl der Gesetzgeber seit der Gründung dieses Sozialwerks verschiedentlich zusätzliches Geld gesprochen hat, gibt die IV jährlich noch immer zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Das Volk hat am 27. September 2009 knapp Ja gesagt zu einer raschen und ausgabenseitigen 6. IV-Revision, damit die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer auch eine befristete bleibt. Die Realität zeigt, dass in der Vergangenheit sämtliche Zusatzfinanzierungen erfolglos waren und die Probleme in der IV damit nie gelöst worden sind. Dies darf nicht noch einmal passieren! FDP, CVP, Economiesuisse und Arbeitgeberverband, die zusammen mit den Linken die Steuererhöhung befürwortet haben, müssen ihren Worten nun auch Taten folgen lassen. Aus diesem Grund ist der erste Teil der 6. IV-Revision jetzt unverzüglich zu verabschieden und

²⁷ BSV: Sozialversicherungen der Schweiz, Taschenstatistik 2010

Entwicklung der Sozialausgaben in der Schweiz 1950 – 2008

(Sozialausgaben in Milliarden Franken)



Quelle: BFS, Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit von 2010; die aktuellsten verfügbaren Daten stammen aus dem Jahr 2008

der zweite Teil noch vor den Wahlen 2011 an die Hand zu nehmen. Es muss pro Jahr mindestens die Zahl von 4'000 Rentnern reduziert werden. Weiter müssen risikobasierte Rentenrevisionen durchgeführt werden, weil gewisse Nationalitäten (Balkanstaaten, Türkei) stark überproportional von der IV abhängig sind. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Denn heute erhält jemand, der 39 Prozent erwerbsunfähig ist, überhaupt keine IV, jemand der 70 Prozent erwerbsunfähig ist, erhält eine Vollrente. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Weiter sind IV-Rentner bei den Kinderrenten nicht länger besser zu stellen gegenüber normalen Arbeitnehmern. Denn wer heute eine IV-Rente (oder Taggeld) bezieht, erhält für jedes Kind einen Rentenaufschlag von 40 Prozent einer IV-Rente, sofern kein Kürzungsgrund vorliegt. Ein IV-Rentner mit zwei Kindern erhält folglich 1,8 IV-Renten. Mit fünf Kindern sind es gar drei volle IV-Renten. So erstaunt es nicht, dass ein IV-Rentner mit fünf Kindern im Balkan ein halbes Dorf auf Kosten der Schweiz unterhalten kann. Zur Kinderrente kommen obendrein noch Familienzulagen hinzu. Schliesslich sind die Beiträge an Behindertenorganisationen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Rentnerausflug

Ein Unfallrapport der Stadtpolizei Zürich berichtet: Der pensionierte Fritz Schoch (Name geändert) fährt mit ca. 5 km/h vor einem Rotlicht aus Unachtsamkeit in das vor ihm haltende Fahrzeug (Schaden 500 Franken). Dieses lenkt Hakan Fenaci (Name geändert), türkischer Staatsangehöriger, Jahrgang 1955. Seine drei Mitreisenden sind Landsleute. Von den vier türkischen Insassen des Opels beziehen laut Polizeibericht drei Personen eine IV-Rente. Unmittelbar nach dem Unfall klagt die rentenlose mitfahrende Frau von Fenaci über Schmerzen im Nackenbereich. Nach einer ambulanten Behandlung im Waidspital wird sie krankgeschrieben durch Dr. med. Narsalaam Kusayi (Name geändert). Gegen Fritz Schoch ergeht ein Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Personenfreizügigkeit bedroht Arbeitslosenversicherung

Die bestehende Arbeitslosenversicherung geht von einer strukturellen Arbeitslosigkeit von 100'000 Personen aus. Allerdings führt die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union dazu, dass heute weit mehr Menschen arbeitslos sind. Die vollmundigen Versprechen, die arbeitslos gewordenen Zuwanderer würden in ihre Ursprungsländer zurückkehren, haben sich als falsch erwiesen. Darum haben Parlament und Volk eine Erhöhung der Beiträge beschlossen, ohne die Leistungen grundlegend zu überprüfen. Längerfristig wird aufgrund der massiven Zuwanderung wegen der Personenfreizügigkeit der Druck auf unsere Arbeitslosenversicherung weiter zunehmen. Leistungskorrekturen sind darum unausweichlich.

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

Durch Personenfreizügigkeit und wachsende Zuwanderung von schlecht qualifizierten Personen in die Schweiz steigen die Sozialkosten stetig an. Die hohen Ansätze machen das Sozialnetz in Kantonen, welche die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) übernehmen oder gar darüber hinaus gehen, zu einer bequemen Hängematte. In Gemeinden und Kantonen mit grosszügiger Sozialhilfepraxis und laschen Migrationsbehörden wächst die Zahl der Fürsorgebezügler massiv. Und wo Behörden die Sozialhilfe kürzen, wird diese vor Gericht immer häufiger erfolgreich erstritten. Damit kommt der Sozialstaat an seine Grenzen. Die Kantone sind hier gefordert, die Sozialhilfegesetzgebung so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich wieder lohnen.

Standpunkte

Die SVP

- setzt sich für die Sicherung der Sozialwerke ein;
- lehnt den Ausbau von Sozialleistungen ab;
- fordert eine Gesamtbetrachtung der verschiedenen Sozialversicherungssysteme, um Überversicherungssituationen und Fehlanreize zu reduzieren;
- verlangt zur Sicherung der AHV:
 - das Rentenalter 65 für Frauen und Männer;
 - den Verzicht auf die Verwendung der Einsparungen durch die Rentenalter-Anpassung für Frauen zum Ausbau der Leistungen;
 - einen neuen Finanzierungsmechanismus, der die Rentenhöhe an den einbezahlten Mitteln eines Jahrganges orientiert, um Unterdeckungen zu verhindern;
- setzt sich ein für:
 - die Reduktion der Anzahl IV-Rentner um 4000 pro Jahr durch die Überprüfung bestehender Renten, vor allem bei Jungrentnern;
 - die Streichung der IV-Kinderrenten und die Koordination mit Familienzulagen;
 - risikobasierte Rentenrevisionen bei Personen mit unklarer IV-Ursache (z.B. «somatoforme Schmerzstörungen»);
 - die Anpassung der ins Ausland bezahlten Renten an die lokale Kaufkraft;
 - die Aufkündigung der Sozialversicherungsabkommen mit nicht kooperationswilligen Staaten;
- kämpft für den Verzicht auf eine Überregulierung der beruflichen Vorsorge und die Herauslösung der technischen Parameter aus dem BVG;
- befürwortet eine grundsätzliche Reform der Ergänzungsleistungen zur Verhinderung von Fehlanreizen;
- will keine weitere Zwangsunterstellung von Berufen unter die Suva;
- lehnt die Erhöhung der Lohnbeiträge an die EO ab;
- fordert die ausgabenseitige Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Anpassung der Leistungen ans OECD-Niveau;
- steht ein für eine Korrektur der SKOS-Grundansätze nach unten unter gleichzeitigem Einbezug von leistungsbezogenen Elementen;
- verlangt bei den Sozialversicherungsstatistiken endlich Transparenz über die Bezüger nach Nationalitäten;
- befürwortet den Datenaustausch zwischen den Behörden, damit Sozialmissbrauch erkannt werden kann.



Qualität dank Wettbewerb



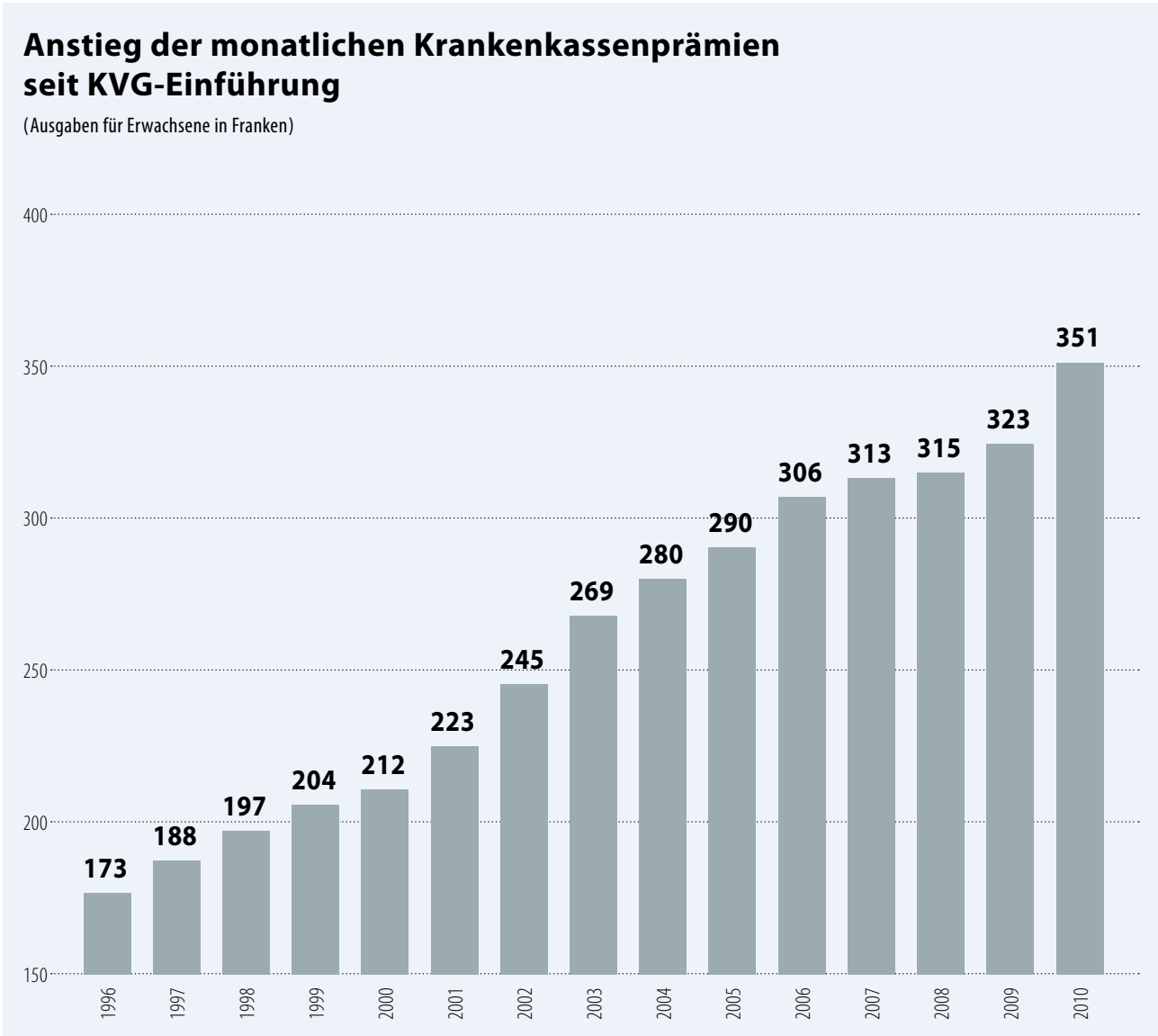
Regelmässig wie eine fünfte Jahreszeit erfolgt jeweils im Spätsommer die Ankündigung der nächsten Prämienhöhung der Krankenversicherung. Das von der SVP seinerzeit bekämpfte Krankenversicherungsgesetz (KVG) bedeutete die Errichtung einer obligatorischen, einheitlichen, flächendeckenden Krankenversicherung für alle Einwohner der Schweiz. Seit Einführung des KVG haben sich die Prämien mehr als verdoppelt – und sie steigen immer weiter.²⁸ Die Umsetzung einer staatlichen Zwangsversicherung mit Anbietern im freien Markt führte zu gewaltigen Problemen zwischen Prämienzahlern, Leistungserbringern und Kostenträgern. Kurz: Unser Gesundheitswesen ist krank. Bald die Hälfte der Bevölkerung ist auf Prämienverbilligungen angewiesen. Die unsinnige Vermengung von Gesundheits- und Sozialpolitik erzeugte schwerste Verzerrungen. Und sie führt die ursprüngliche Idee der Krankenversicherung – Schutz vor materieller Not im Krankheitsfalle – ins Absurde: Nicht mehr die Krankheiten, sondern die Prämien führen gegenwärtig in wirtschaftliche Not.

Überforderte Politik

Heute geht es nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die politischen Entscheidungsträger festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Leistungen, die früher nur Selbstzahler in An-

spruch nehmen durften, werden heute unter dem Vorwand der «sozialen Gerechtigkeit» in den offiziellen Leistungskatalog gezwängt. Haben früher Privatpatienten mit ihren Honoraren zum sozialen Ausgleich beigetragen, erfolgt dieser jetzt zwangsmässig über die Prämienverbilligung aus Steuergeldern.

²⁸ BAG: Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2006 sowie aktuelle Kennzahlen BFS



Quelle: Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2009

Medizinischer Fortschritt kostet

Immer bessere diagnostische und therapeutische Möglichkeiten beschleunigen die Heilung. Der breite Zugang zur Spitzenmedizin, die Zunahme der Lebenserwartung, die höhere Lebensqualität bilden einen bemerkenswerten Wachstumsmarkt und sind grossartige Errungenschaften. Aber selbstverständlich auch Gründe für die Kostensteigerung. Genau wie die mediale Dauerinformation über Gesundheit und Krankheit, die den Konsum von Gesundheitsleistungen antreibt. Die chronische finanzielle Unterdeckung der Krankenversicherungen liegt im System des verfehlten KVG. Drastische staatliche Massnahmen wie die Mengensteuerung im Ärzteberuf durch Zulassungsbe-

schränkung zum Medizinstudium oder Niederlassungsstopp führen zur Ausschaltung des Wettbewerbs und zur Verlagerung der ambulanten Behandlung von den Grundversorgern in die teureren Spitäler. Weil die öffentlichen Spitäler nur zur Hälfte durch Prämien finanziert werden, entstehen schwerste Wettbewerbsverzerrungen zu Ungunsten der Hausarztpraxen.

Eigenverantwortung der Patienten stärken

Die Fehlanreize des geltenden Krankenversicherungsgesetzes sind offensichtlich. Zu viele Akteure im Gesundheitswesen haben kein Interesse mehr am häuslicherischen Umgang mit den Mitteln. Das KVG muss daher zwingend in



eine marktwirtschaftliche Richtung reformiert werden. Dabei sind die Interessen der Patienten ins Zentrum zu stellen, nicht jene von Versicherern, Spitälern, Kantonen oder der Pharmaindustrie. Das Hauptinteresse der Patienten liegt in einer guten Qualität zu angemessenen Preisen. Unser Gesundheitswesen kann nur gesunden, wenn wir es mit folgenden Massnahmen verbessern: Förderung der Eigenverantwortung, massgeschneiderte Versicherungsmodule mit echter Risikobeteiligung der Versicherten, Zusatzversicherungen für Wünschbares und Komfort, saubere Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Die verschlungenen Subventionswege müssen entflochten werden, damit das Geld bedürftige Patienten stützt, statt unnötige Spitalkapazitäten zementiert. Schliesslich ist der Leistungskatalog von allem Unnötigen zu entschlacken. Abtreibungen, Heroin-Therapien, nichtmedizinische Kaiserschnitte oder Geschlechtsumwandlungen sind nicht länger von der Allgemeinheit zu bezahlen. Sollten die Gesundheitskosten weiter so ansteigen, muss gar eine Aufhebung des Versicherungsobligatoriums zur Erhöhung der Sparanreize ins Auge gefasst werden.

Schluss mit dem Präventions-Wahnsinn

BAG, BASPO, BSV, ASTRA, BVET, DEZA, SECO, EAV, EKAS, Fonds für Verkehrssicherheit, sbu, SUVA, private Krankenversicherer, Stiftung für Gesundheitsförderung, Tabakpräventionsfonds sowie zahlreiche kantonale und kommunale Akteure kümmern sich um das Wohl der Bürger. Mit einem Mega-Präventionsinstitut soll eine weitere Institution hinzukommen. Über 1,1 Milliarden Franken werden jährlich in die Prävention gebuttert.²⁹ Das Resultat: Alkohol soll Mindestpreisen unterliegen und an Sportanlässen ganz untersagt werden, Bierflaschen sollen normiert werden, die Werbung wird eingeschränkt, dickleibige Menschen müssen mehr Krankenkassenprämien zahlen (man spricht von einer «epidemischen Fettsucht»), Raucher werden verteuert, und inländische Tabakproduzenten und Wirte gehen ein. Dies, obwohl der Alkohol- wie der Tabakkonsum rückläufig sind. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel in die Gesundheitskompetenzen der Kantone eingreifen.

²⁹ santésuisse: Positionspapier Gesundheitsförderung und Prävention (2007)

Bundesamt für Gesundheit – Auswüchse der Bürokratie

Was das BAG mit unseren Steuergeldern anstellt (eine Auswahl): Astronauten-Sex auf Grossformatplakaten, Alkoholverbot von 21 bis 7 Uhr, immer umfassendere Rauchverbote, Werbeeinschränkungen, Trickserien an Reserven, um Prämienhöhungen zu vertuschen, Radon-Angstmacherei, Cannabis-Verniedlichung, ungeschützten Geschlechtsverkehr unter HIV-Positiven unter Umständen als unbedenklich erklären, Benachteiligung der Soldaten durch Abschaffung der Militärversicherung, Beschäftigung einer Werbeagentur zum Kampf gegen die Komplementärmedizin.

Drogenmissbrauch konsequent bekämpfen

Rauschgifte sind keine Genussmittel, sondern Stoffe, die in kürzester Zeit zu Abhängigkeit führen und Körper und Geist zerstören. Ziel der Drogenpolitik der SVP ist es, den Drogenhandel zu bekämpfen, den Einstieg in den Konsum zu verhindern und die Süchtigen in die Suchtfreiheit zu führen. Die Kostenfolgen des Drogenkonsums für unsere Volkswirtschaft sind massiv. Bereits heute betragen sie mehrere Milliarden Franken pro Jahr.³⁰ Die Legalisierung sogenannt «weicher Drogen» wie Haschisch oder Marihuana, deren schädliche Folgen man immer wieder verharmlost, wird von der SVP strikt abgelehnt. Die SVP wendet sich auch gegen die staatliche Verabreichung von Drogen an Süchtige. Denn die Heroinabgabe führt nicht zur Heilung der Drogenkranken, sondern entspricht einer staatlich unterstützten Verlängerung der Drogensucht. Hart vorzugehen ist auch gegen den Verkauf und Konsum von Kokain und von sogenannten Partydrogen.

³⁰ Universität Neuenburg: Le coût des drogues illégales en Suisse (2006)

Standpunkte

Die SVP

- steht für eine wettbewerbliche Ausrichtung des Gesundheitswesens ein, die für Stadt und Land eine qualitativ hoch stehende Gesundheitsversorgung garantiert;
- fordert mehr Transparenz über Qualität und Preise im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten und damit deren Wohlergehen zu stärken;
- verlangt eine Entschlackung des Leistungskataloges in der Grundversicherung und die Gestaltung des Leistungskatalogs in Form einer Positivliste;
- lehnt die Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitskasse auf nationaler oder regionaler Ebene entschieden ab;
- kämpft längerfristig für die Aufhebung des Obligatoriums in der Grundversicherung zur Stärkung der ökonomischen Anreize für die Leistungserbringer und kurzfristig für die Aufhebung von Vertragszwang sowie Zulassungsstopp;
- verlangt die sofortige Aufhebung der amtlich festgelegten Obergrenze der frei wählbaren Franchise in der obligatorischen Krankenversicherung, damit die Prämienzahler den Umfang ihres Versicherungsschutzes in eigener Verantwortung bestimmen und auf die Entwicklung massiv steigender Prämien reagieren können;
- setzt sich ein für eine Finanzierung des Gesundheitswesens aus einer Hand (Monismus);
- setzt sich dafür ein, dass die Palliative Care als ganzheitliches Betreuungskonzept für Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden Krankheiten im Gesundheitswesen offiziell verankert wird;
- wehrt sich gegen die teilweise sektiererischen und gewerbefeindlichen Bestrebungen des Bundes im Bereich der Prävention, statt die Eigenverantwortung der Bürger zu respektieren;
- lehnt die Legalisierung von Drogen ab.

Der Verkehr – Puls unserer Wirtschaft



Gut ausgebaute und unterhaltene Verkehrswege, die das steigende Verkehrsaufkommen jederzeit bewältigen, sind eine Grundlage für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Die vorhandenen limitierten Finanzen sollen prioritär zur Engpassbeseitigung, für den Ausbau der Hauptverkehrsachsen sowie für den Unterhalt eingesetzt werden. Der Grundsatz der freien Wahl des Verkehrsmittels ist zu erhalten. Kein Verkehrsträger soll gegen einen anderen ausgespielt werden. Die Quersubventionierung einzelner Verkehrsträger ist zu stoppen.

Finanzen: Optimaler Einsatz der Ressourcen

Mit den Mitteln aus der Mineralölsteuer werden die Finanzierung und der Unterhalt des nationalen Strassennetzes sichergestellt. Die Gelder dienen dem Ausbau und der Instandhaltung der Strassen, dem motorisierten Individualverkehr sowie dem strassengebundenen öffentlichen Verkehr. Eine Zweckentfremdung der knappen vorhandenen Mittel lehnt die SVP ab. Die SVP bekämpft Rabattsysteme sowie neue Abgaben und Gebühren zulasten der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Bund, Kantone und Gemeinden sind für Unterhalt und Ausbau ihrer Verkehrsträger verantwortlich: Willkürlichen Umverteilungen der entsprechenden Lasten und Vorfinanzierungen widersetzt sich die SVP. Die zunehmende Kriminalisierung der Autofahrer nützt – ausser dem Steuersäckel – niemandem. Die offensichtliche Abzockerei durch Herabsetzung der Geschwindigkeitstoleranz und durch Aufstellen von Radarfallen an möglichst ergiebigen, nicht sicherheitsrelevanten Stellen dient nicht der Verkehrssicherheit. Exzessive Überschreitungen der gesetzlich vorgegebenen Tempolimiten durch Raser sind konsequent und mit aller Härte zu bestrafen.

Verkehrspolitik als Verliererin der Ära Leuenberger

Fünfzehn Jahre lang trug SP-Bundesrat Moritz Leuenberger die oberste Verantwortung für die schweizerische Verkehrspolitik – und machte sie zur grossen Verliererin. Ob Flugverkehr (Flugsicherheit, Luftverkehrsabkommen mit Deutschland, Swiss-Milliarden), ob Strassenverkehr (Transitgeschenke an die EU, Stau, Agglomerationsverkehr) oder ob Schienenverkehr (Neat-Milliardenloch, unattraktiver Güterverkehr, jährliche Milliardendefizite) – in all diesen Dossiers ist die Bilanz der Ära Leuenberger höchst unerfreulich.

Mobilität: Freie Wahl sicherstellen

Die Mobilität der modernen Gesellschaft wird durch die freie Wahl der unterschiedlichen Verkehrsträger (Strasse, Schiene, Wasser und Luft) und Verkehrsmittel sichergestellt. Nur so kann der Wohlstand einer funktionierenden

Gesellschaft erhalten bleiben. Einschränkungen der Mobilität (Road Pricing, Fahrtenmodelle, Umweltzonen und Parkplatzabbau) oder ideologisch motivierte Bevorzugung beziehungsweise Benachteiligung bestimmter Verkehrsteilnehmer sind Gift für die Konkurrenzfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes. Der Steuerzahler fordert vom Bund eine auf hohem Niveau gewährleistete Mobilität. Die Steuermittel für Verkehrsinfrastrukturen sind nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip einzusetzen.

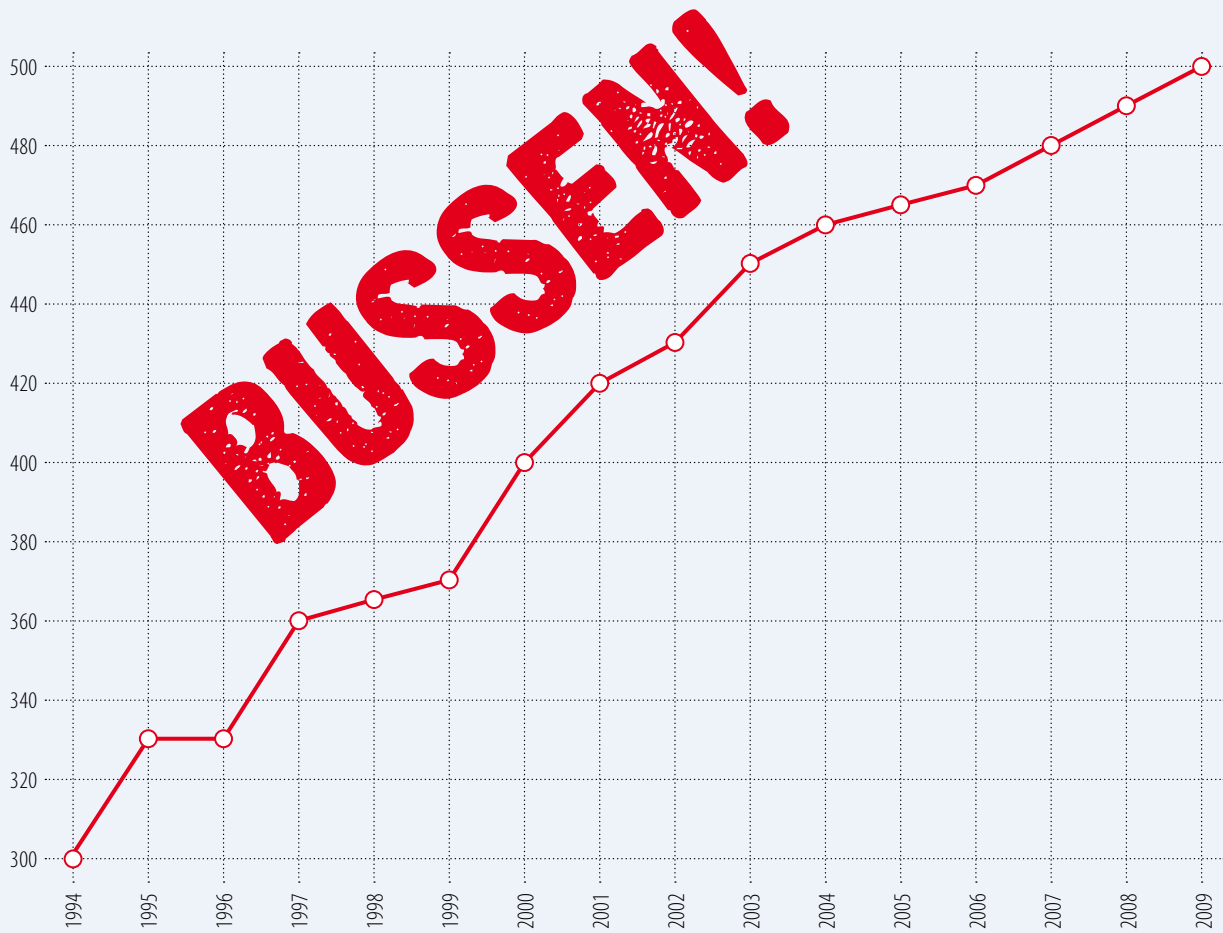
Strasse: Verkehrsfluss gewährleisten

Der Gewährleistung des Verkehrsflusses auf dem gesamten schweizerischen Strassennetz kommt aufgrund der Bevölkerungszunahme entscheidende Bedeutung zu. Unternehmer, Handwerker, Angestellte, Pendler, Einwohner und Touristen sind auf ein zuverlässiges und störungsfreies

Strassensystem angewiesen. Der Rückbau von Strassenraum und damit gekoppelte flankierende bauliche und betriebliche Massnahmen (Signalisationsänderungen, Verkehrsregelsysteme, Fahrbahnhaltestellen, Mischverkehrszonen und Trottoirverengungen) beeinträchtigen den Verkehrsfluss entscheidend. Nur genügend und gut erreichbare Parkplätze sowie eine Mindestzahl von Parkplätzen pro Liegenschaft gewährleisten eine nachhaltige Wertschöpfung von Industrie und Gewerbe und verhindern unerwünschten Suchverkehr. Der Bau von Parkplätzen soll nachfrageorientiert erfolgen und die Obergrenze von Parkplatzbewilligungen aufgehoben werden. Engpässe und Flaschenhälse sind durch Kapazitätsausbau zu beheben. Nur so lassen sich Stauschwerpunkte effektiv bekämpfen. Ballungszentren sind vom Durchgangsverkehr durch ein ausreichend dimensioniertes Umfahrungsnetz zu entlasten.

Entwicklung Busseneinnahmen 1994–2009

(Angaben in Millionen Franken)



Quelle: Vademecum 1994–2010 strassschweiz

Altmodische Grüne

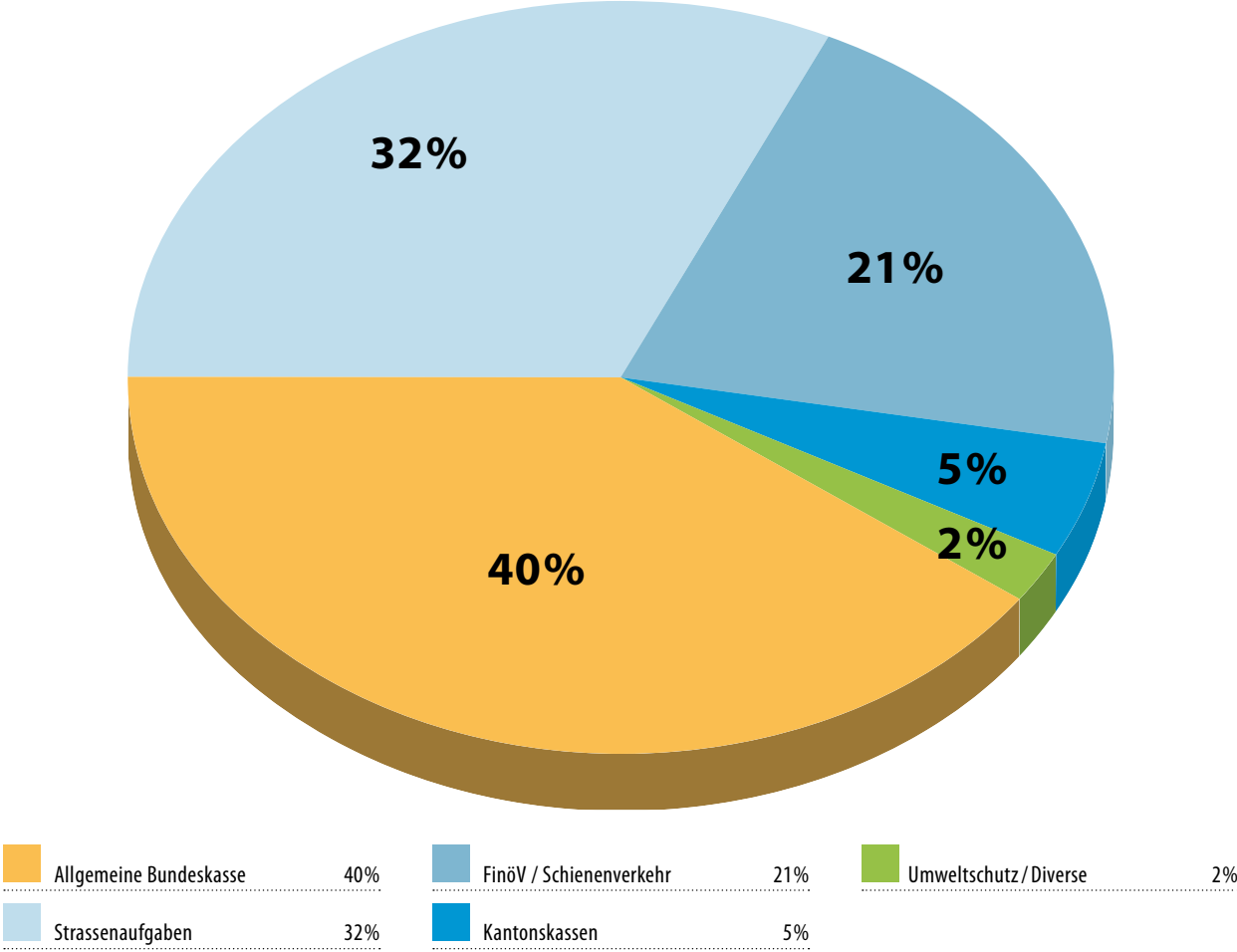
«Offroader seien eine Erfindung aus dem letzten Jahrhundert, hat mein grüner Kollege gesagt, deshalb müsse man sie verbieten. Ja, die Grünen verbieten wir auch nicht, und sie sind auch aus dem letzten Jahrhundert. Und altmodisch sind sie auch, sonst wüssten sie nämlich, dass die Offroader heute moderne und umweltfreundliche Fahrzeuge sind.»

SVP-Nationalrat und Transportunternehmer
Ueli Giezendanner im Nationalrat, 29.9.2010

Schiene: Konsolidierung von Kapazitäten und Kosten

Der öffentliche Verkehr allein ist nicht annähernd in der Lage, den Transport von Personen und Gütern in der Schweiz zu gewährleisten. Der weitere Ausbau der Schienen-Infrastruktur kommt allmählich an seine Grenzen. Eine Konsolidierung der Finanzierung der Kosten für den Unterhalt des Schienennetzes hat vor weiteren Ausbauschritten zu erfolgen. Der Subventionierungsgrad des öffentlichen Verkehrs darf nicht zulasten des Strassenfonds noch weiter gesteigert werden. Der sich aufdrängende Ausbau der Ost-West-Achse ist dem weiteren Ausbau der Nord-Süd-Achse gleichzustellen. Die Optimierung der Schienentrassees für den Personen- und Güterverkehr muss mit den regionalen Interessen abgestimmt werden und hat den Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen.

Verwendung der Strassen- und Autosteuern des Bundes 2009



Quelle: strassschweiz 2010



Luftverkehr: Rechtssicherheit schaffen, Lärmbelastung senken

Die Schweizer Flughäfen sind für den Wirtschaftsstandort von grösster Bedeutung und verdienen auch die notwendigen Rahmenbedingungen. Das SIL-Projektblatt (Sachplan Infrastruktur Luftverkehr) und der entsprechende Richtplaneintrag zum Flughafen Zürich müssen zur Herstellung der Rechtssicherheit baldmöglichst festgelegt werden. Der

Bundesrat wird aufgefordert, mit Deutschland ein neues Flugverkehrsabkommen auszuhandeln, das dem An- und Abflugregime vor dem Mai 2001 entspricht und damit auch dem Resultat der von beiden Staaten gemeinsam durchgeführten Lärmbelastungsanalyse Rechnung trägt. Die heutige Verteilung des Flugverkehrs widerspricht siedlungsplanerischen, betriebswirtschaftlichen, sicherheitstechnischen und umweltpolitischen Grundsätzen und obendrein dem Prinzip der Rechtssicherheit.

Standpunkte

Die SVP

- verlangt, dass die Zweckbindung der Mineralölsteuererträge nicht weiter zum Nachteil der Strasse verändert wird;
- fordert die Unterbindung der Quersubventionierung der Schiene zulasten der Strasse;
- widersetzt sich höheren oder neuen Gebühren und Abgaben im Individualverkehr;
- spricht sich für die Garantie der Wahl des freien Verkehrsmittels aus;
- kämpft für die beschleunigte Fertigstellung des Nationalstrassennetzes mit einer Beseitigung der Engpässe und für die Realisierung einer zweiten Strassenröhre am Gotthard;
- strebt einen höheren Kostendeckungsgrad im Schienenverkehr an;
- verlangt Transparenz über die Folgekosten von Infrastrukturprojekten;
- fordert die Nord- und Südzufahrten zum Gotthard sowie die Fertigstellung des Ausbaus des Lötschbergtunnels (2. Röhre), um die Kapazitäten der NEAT-Milliardeninvestitionen zu nutzen;
- will Rechtssicherheit im Flugverkehr durch für uns akzeptable Verträge mit Deutschland und sinnvolle Massnahmen im Inland.

Schweizer Strom: Sicher und umwelt- freundlich



Die Schweizer Bevölkerung braucht eine sichere Energieversorgung und damit genügend Energie. Es ist ein Wunschtraum von Wissenschaftlern und Politikern, eine Form der Energiegewinnung zu entwickeln, die unbegrenzt möglichst billige und saubere Energie liefert. Wunschträume können und sollen die Wissenschaft beflügeln. In der Politik muss man sich an die gegebenen Verhältnisse halten. Die SVP vertritt eine Energiepolitik, die eine möglichst sichere Versorgung mit möglichst günstiger Energie garantiert. Nur so können Wohlstand, Arbeitsplätze und Lebensstandard erhalten werden. Der Bedarf an Strom ist durch den verstärkten Ausbau der inländischen Produktion sicherzustellen. Die SVP widersetzt sich der Idee zusätzlicher Stromimporte anstelle eines Ausbaus im Inland. Dies würde die Unabhängigkeit gefährden und zu höheren Kosten führen.

Energielücke sofort stopfen

Wir werden ab 2020 ein spürbares, ab 2030 ein massives Energieproblem bekommen. Denn schon ab dem Jahr 2020 soll die Stilllegung der Kernkraftwerke Beznau I und II sowie des Kernkraftwerkes Mühleberg erfolgen. Bis 2035 fehlen der Schweiz 20 bis 25 Milliarden Kilowattstunden, wenn die Verträge mit Frankreich auslaufen und der Stromkonsum – wie zu erwarten – weiter zunimmt.³¹ Die berechnete Energielücke ist unbestritten. Bloss werden unterschiedliche Konsequenzen daraus gezogen. SP und Grüne glauben, sie könnten diese Lücke mit Sparmassnahmen, Effizienzsteigerungen und erneuerbaren Energien schliessen. Manche meinen, die Schweiz könne auf Kernenergie verzichten. Aber nur, indem sie Strom importiert, auf viel teurere Alternativen setzt oder noch mehr fossile Energieträger wie Öl oder Gas verwendet.

Die Bedeutung fossiler Energieträger

Die importierten fossilen Energieträger Erdöl und Erdgas bleiben in unserer Gesellschaft von grosser Bedeutung. Die Mobilität im Strassen- und Luftverkehr, die Beheizung oder die industrielle Produktion von Gütern sind abhängig von fossilen Treib- und Brennstoffen. Wenn wir das Energieproblem als Ganzes betrachten, müssen wir aber darauf hinarbeiten, mit den begrenzten fossilen Ressourcen sorgfältig umzugehen. Kohle und Erdöl sind für die inländische Stromerzeugung ungeeignet. Da die grössten Ölvorkommen zudem in politisch instabilen Ländern liegen, tun wir gut daran, alternative Wege in die Energiezukunft offen zu halten. Eine unabhängige Energieversorgung hat auch mit Fragen der nationalen Sicherheit zu tun.

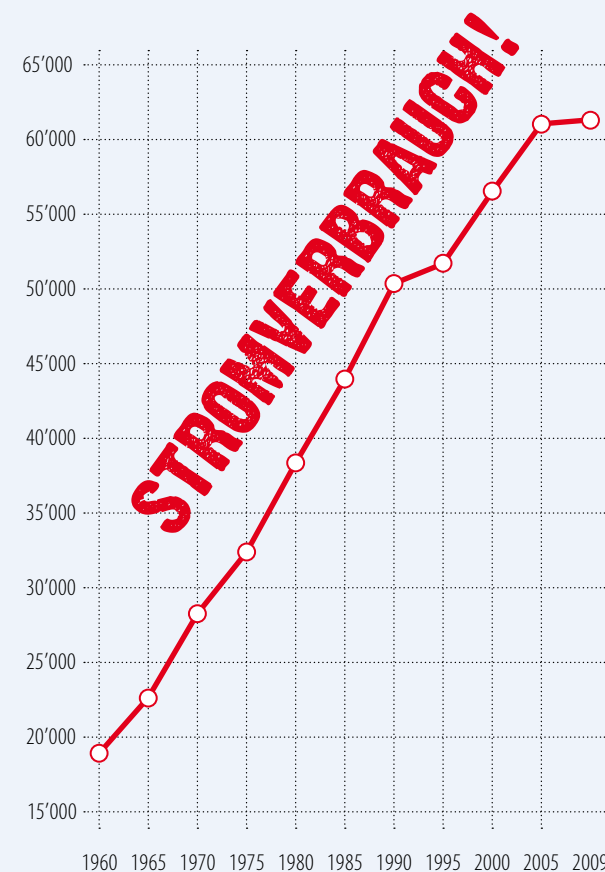
³¹ VSE, Axpo, Energieperspektiven 2035 BFE

Energiebedarf steigt und steigt

Der Strombedarf steigt beständig und wird trotz Sparbemühungen weiter steigen. Ein hoher Energiekonsum ist auch ein Zeichen für Wohlstand und Wachstum. Es kann nicht ernsthaft unser Ziel sein, den Lebensstandard drastisch zu senken oder in ein vorindustrielles Zeitalter zurückzufallen. Genau dahin führt die verfehlte Energiepolitik der Linken und Grünen. Die Herausforderung besteht darin, wirtschaftliche Bedürfnisse, menschliche Ansprüche und ökologische Wünsche zu versöhnen. Sparmassnahmen im Stromsektor sind dann wirksam, wenn sie Sinn machen und sich für die Bürgerinnen und Bürger lohnen. Denn der private Energiekonsument denkt wirtschaftlich. Zwar sind die elektrischen Apparaturen effizienter geworden, aber die Anwendungen im Strombereich nehmen sprunghaft zu, nicht zuletzt in den Haushalten. Kommt hinzu, dass auch

Entwicklung Schweizer Stromverbrauch 1960–2009

(Angaben in GWh: Energieverbrauchseinheit, Gigawattstunde)



Quelle: Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2009

die spürbare Erhöhung des Ölpreises zu einem erhöhten Strombedarf führt. In letzter Zeit wird als Alternative zu Ölheizungen auf Lösungen mit Wärmepumpen übergegangen – mit entsprechender Zunahme des Elektrizitätskonsums.

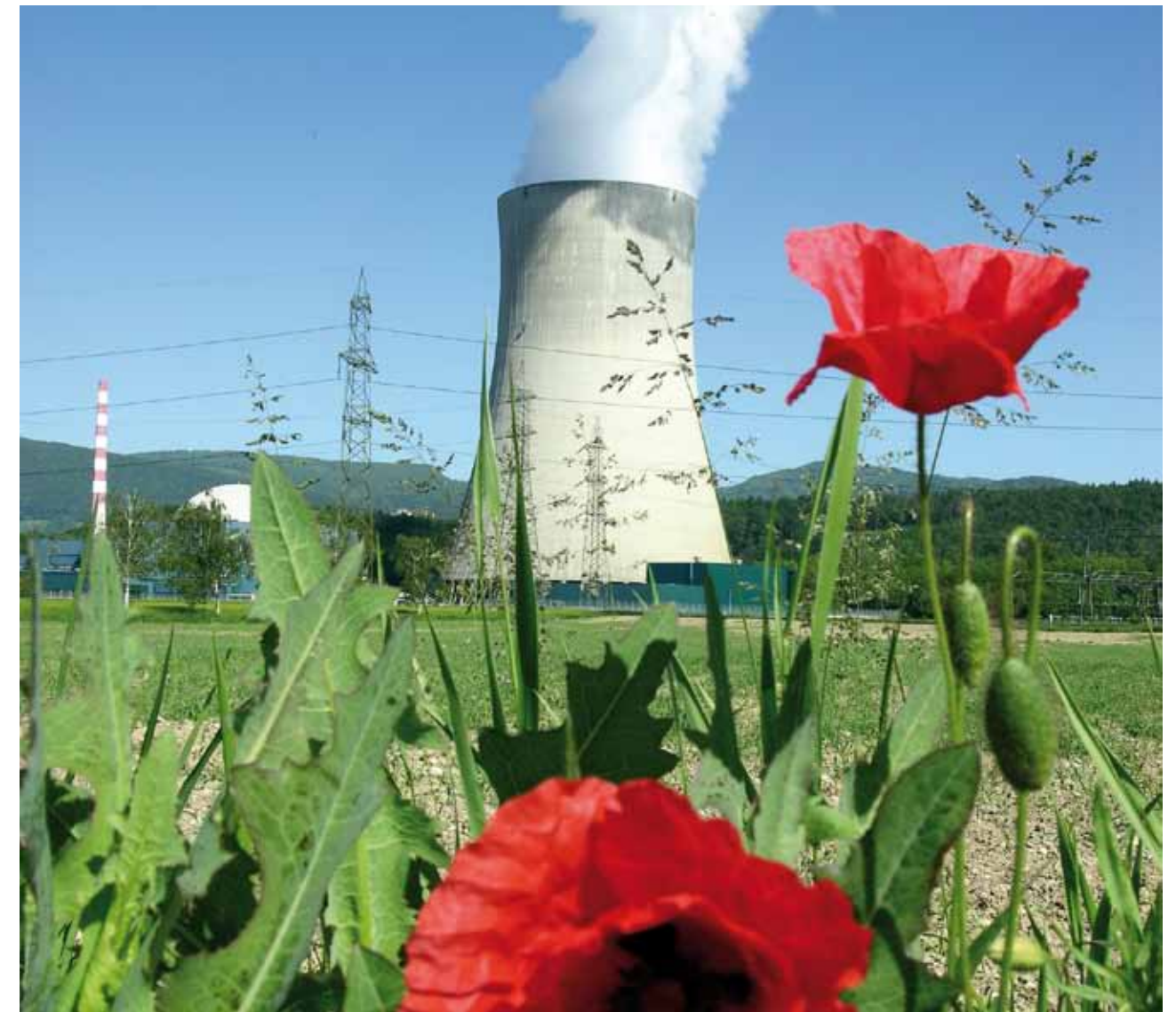
Natürliche Wasserkraft nutzen

Die Wasserkraft bedeutet für die Schweiz einen riesigen Standortvorteil und ist zweifellos die ideale Form der erneuerbaren Energiegewinnung. Im Sinne einer günstigen, unabhängigen und umweltfreundlichen Stromversorgung ist die Wasserkraft weiter auszubauen. Aber auch sie stösst an natürliche und politische Grenzen. Die Wasserkraftwerke können nur begrenzt Strom liefern. Dazu kommt der politische Widerstand. Soll ein neues Werk gebaut oder eine Staumauer erhöht werden (wie etwa in Graubünden oder im Berner Oberland), um mehr Kapazität zu gewinnen, regt sich sofort Opposition. Blockiert werden die Projekte ausgerechnet von grünen Organisationen. Zur Deckung des Strombedarfs werden auch erneuerbare Energien zugezogen. Die Stromlücke soll bis 2030 mit rund 5,4 Milliarden entsprechenden Kilowattstunden gedeckt werden,³² allerdings mit massiven Subventionen. Die Lücke würde sich damit um diesen Betrag verkleinern. Diese verbleibende Energielücke gilt es nun zu decken.

Bestehende Kernkraftwerke ersetzen

Der Bau von Gaskombikraftwerken mit entsprechendem CO₂-Ausstoss würde die angestrebte Klimapolitik unterlaufen. Die SVP lehnt jegliche staatliche Lenkungs- und Förderabgaben im Energiebereich wie CO₂-Abgabe oder Einspeisevergütungen ab, genauso wie die Utopie einer 2000-Watt-Gesellschaft. Eine Untersuchung zeigte: Nicht einmal ein kaufmännischer Lehrling, der in einer Kleinstwohnung lebt und auf Auto und Fernreisen verzichtet, erreicht das 2000-Watt-Ziel. Es geht nicht an, aus ideologischen Gründen die Energieversorgung unserer Bevölkerung zu gefährden oder die Energie zu verteuern, und so unseren Wohlstand aufs Spiel zu setzen. Sinnvoll sind jetzt vielmehr der Bau von neuen Kernkraftwerken sowie die Lösung der Tief lagerung im Inland. Dabei müssen die geologischen Bedingungen entscheidend sein, nicht die Heftigkeit eines allfälligen politischen Widerstands. Die rechtzeitige Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke ab 2020 könnte die Stromlücke schliessen. Es wäre unsinnig, auf diese bewährte Lösung zu verzichten, nachdem wir seit über vierzig Jahren klaglos mit sicheren Kernkraftwerken leben.

³² Energiegesetz Art. 1 Abs. 3

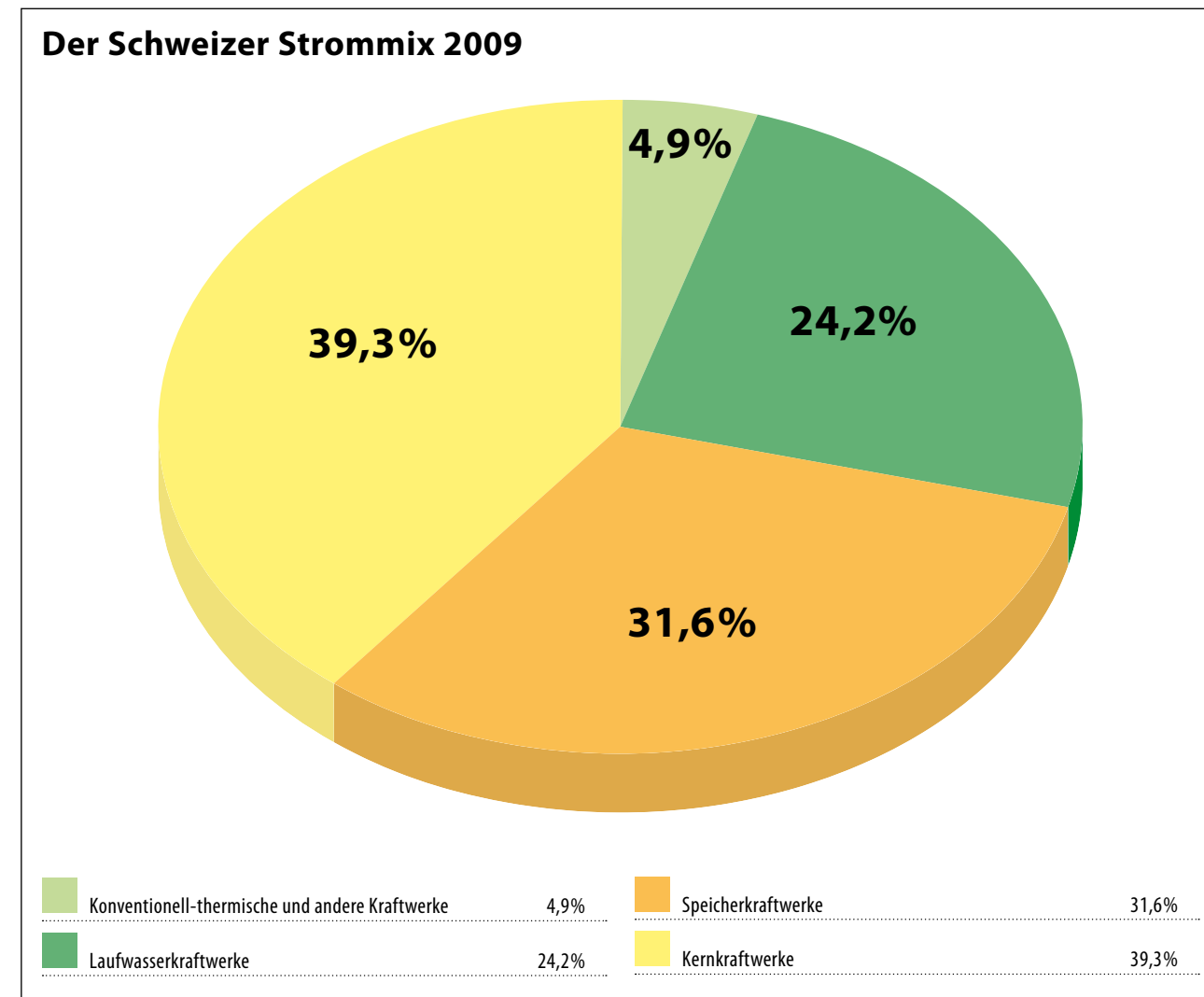


Zukunft der erneuerbaren Energien

Neben der Wasserkraft haben auch die weiteren erneuerbaren Energien für die Zukunft eine grössere Bedeutung. So hat beispielsweise die Gewinnung von Energie aus Biomasse dank ihrer CO₂-Neutralität Zukunftspotential. Diese gehört zu den wenigen nachwachsenden, einheimischen Möglichkeiten der Energieproduktion. Mit Abstand am meisten Bedeutung hat hierbei das Holz. Dieses stellt eine nachwachsende Möglichkeit der Energieproduktion dar. Holz ist geeignet, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern. Die Erzeugung von Biomasse erlaubt unserer Land- und Forstwirtschaft zudem neue Betätigungsfelder. Sofern wir dazu günstige Rahmenbedingungen schaffen, können diese Wirtschaftszweige einen wichtigen Beitrag zur einheimischen Strom- und Treibstoffproduktion leisten.

China-Reisli statt 2000-Watt-Ziel

Wie grüne Politiker Wasser predigen und Wein trinken, bewies zum Beispiel die Zürcher Stadträtin Ruth Genner: Sie wetterte gegen den Fluglärm und forderte die Begrenzung von Flugbewegungen und die 2000-Watt-Gesellschaft. Im Sommer 2010 flog sie auf Staatskosten mal kurz zu einer Pavilloneroöffnung an die Weltausstellung nach Schanghai.



Standpunkte

Die SVP

- unterstützt eine Erhöhung des Wasserkraftanteils am nationalen Strommix;
- kämpft dafür, dass die auslaufenden Kernkraftwerke an den bisherigen Standorten baldmöglichst ersetzt werden;
- lehnt neue oder höhere Abgaben und Gebühren, welche die Energie verteuern, ab;
- wehrt sich gegen staatliche Lenkungs- und Förderabgaben im Energiebereich;
- befürwortet den Ausbau der inländischen Stromproduktion;
- will die Beibehaltung des bisherigen bewährten Strommix primär aus Wasserkraft und Kernkraft;
- begrüsst die private Forschung und Realisierung von Projekten im Bereich neuer erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Wind- und Solarenergie sowie Biomasse;
- fordert, dass sich die Energieversorgung an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit, Umweltfreundlichkeit und geringen Immissionen orientiert.

Handeln, nicht lamentieren



Die Erhaltung einer gesunden Umwelt ist für uns Menschen, genau wie auch für die Tier- und Pflanzenwelt, überlebenswichtig. Unsere Umwelt ist durch physikalische, chemische und technische Eingriffe einer zunehmenden Belastung ausgesetzt. Verunreinigungen etwa durch Chemikalien, Staub, Strahlen oder Mikroorganismen können zur Umweltverschmutzung führen, wenn sie über die Regenerationskraft der Natur hinausgehen. Betroffen sind gleichermassen Boden, Wasser, Landschaft und Luft. Doch wir sind diesen Problemen nicht hilflos ausgesetzt, sondern können wirksam handeln – wenn wir wollen.

Aufgaben eines sinnvollen Umweltschutzes

Der Umweltschutz beinhaltet die Massnahmen zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Gefragt sind menschliche Verhaltensweisen, die der Erhaltung, Verbesserung und allenfalls Wiederherstellung der Qualität unseres Lebensraums dienen. Über den traditionellen Natur-, Denkmal- und Landschaftsschutz hinaus befassen sich zahlreiche Gesetze und Auflagen mit unserer Umwelt. Massnahmen und Techniken, die Schäden erst gar nicht aufkommen lassen, sind oft effektiver und billiger als nachträgliches Handeln. «Nachhaltigkeit» ist für die SVP kein leeres Schlagwort, sondern beinhaltet die Erhaltung der dauernd unverminderten Leistung unserer Umwelt bezüglich Schutz-, Gesundheits- und Nutzfunktion.

Umweltschutz nicht den Linken überlassen

Die SVP vertrat schon grünes Gedankengut, als die Grünen ihr rotes Gedankengut noch nicht versteckten. Der Umweltschutz ist ein zu wichtiges Anliegen, um es den Linken und Grünen zu überlassen. Denn statt die heissen Eisen anzufassen, wärmen diese sich lieber daran: Sie unterhalten eine ständige Hysterie um Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, sauren Regen, Klimakatastrophe usw., haben aber noch niemals ein einziges Problem gelöst. Umweltgerechte Lösungen kamen vielmehr vom technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und von der Wirtschaft: Kläranlagen, Katalysatoren, schadstoffarme Brenner, Partikelfilter, phosphatfreie Waschmittel, Diesel- und Hybridmotoren, Biomasse usw. Nicht Verteuerung, Verbote oder Geschwindigkeitsreduktionen bringen uns im Umweltschutz voran, sondern Wohlstand, Wachstum, Forschung und Fortschritt.



Zerstörung der Marktwirtschaft als Ziel

«Der grünen Politik liegen nicht etwa ökologische Absichten zugrunde, sondern rein ideologische Motive, die ausschliesslich darauf abzielen, die Marktwirtschaft der westlichen Nationalstaaten in den Ruin zu treiben.»

Torsten Mann: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009

Grüne leben nicht im Grünen

Die Grünen leben nicht im Grünen. Sie hausen in trendigen Stadtquartieren und blockieren dort den Verkehrsfluss und neue Bauprojekte. Sie sind Festangestellte in Ämtern, Verwaltungen oder Hochschulinstituten der urbanen Zentren und sorgen dort für rot-grüne Mehrheiten. Wenn sie sich überhaupt mit der Umwelt befassen, dann auf dem Bürostuhl sitzend, papierene Konzepte schreibend und über angebliche Katastrophen jammernd. Die Wähler der SVP sind seit je keine Umweltschwätzer, sondern engagieren sich aktiv für unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Während die Grünen in den Städten und Agglomerationen wohnen, weiss die SVP um die Bedeutung der Pflege des ländlichen Raums. Bauernfamilien bewirtschaften seit Generationen den Boden und haben schon darum alles Interesse, mit ihrer Lebensgrundlage sorgsam umzugehen. Sie verhindern mit ihrer Arbeit Vergandung, Versteppung und Verwüstung unserer Natur. Es sind die Anhänger der SVP, die sich gewerblich oder industriell für unsere Umwelt einsetzen: Sei es in der Abwasserreinigung, in der Entsorgung und Depositionierung von Abfällen, im umweltgerechten Transportwesen. Dabei setzen sie nicht auf Verbote, Verhinderung und Verteuerung, sondern auf Vernunft, Konsumentenbedürfnisse, Marktwirtschaft und technische Neuerungen.

Sozialismus als grösste Umweltkatastrophe

Die Politiker der Grünen stimmen in den Parlamenten genau so sozialistisch wie oder noch sozialistischer als die Sozialisten. Kein Wunder: Manche von ihnen waren früher Mitglied sozialistischer oder kommunistischer Parteien. Offenbar haben sie keine Ahnung von den Umweltverhältnissen in der Volksrepublik China. Möglicherweise haben sie noch nie von den ökologischen Altlasten der ehemaligen Sowjetunion gehört: vergiftete Böden, verschmutztes Wasser, verpestete Luft, verstrahlt-unbewohnbare Gebiete durch veraltete, untaugliche, ja unverantwortliche Energieproduktionsanlagen. Kein Wunder also, wählen Umweltpraktiker nicht die Grünen. Denn die bislang nachhaltigste Katastrophe für die Umwelt trägt einen Namen. Und der heisst Sozialismus.

Umweltschutz als Deckmantel für Sozialismus

«Unter dem Deckmantel des Umwelt- und Klimaschutzes droht die grösste Umverteilung von Wohlstand in der Geschichte der Menschheit – und eine neue Weltordnung, die die Freiheit des Einzelnen nach den Prinzipien des Sozialismus massiv beschränken will.»

Torsten Mann: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009

Standpunkte

Die SVP

- befürwortet sinnvolle Bestrebungen zur Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- setzt auf die ständig neuen Erkenntnisse und Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Industrie zur Bewältigung der Umweltprobleme;
- steht ein für zweckmässige staatliche Massnahmen durch Raumplanung, Gewässerschutz, Luftreinhaltung und eine Energiepolitik, die Wasser- und Kernkraft fördert;
- entlarvt die Umwelthysterie und den Umwelttourismus von eigennützigen Politikern, einseitigen Pseudo-Experten, Parteien, Organisationen und internationalen Gremien;
- unterstützt die Umweltpraktiker in Land- und Forstwirtschaft sowie im Gewerbe;
- widersetzt sich der Schaffung subventionierter «Naturparks» mit bürokratischen Auflagen für Bauern, Gewerbe und Tourismus;
- verlangt, dass jeder ungerechtfertigte Widerstand gegen wichtige Infrastrukturprojekte entschädigungspflichtig ist;
- bekämpft den Sozialismus als Verursacher der schlimmsten Umweltverschmutzungen.

Wettbewerb statt Staatsmonopol



Zu den wichtigsten Gütern der Demokratie zählen eine freie, unabhängige Presse sowie die gesunde Konkurrenz unter den Medien. Eine Gesellschaft freier Bürger kann nur funktionieren, wenn die Medien völlig unabhängig von staatlichen Einflüssen arbeiten. Die gedruckten wie die elektronischen Medien müssen grundsätzlich im marktwirtschaftlichen Wettbewerb stehen. Der Begriff «Service public» darf nicht für jede Ausbreitung der medialen Staatswirtschaft missbraucht werden. Staatliche Eingriffe in Form von Zensurmassnahmen sind ebenso abzulehnen wie Monopole, Konzessionsvergaben, Presseförderung oder Staatspropaganda. Obwohl Artikel 17 der Bundesverfassung die Medienfreiheit fordert, wird das staatliche Monopol bei Radio und Fernsehen ständig ausgebaut. Damit steigen die Kosten und die Zwangsgebühren – auf der Strecke bleibt die Medienvielfalt.

Staatliche Presseförderung schafft Abhängigkeiten

Man kann die veränderten Mediengewohnheiten zwar wortreich beklagen, aber man darf die Medienkonsumenten nicht bevormunden. Dem viel bedauerten «Zeitungssterben» stehen neue Gratistitel und Internetangebote gegenüber. Die staatliche Presseförderung durch Beteiligung an den Verteilungskosten ist abzulehnen, denn sie ist weder Aufgabe eines freiheitlichen Staates noch der Post. Sie führt lediglich zu einer Vielzahl redaktionell schwach besetzter, inhaltlich praktisch gleicher Blätter. Unabhängige, eigenständige journalistische Arbeit entsteht nur da, wo keine Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Staat und Presse herrschen. Die Glaubwürdigkeit der Medienschaffenden hat gelitten, weil die meisten von ihnen den Staat verherrlichen und die private Wirtschaft verteufeln. Statt den Regieren-

den kritisch auf die Finger zu klopfen, wird vielerorts die gleiche gouvernementale Botschaft verkündet. Dafür sorgt allein schon die Unsitte der flächendeckenden Einflüsterungen durch Hunderte von Medienbeauftragten innerhalb der Bundesverwaltung.

Staatlicher Gebührenterror

Zwecks gleichwertiger Versorgung der Sprachregionen formuliert unsere Verfassung für Radio und Fernsehen einen Leistungsauftrag. Politiker verweisen dabei gerne auf den viel gebrauchten, aber höchst unklaren Begriff «Service public». Dieser Service public wird durch die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) wahrgenommen, die dafür fast 1,2 Milliarden Franken Gebührengelder einziehen und obendrein für die kommenden Jahre



je 54 Millionen Defizit erwirtschaften darf.³³ Die Schweiz besitzt im europäischen Vergleich die höchsten Empfangsgebühren: Waren es 1990 noch 280 Franken, sind es heute bereits 462 Franken pro Jahr.³⁴ Die Privaten werden wegen des «Splitting»-Modells mit rund 4 Prozent aus dem Gebührentopf abgespeist – und damit ebenfalls ans staatliche Gängelband genommen. So hält man sie auf regionaler Ebene klein, gibt ihnen einen staatlichen Informationsauftrag und verhindert eine wirkliche Konkurrenzfähigkeit. Als hundertprozentige Tochter der Swisscom erhält die Billag jährlich 57 Millionen Franken³⁵ für das Einziehen der Zwangsgebühren und erwirtschaftet damit mehrere Millionen Gewinn. Die Gebührengier scheint unersättlich: Im letzten Jahr terrorisierte die Billag die Klein- und Mittelunternehmen, obwohl deren Angestellte schon in ihren Haushalten bezahlen. Derselbe Raubzug gilt den Benützern von Handys und PCs sowie künftig allen Haushalten, die gar kein Empfangsgerät besitzen und keine SRG-Sender konsumieren. Mit der sogenannten «Haushaltsabgabe» wird künftig faktisch eine Mediensteuer eingeführt. Um die Interessen der Konsumenten besser zu vertreten, muss in Zukunft die Bundesversammlung statt des SRG-hörigen Bundesrates über die Gebührenhöhe befinden.

Missglücktes Radio- und Fernsehgesetz

Das verfehlte Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) sowie die entsprechende Verordnung und Teilrevision schufen nicht mehr Wettbewerb, sondern benachteiligen die privaten Anbieter gegenüber der ohnehin marktbeherrschenden SRG. Die Bevölkerung muss einerseits immer höhere Gebühren für die öffentlichen Programme aufwenden, andererseits bedient sich die SRG dennoch schamlos am Werbekuchen. SRG-nahe Kreise bekämpfen sogar den verbleibenden Werbemarkt der in- und ausländischen Privatsender, obwohl letztere ebenfalls zahlreiche Arbeitsplätze in der Schweiz sichern. Es darf nicht sein, dass die SRG Millionen für den Einkauf von Spielfilmen, Serien und Sitcoms bezahlt, die man ebenso gut auch auf privaten Sendern empfangen kann. Die SRG hat ihr Programm in den letzten Jahren ständig ausgebaut und betreibt mittlerweile 18 Radio- und 8 Fernsehsender.³⁶ So kann sich kein ernsthafter Markt bei

³³ Schätzung des Bundes für die Jahre 2011–2014

³⁴ BAKOM Entwicklung der Empfangsgebühren 1987–2009

³⁵ BAKOM Verteilung der Empfangsgebühren 1998–2009

³⁶ SRG Unternehmensstruktur



den elektronischen Medien entwickeln. Die SRG muss sich auf einen hoch stehenden Service public mit Information zu Politik, Kultur und Sport unter Berücksichtigung der verschiedenen Landesteile und Sprachen beschränken. Den SRG-Radios ist weiterhin keine Werbung und künftig kein Sponsoring mehr zu gestatten. Die SRG-Fernsehkkanäle sind auf einen ersten Kanal für die drei Sprachregionen zu beschränken. Die rätoromanischen Inhalte sind wie bisher im Deutschschweizer und im Tessiner Kanal auszustrahlen. Die Zweckmässigkeit der zweiten Programme (mit Sport und

Unterhaltung) muss überprüft werden. Der dritte Kanal SF Info in der Deutschschweiz ist einzustellen. Internetangebote sind kein Service public; die SRG darf keine Online-Werbung betreiben und hat ihre Websites auf Nachrichten und Informationen über Sendungen zu beschränken.

Staatsmacht dank Monopol

Heute entscheidet das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) allein und abschliessend über die Konzessionserteilung an private Radio- und Fernsehunternehmen. Innovative, beim Publikum beliebte Sender mit zahlreichen Arbeitsplätzen scheitern an der Verweigerungshaltung dieser staatlichen Behörde, während andere durch willfähriges Verhalten gegenüber Regierungs- und Bundesräten den Zuschlag erhalten. Aber auch sie können nicht glücklich sein, denn sie haben sich bei mickrigen Gebührenanteilen einem staatlichen Leistungsauftrag unterworfen. Dies schafft Abhängigkeiten, die der Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit unwürdig sind. Deshalb ist die Konzessionserteilung einer unabhängigen Kommission oder zumindest dem Gesamtbundesrat zu übertragen. Ohnehin liegt die mediale Zukunft nicht bei Staatsmonopolen und Zwangsgebühren, sondern bei den privaten Medien und neuen Technologien.

Das System Billag

Die Zwangsgebühren-Eintreibungsanstalt der SRG heisst Billag, gehört hundertprozentig der Swisscom und wird von Werner Marti (SP) präsiert. Für die Rechnungsstellung an die Radio- und Fernsehkonsumenten darf die Billag 57 Millionen Franken aus dem SRG-Gebührentopf abzweigen. Der Auftrag der Billag gemäss Handelsregister lautet wörtlich: «Rechnungen stellen und Zahlungen entgegennehmen.» Ein wahrlich sozialdemokratisches Geschäftsmodell!

Linke an den SRG-Schalthebeln

Öffentlich-rechtliche Sender müssten eigentlich für alle da sein und ausgewogen berichten. Dennoch ist die SRG seit vielen Jahren fest in den Händen linker und «linksliberaler» Seilschaften. Weil die Konkurrenz fehlt, bleiben Professionalität und politische Ausgewogenheit auf der Strecke. Als Generaldirektor amtierte ab 2011 der EU-Fanatiker und erklärte SVP-Hasser Roger de Weck. Das Radio erweist sich punkto politischer Einseitigkeit als noch schlimmer als das Fernsehen: In der Informationssendung «Echo der Zeit» überwiegen die linken Stimmen in geradezu absurdem Mass. Und wenn die SVP in der «Arena» des Schweizer Fernsehens zu Worte kam, erfolgte umgehend eine Rüge des damaligen SP-Medienministers Moritz Leuenberger. In den SRG-Gremien ist die SVP nicht oder fast nicht vertreten. Meinungsumfragen der SRG zu Wahlen und Abstimmungen gingen an die Firma eines SP-Politologen, unterlagen dessen Wunschen und hatten beispielsweise im Fall der Minarett-Initiative mit dem Ergebnis des Abstimmungssonntags rein nichts zu tun.

Sozialisten unter sich

Ausgewogenheit, Fairness und Unparteilichkeit sind bei der SRG oft ein Fremdwort. Nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch 53 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer wurde am 30. November 2010 ein einziger SVP-Vertreter in die Fernsehsendung «Club» aufgeboten, um diese 53 Prozent zu vertreten. Er sass fünf Gegnern der Initiative gegenüber, welche die unterlegene Minderheit vertreten durften.

Standpunkte

Die SVP

- lehnt die staatliche direkte wie indirekte Presseförderung ab;
- bekämpft Monopole und Kartelle, die der Medienvielfalt schaden;
- setzt sich ein für eine liberale Revision des missglückten Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) und für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten);
- verlangt eine drastische Reduktion des SRG-Programmangebots innert zehn Jahren mit strikter Beschränkung auf den «Service public» und auf ein Radio- und TV-Programm pro Sprachregion, verbunden mit entsprechenden Gebührensenkungen;
- widersetzt sich jeder Ausweitung der Werbezeit für die SRG und bekämpft die Erlaubnis zur SRG-Online-Werbung;
- will beim Radio den Sprachaustausch auf DAB statt auf UKW;
- fordert längerfristig eine Zuteilung der UKW-Frequenzen zwischen privaten und staatlichen Medien im Verhältnis 50 zu 50;
- verlangt, dass die SRG Frequenzen und Radiosender, die nicht dem «Service public» dienen (z.B. Spartensender), an Private abzutreten hat;
- setzt sich ein für die Abschaffung des englischsprachigen World Radio Switzerland und für Einsparungen bei Swissinfo von 25 Prozent;
- will, dass eine unabhängige Kommission oder der Gesamtbundesrat anstelle des UVEK allein Konzessionen an Private erteilt;
- fordert eine Senkung der Empfangsgebühren um 20 Prozent, eine Abkehr vom Splitting-Modell und die Festlegung der Gebühren durch die Bundesversammlung;
- bekämpft die geplante Haushaltsabgabe der Billag gegen Betriebe und Private;
- will Transparenz und Offenlegung der SRG- und Billag-Rechnungen;
- spricht sich dafür aus, dass die Effizienzgewinne der Billag statt in die Gebührenkasse zu den Gebührenzahlern zurückfliessen;
- verlangt das Verbot von SRG-Meinungsumfragen zu Wahlen und Abstimmungen.



Kultur ist Sache der Kultur



Unter Kultur verstehen wir ganz allgemein das, was die Menschen durch ihr Handeln hervorbringen. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege und Förderung. Gerade der freiheitliche, föderalistische Staat hat das Ziel, ein geistiges Klima zu schaffen, das eine kulturelle Vielfalt ermöglicht. Kultur darf keinesfalls als «Staatskultur» befohlen oder verordnet werden, doch kann der Staat seinen Bürgern den Zugang zu kulturellen Einrichtungen erleichtern. Auf Zensur, Gängelung und Ausgrenzung im Kulturbereich ist zu verzichten. Genauso muss aber offene Kritik am Kulturschaffen möglich sein. Die Kulturpolitik geht davon aus, dass die Kultur durch die Öffentlichkeit gefördert werden kann, etwa durch die staatliche Unterstützung des künstlerischen Schaffens oder durch Kulturwahrung und -vermittlung durch staatliche Institutionen oder Private (Stiftungen, Sponsoren oder Mäzene).

Wider die Staatskultur

Kultur ist nach Ansicht der SVP grundsätzlich weder eine Angelegenheit des Bundes noch der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist Sache der Kultur. Denn die öffentlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem kurzlebigen modischen Zeitgeist huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik kann darum höchstens ergänzenden Charakter haben. Öffentliche Unterstützung der einen Projekte heisst zugleich immer Diskriminierung aller nicht geförderten Projekte. Privates Mäzenatentum oder Sponsoring ist besser geeignet, vielfältige Entwicklungen zu ermöglichen. Darum sind private Kulturstiftungen und Spenden gezielt zu fördern und steuerlich zu begünstigen. Staatlich betriebene Kulturpolitik führt oft dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur gezielt unterstützen, die ihnen politisch am ehesten entspricht. Im Gegenzug lassen

sich viele Kulturschaffende – unbelastet von der notwendigen Sachkenntnis – von linken Parteien für entsprechende politische Kampagnen, Parolen und Wahlkomitees einspannen. Damit kommt es zu Mauseheleien und korruptionsähnlichen Zuständen: Der linke Politikuchen unterstützt den linken Kulturkuchen – und umgekehrt.

Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau
Von kultureller Eigenverantwortung statt von Staatskultur zeugt die 2009 vom ehemaligen SVP-Bundesrat Christoph Blocher gestiftete Musikinsel Rheinau. Dank 20 Millionen Franken privatem Stiftungskapital wird im einstigen Klostergebäude ab 2013 ein Musikzentrum für die Schweiz entstehen, welches das musikalische Schaffen von Jugendlichen und Erwachsenen fördert.

Mehr Markt und mehr Volkskultur

Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Der Wettbewerb der Ideen soll auch in der Kultur spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbei zielt, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Wer Kitsch oder seichte Unterhaltung geniessen will, soll dies ebenso können wie jene, die Performances jenseits des «guten Geschmacks» lieben. Nur sollten beide Richtungen nicht durch die Öffentlichkeit finanziert werden. Unsere Volkskultur wird kaum staatlich gefördert. Sie lebt vom freiwilligen begeisterten Einsatz von Einzelnen oder Vereinen. Laientheater, Gesangsvereine, Musikformationen, Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusikern: Sie alle streben weniger nach Perfektion und Lob der Kunstkritiker als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht, nämlich dem Bedürfnis, etwas zu schaffen, das einem selber und dem Publikum Freude macht. Je mehr die Staatskultur wächst, desto mehr geht diese gelebte Volkskultur verloren.

Verhättselte Staatskünstler

Die von den Kulturbürokraten verhättselte Staatskünstlerin Pipilotti Rist wird von der Pro Helvetia mit einem Dauergeldsegen versorgt. Die Kulturstiftung unterstützte auch Christoph Büchel für seine pornografische Inszenierung «Raum für Sexkultur» in Wien. Der Filmemacher Mike Eschmann erhielt für sein frauenverachtendes, gewaltverherrlichendes Werk «Breakout» von der Filmförderung 565'000 Franken.

Primat der Kantone

Gemäss Bundesverfassung obliegt die Kompetenz im Kulturbereich den Kantonen. Ein Verfassungsartikel zur Kultur (Kulturförderungsartikel) auf Bundesebene wurde 1986 wie 1994 vom Volk abgelehnt, jedoch 1999 bei der «Nachführung» der Bundesverfassung dennoch eingeschmuggelt. Auf diese fragwürdige Weise nahm sich der Bund das Recht, sich immer stärker ins Kulturschaffen einzumischen. Dabei müsste die Kulturpolitik der Schweiz den föderalistischen, dezentralen Strukturen unseres Landes entsprechen. Primär sind die Kantone und allenfalls die Gemeinden, nicht der Bund für die Kulturförderung zuständig. Denn es stellen sich beispielsweise für den dreisprachigen Gebirgskanton Graubünden ganz andere Aufgaben als den Kantonen Basel-Stadt und Genf. Die Kulturpolitik soll nicht die Einheitlichkeit anstreben, sondern die Vielfalt. Sie darf sich nicht dem

Kulturdirigismus der EU unterwerfen, sondern soll dem Zusammenhalt der Schweizer Sprachregionen dienen und die Minderheiten schützen. Der Staat darf gegenüber der Eigeninitiative und der privaten Förderung nur subsidiär wirken.

Zu viele Akteure in der Kulturpolitik

Auf dem Gebiet der Kulturpolitik gibt es heute auf Bundesebene eine zu grosse Anzahl von Akteuren. Das Bundesamt für Kultur formuliert die Kulturpolitik, bereitet Erlasse vor und koordiniert bzw. finanziert die institutionelle Förderung von Film, Literatur, Kunst- und Denkmalpflege, Kulturvermittlung usw. Die Stiftung Pro Helvetia mit einem Jahresbudget von fast 34 Millionen Franken wird vollumfänglich vom Bund getragen. Im Sinne einer Entschlackung der Strukturen und des Abbaus von Doppelspurigkeiten ist die Integration der Pro Helvetia in die Organisation für Landeswerbung vorzunehmen. Dabei ist unabdingbar, die Mittel massiv zu reduzieren und die Aufgaben auf wenige Bereiche zu beschränken. Das Kompetenzzentrum für Kultur-Aussenpolitik wurde 2004 in der heutigen Form geschaffen und soll mit 1,5 Millionen Franken und rund zehn Mitarbeitern Kulturprojekte unterstützen, die der Friedensförderung und der Verbreitung der Menschenrechte dienen. Die im Jahr 2000 ins Leben gerufene Präsenz Schweiz soll international Verständnis und Sympathie für unser Land schaffen und dessen Vielfalt und Attraktivität zur Geltung bringen. Die Organisation besitzt zurzeit ein Budget von rund 11,5 Millionen Franken. Für die Durchführung von Weltausstellungen stehen Separatbudgets zur Verfügung.

Organisation straffen

Angesichts dieser Vielzahl von Organen und Institutionen muss es in Kulturfragen zu Doppelspurigkeiten und Kompetenzgerangel kommen. Dabei hätte eigentlich das Bundesamt für Kultur die ausschliessliche Kompetenz im Bereich der Kulturpolitik des Bundes. Darum müssen die Organe und Aufgaben der Kulturpolitik konsequent gestrafft werden. Die Kulturpolitik des Bundes hat sich auf eine einzige Verwaltungseinheit zu konzentrieren, deren Aufgabenbereich klar definiert ist. In der Filmförderung von aktuell 47 Millionen Franken³⁷ herrschen allzu oft undurchsichtiger Filz und Vetternwirtschaft. Es ist endlich auf nachprüfbare Qualitätsmerkmale statt auf persönliche Beziehungen zu achten. Die Sprachenförderung hat sich strikt auf den Verfassungsauftrag zu beschränken; unsere Landessprachen müssen gelebt, nicht verwaltet werden. Auch im Bereich von Bibliotheken und Museen sind Doppelspurigkeiten zu beseitigen.

³⁷ Bundesamt für Kultur (BAK) Filmförderung 2010

Standpunkte

Die SVP

- verlangt in der Kulturpolitik die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, denn der Bund darf nur ergänzend zu den Kantonen tätig sein;
- will, dass sich die Kulturpolitik auf Bundesebene strikt auf die Kernaufgaben beschränkt;
- strebt eine konsequente Straffung der Organe und Aufgaben in der Kulturpolitik des Bundes in einer einzigen Verwaltungseinheit an;
- fordert die gezielte Förderung und massive steuerliche Begünstigung bzw. Steuerbefreiung von privaten Kulturstiftungen und Spenden sowie gesetzliche Erleichterungen zur Errichtung von Stiftungen;
- tritt dafür ein, dass die fehlgeleitete, auf mehrere Departemente verteilte Kulturbürokratie gemäss Verfassungsauftrag gestrafft wird und massive Mittelreduktionen erfolgen;
- verlangt eine im Interesse unseres Landes tätige Nachfolgeorganisation von Pro Helvetia und von Präsenz Schweiz, die in der Organisation für Landeswerbung integriert wird;
- setzt sich ein für die Bevorzugung des inländischen Heimatschutzes statt Milliardenzahlungen an die EU-Osthilfe;
- lehnt die Vermischung der Kulturpolitik mit andern Absichten und Projekten wie «Friedenssicherung», «Menschenrechte» oder «Integration» ab;
- verurteilt, dass Projekte mit menschenverachtendem, pornografischem oder gewaltverherrlichendem Inhalt staatlich unterstützt werden.



Bewegung für Körper und Geist



Das Wort Sport stammt vom englischen «disport» und heisst Vergnügen. Wir bezeichnen damit die körperlichen Aktivitäten, die über die Bewältigung des normalen Alltags hinausgehen, gezielt trainiert und als überprüfbare Leistung im sportlichen Wettkampf gemessen werden. Die sportliche Betätigung soll den Menschen Freude, Wohlbefinden und Herausforderung bieten. Sie ist aber auch ein wichtiges Mittel zur Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit. Die SVP ist die Partei des Sports und unterstützt den Breitensport ebenso wie den Spitzensport. Beide sind aufeinander angewiesen: Die Spitzensportler haben ihre Laufbahn als besonders talentierte Juniorinnen und Junioren in einem lokalen Sportverein begonnen. Und der Breitensport profitiert von der Vorbildfunktion einzelner herausragender Sportidole.

Vereine als Grundlage des Breitensports

Grundlage für den Breitensport in der Schweiz bilden die Sportvereine. Tausende von Vereinen mit Millionen Mitgliedern erbringen einen bemerkenswerten Beitrag für das Wohl der Gesellschaft. Sie sind unverzichtbar für die Vermittlung von Werten wie dem Erreichen eines Zieles in gegenseitiger Fairness. Während linke Politiker und Sozialarbeiter von Integration, Toleranz und sinnvoller Freizeitgestaltung vor allem reden, leisten viele Tausend Sporttrainer und Vorstandsmitglieder dazu ihren ganz konkreten Beitrag. Sie tun es freiwillig und meist unbezahlt. Manche Sportvereine betreiben ihre Einrichtung ohne staatliche Hilfe, manche können sinnvollerweise schulische Infrastrukturen in Anspruch nehmen. Der Sport überwindet alle gesellschaftlichen Hürden, denn Talent und Leistung sind an keine Herkunft gebunden. Viele der Sportvereine leisten

einen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation, indem sie auch Trainings zur Linderung von Gesundheitsproblemen anbieten und Menschen mit Behinderungen ansprechen.

Sport für Bewegung, Erholung und Naturgenuss

«Ich muss mich bewegen, sonst werde ich unruhig und unleidig. Sport ist für mich also sehr wichtig. Ich muss raus in die Natur, das gehört einfach dazu. Dort habe ich meine Ruhe und kann mich dabei erholen. Deshalb gehe ich gerne alleine aufs Velo oder mache Skilanglauf. Sport ist für mich Bewegung, Natur, Ruhe, Erholung.»

Ueli Maurer, SVP-Bundesrat und «Sportminister»,
Coopzeitung, 27.4.2010

Bedeutung des Schulsports

Qualifizierte Sportlektionen unter Anleitung von befähigten Lehrerinnen und Lehrern sollen der Schuljugend Freude und Interesse an Ausdauer, Bewegung und Spiel vermitteln. Dem Sportunterricht in den Schulen kommt eine enorme Bedeutung zu und er bildet einen unverzichtbaren Bestandteil der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen; drei Wochenstunden sollen bei Volks- und Mittelschulen nicht unterschritten werden. Denn der Schulsport erreicht sämtliche Kinder, regt sie zu vielseitiger körperlicher Betätigung an und bietet eine Abwechslung zum sitzenden Schulunterricht. Im Sportunterricht entwickeln die Schülerinnen und Schüler den Sinn für friedlichen Wettbewerb, persönliche Einzelleistung und Erreichen des gemeinsamen Erfolgs. Körperkräfte und allfällige Aggressionsgefühle können abgebaut und das Interesse an sportlicher Betätigung ausserhalb der Schule geweckt werden.

Förderung des Spitzensports

Die Schweiz ist eine bemerkenswert erfolgreiche Sportnation. Die Leistungen von Schweizer Einzelsportlern oder Sportmannschaften können sich auch im internationalen Rahmen sehen lassen. Insgesamt ist unser Spitzensportsystem gut organisiert. Sportliche Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, das schulische und berufliche mit professioneller sportlicher Ausbildung verbindet. Die Organisation sportlicher Grossereignisse wirkt auf das Land verbindend und motivierend. Dies gilt in noch höherem Mass für Erfolge von Spitzensportlern an internationalen Wettkämpfen und Meisterschaften. In solchem Hochleistungssport wird das Land als Ganzes repräsentiert und das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl in positivem Sinn gestärkt.

Fairplay statt Doping und Gewalt

Umso bedauerlicher sind Gewaltextzesse an Grossveranstaltungen oder Dopingskandale, die dem Ruf des Sports schaden. Die Sportler haben eine grosse Vorbildwirkung und stehen diesbezüglich gegenüber ihren Fans in der Verantwortung. Die SVP befürwortet ein rigoroses Durchgreifen gegen die Gewalt in und um die Stadien. Innerhalb der Stadien sind primär die Veranstalter gefordert. Leider geht es im Spitzensport nicht immer nur um Fairness und ehrlichen Wettstreit, sondern auch um eigennützige Tricks und das schnelle Geld. Mit verbotenem Doping täuschen fehlgeleitete Spitzensportler ihre Konkurrenten, verfälschen den Wettkampf und enttäuschen das Publikum. Die SVP befürwortet ein rigoroses Durchgreifen gegen Dopingsünder – damit der Sport sauber und die Spitzensportler Vorbild bleiben.

Leistungssport hat Vorbildwirkung

«Leistungs- und Spitzensport haben auf den Breitensport eine bedeutende Vorbildwirkung. Mit intensivem Zeitaufwand trainieren unsere Athletinnen und Athleten ihre Sportart mit dem Ziel, in Wettkämpfen eine hohe Leistung zu erzielen. Sie benötigen hierfür die Unterstützung von ihren Sportverbänden, von privaten Gönnern und von Sponsoren aus der Wirtschaft. In einer freiheitlichen Gesellschaft darf auch der Leistungs- und Spitzensport nicht Staatssache sein.»

*SVP-Vizepräsident und Nationalrat Adrian Amstutz,
Exekutivrat von Swiss Olympic, 10.10.2010*

Standpunkte

Die SVP

- unterstützt den Breiten- wie den Spitzensport, wobei die Freiwilligenarbeit und das private Engagement im Mittelpunkt stehen und die staatliche Förderung subsidiär wirken soll;
- tritt ein für den Sportunterricht an Schulen und für ein Aus- und Berufsbildungsangebot, das sportliche Talente fördert;
- misst dem Hochleistungssport und sportlichen Grossereignissen hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung zu;
- lehnt die Vermischung der Sportpolitik mit andern Absichten und Projekten wie «Friedenssicherung», «Menschenrechte» oder «Integration» ab;
- stimmt dem revidierten Bundesgesetz zur Förderung von Turnen und Sport nur zu, wenn der Sport nicht zum Vehikel linker Gesellschaftspolitik verkommt, etwa durch Vermischung mit Rassismusbekämpfung, Ethiklehre, Gewaltprävention, Gleichstellung usw.;
- verlangt, dass die Mehrkosten, die mit dem Gesetz zur Förderung von Turnen und Sport entstehen, bei den Präventionsprogrammen des Bundes kompensiert werden;
- setzt sich ein für ein kompromissloses Vorgehen gegen Hooligans und für einen dopingfreien Sport.



Miteinander statt gegeneinander



Die Generationen der verschiedenen Altersgruppen sind nach wie vor aufeinander angewiesen. Dem Miteinander statt Gegeneinander zwischen den Generationen kommt auch künftig grosse Bedeutung zu. Eine tragfähige Zukunft in einer stabilen Gesellschaft ist nur möglich, wenn Alt und Jung erkennen, dass sie sich gegenseitig ergänzen. Der Zusammenhalt von Alt und Jung ist Voraussetzung für die Stabilität unserer Gesellschaft. Vereinsamung und Vereinzelung machen die Menschen oft unglücklich, leidend oder sogar krank. In der Gemeinschaft mit Mitmenschen, in Familien und anderen Wohngemeinschaften, im Kreis von Freunden oder in Vereinen finden sie Geborgenheit, Sicherheit und Glück. Die SVP unterstützt das Streben jedes Menschen nach persönlichem Glück in verschiedenen Formen des Zusammenlebens. Doch müssen diese Entscheide in Selbstverantwortung geschehen; es darf nicht sein, dass am Schluss der Staat zuständig ist für das Scheitern von privaten Lebensentwürfen.

Die Familie stärken

Die Familie bildet nach wie vor die Grundlage unserer Gemeinschaft. Eltern und Kinder verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. Die Elternpaare oder Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und sorgen für Geborgenheit und Zuwendung. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Immer mehr mischt sich der Staat aber auch dort in die Kindererziehung ein, wo diese problemlos funktioniert. Und zahlt an Kinderkrippen für Eltern, die das finanziell nicht nötig haben. Die SVP wendet sich entschieden gegen die «Professionalisierung» der Erziehung und des Tagesmütterwesens, die einer Entmündigung der Eltern gleichkommt. Mit ihrer Familien-

initiative verlangt die SVP, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

Kinderbetreuung – staatlich bewilligt?

In seinem Entwurf über eine Kinderbetreuungsverordnung wollte der Bundesrat eine Bewilligungspflicht für Betreuungspersonen einführen. Demnach hätten Eltern eine Bewilligung einholen müssen, falls ein Kind wiederholt bei der Gotte in den Ferien weilt oder die Wochenenden bei einer Tante verbringt. Erst der empörte Aufschrei in der Vernehmlassung stoppte diese ungeheuerliche staatliche Einmischung in die Kindererziehung.

Alleinstehende nicht diskriminieren

Fast die Hälfte unserer Haushaltungen besteht aus allein-stehenden Personen. Gleichgültig, ob diese Lebensform frei gewählt oder durch das Schicksal bestimmt ist: Der Staat darf nach Ansicht der SVP die Alleinstehenden weder gesellschaftlich diskriminieren noch ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende und Einzelhaushalte ihren Beitrag an die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren. Auch sind sie oft gute Konsumenten und leisten damit einen wichtigen Beitrag an unsere Volkswirtschaft. Die SVP wendet sich gegen Versuche, die heute vorhandene Solidarität der Alleinstehenden zusätzlich zu strapazieren.

Frau und Mann als Partner

Frau und Mann sind gleichwertige und gleichberechtigte Partner. Sie sollen eine ihrer Situation und ihren Wünschen entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der beide – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Männer und Frauen sollen sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen oder gar ein «Kampf der Geschlechter». Die SVP wehrt sich daher gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Unsere Jugend – Unsere Zukunft

Kleinkinder benötigen zumindest eine feste Bezugsperson, damit ihre spätere psychische Stabilität nicht gefährdet wird. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen oder Mittagstische können und sollen die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht einfach an den Staat delegiert werden. Wichtig sind für unsere Jugend neben Unterstützung und Anerkennung gute Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Familie bietet dafür die idealen Voraussetzungen. Die SVP unterstützt Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung.

Für aktive Senioren

Derzeit leben in unserem Land 1,9 Millionen AHV-Bezüger.³⁸ Unsere älteren Mitmenschen haben nach einem langen Arbeitsleben Anrecht auf einen angemessenen Wohlstand, medizinische Versorgung und – wenn nötig – eine genügende Betreuung. Die ältere Generation soll am gesellschaftlichen Leben mitwirken und selbständig wohnen können, solange es ihre geistigen und körperlichen Kräfte gestatten. Altersgrenzen sind deshalb möglichst flexibel zu gestalten. Die SVP schenkt der Sicherung der erreichten Altersversorgung volle Beachtung und setzt sich dafür ein, dass die Krankenkassen auch die spitalexterne Hauspflege finanziell angemessen unterstützen. Alterszentren sind so zu bauen, dass die Betagten Leben um sich haben und andere Menschen treffen können. Der Mensch soll grundsätzlich in Würde altern und sterben können.

³⁸ BFS AHV-Indikatoren Dezember 2009

Standpunkte

Die SVP

- wendet sich gegen die zunehmende Verstaatlichung von Familien und Kindern;
- verlangt, dass jene Familien, die ihre Kinder selber erziehen, steuerlich nicht diskriminiert werden;
- lehnt eine Fortsetzung der verfassungswidrigen «Anschubfinanzierung» des Bundes für ausserfamiliäre Kinderbetreuung ab;
- anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigte Partner in Beruf und Politik;
- fordert die Abschaffung der überflüssigen Gleichstellungsbüros und sonstiger Ämter, die das Privatleben staatlich reglementieren wollen;
- hält die Kindererziehung für eine primäre Aufgabe der Eltern;
- will Tagesstrukturen nur dort, wo ein Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär privat erfolgt;
- unterstützt Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendliche sowie die Jugendarbeit von Vereinen und Verbänden;
- setzt sich ein für ein Altern in Würde und die Sicherung der Altersvorsorge.



Unsere Werte sind herausgefordert

Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz. Sie bildet die Basis für unsere Identität und unser Zusammenleben. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Sowenig Politiker von den Kanzeln predigen sollen, sollen Prediger von den Kanzeln politisieren. Die SVP lehnt einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären ab, denn sie spalten damit unsere Volkskirchen. Auch widerspricht eine gleichmacherische, sozialistische Weltsicht der christlichen Botschaft, die der freien Entfaltung des einzelnen Individuums eine grosse Bedeutung zumisst.

Freiheit des Menschen und ihre Grenzen

«Weil der Mensch immer frei bleibt und weil seine Freiheit immer auch brüchig ist, wird es nie das endgültig eingerichtete Reich des Guten in dieser Welt geben.»

Papst Benedikt XVI., Enzyklika «Spe Salvi», 30.11.2007

Probleme mit dem Islamismus

In der Schweiz leben schätzungsweise über 400'000 Angehörige des muslimischen Glaubens. Ihre Zahl vermehrt sich rasant durch Immigration, Familiennachzug, Zwangsheiraten und eine hohe Geburtenrate. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind.

Garantie von Glaubens- und Gewissensfreiheit

Weder eine Partei noch der Staat soll die Mitmenschen auf Glaubensdinge verpflichten oder ihnen den «richtigen» Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern das freie Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchlichen Tätigkeiten. Diese Toleranz findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen.

Die Intoleranz tolerieren?

«Wenn wir unbeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.»

Nobelpreisträger Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 1945

Hier gelten unsere Regeln...

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung von Gegenrecht bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls als Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung und gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmorden», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel. Die feige, eingeschüchterte Haltung gewisser Politiker, Journalisten und Kirchenvertreter ist bedenklich. Auch bei den Linken, den Feministinnen und sogar bei den Gleichstellungsbüros herrscht meist Schweigen.

Die Asylrekurskommission und unsere Rechtsordnung

Unsere Asylrekurskommission (ARK) anerkannte die fernmündliche, in Abwesenheit des Bräutigams abgeschlossene Ehe eines hier wohnhaften Ägypters mit einer Minderjährigen wie folgt: «Das schweizerische Recht kann keine wie auch immer geartete Überlegenheit andern Rechtsordnungen gegenüber beanspruchen.»

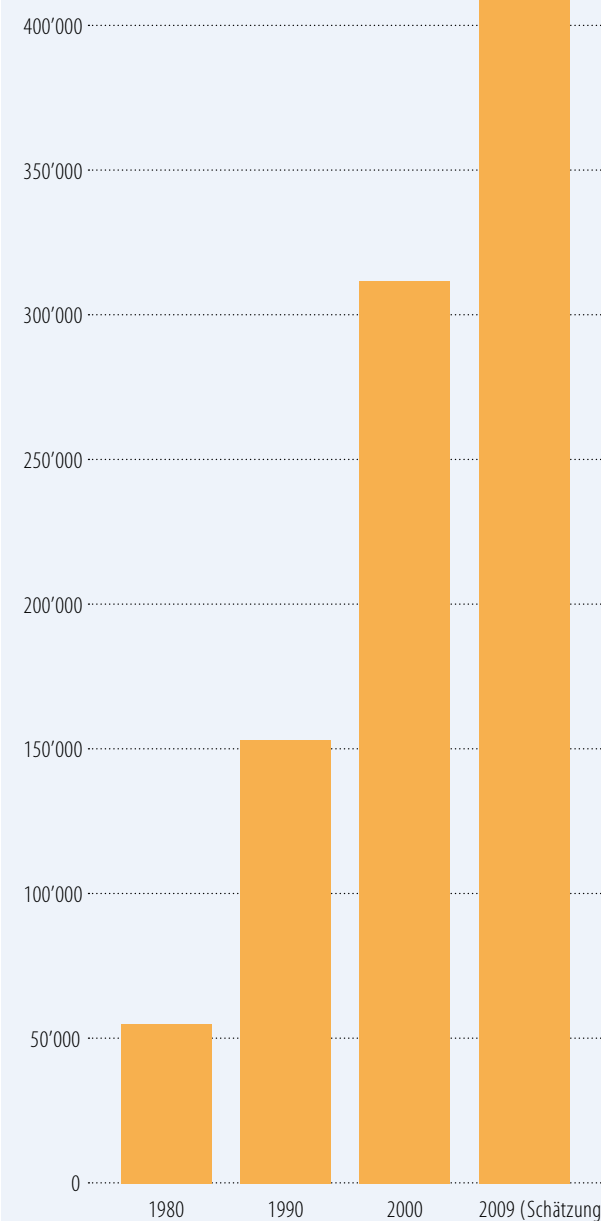
Urteil der Asylrekurskommission, 7.3.2006

...und zwar für alle!

Das Ausländerrecht hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich das Islamismusproblem nicht weiter verschärft und unsere Integrationsfähigkeit übersteigt. Es ist klarzumachen, dass hier unsere Regeln gelten und sich jeder anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor

dem Gesetz steht über der Religionsfreiheit. Darum sind etwa Dispensation im Schwimmunterricht, Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten oder Sonderwünsche im Bestattungswesen nicht zulässig. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden. Der Bau von Minaretten ist Ausdruck eines religiös-politischen Machtanspruchs und darum auch gemäss Volksentscheid abzulehnen.

Zuwachs der islamischen Gesellschaft



Quelle: BFS

Standpunkte

Die SVP

- steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staates, unserer Kultur und unserer Rechtsordnung;
- fordert, dass Kreuze und Kruzifixe als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;
- fordert die Kirchen auf, sich der Seelsorge und der Verkündigung der christlichen Botschaft zu widmen statt der Tagespolitik;
- lehnt jegliches religiöse Sonderrecht ab, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht;
- fordert ein Verschleierungsverbot für Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes, etwa im Gesundheitswesen, bei der Polizei, an öffentlichen Schaltern und in Lehrberufen;
- lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab;
- widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;
- will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen, speziell auch den Sport- und Schwimmunterricht;
- verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots.

Eigenverantwortung statt Staatsallmacht



Noch gibt es in der Schweiz ein leistungswilliges, eigenverantwortliches Bürgertum, das nicht bei jeder Schwierigkeit oder Anstrengung nach dem Staat ruft. Doch der schleichende Sozialismus hat unser Land etwas verspätet, aber umso gründlicher erfasst. Die 1990er-Jahre bedeuteten den Dambruch und bildeten ein eigentliches «sozialdemokratisches Jahrzehnt» mit ausufernden Staatsausgaben, Schuldenbergen, Steuerquoten, Gebühren und Prämien. Eine linke Umverteilungselite hat sich mit Geschick und Erfolg an die entscheidenden Schalthebel in Politik, Gesellschaft, Medien und Kultur gesetzt und leitet stattliche Geldströme in ihre eigenen Taschen und in jene ihrer Klientel. Kurz: Es gibt in der Schweiz immer weniger Menschen, die Brötchen backen, aber immer mehr Menschen, die diese Brötchen verteilen wollen.

«Geld her!»

«Gebt uns Geld!» – so kurz und unmissverständlich lässt sich jedes linke Parteiprogramm zusammenfassen. «Geld her!» – so lautet die Kurzformel jeder politischen Forderung der Linken. Selbstverständlich jederzeit moralisch gerechtfertigt mit Begriffen wie «Solidarität» und «soziale Gerechtigkeit». Und dabei ungeniert auf die niedersten menschlichen Instinkte wie Neid und Missgunst setzend. «Geld her!» – für Mutterschaftsversicherung, Kinderkrippen, Tagesschulen, Frühpensionierungen, Prämienverbilligungen, Gleichstellungsprogramme, Kulturförderung, Integration, Entwicklungshilfe, Bildung, Zwangsfernsehen, öffentlichen Verkehr, Gesundheitsprävention, Rassismusbekämpfung, Alternativenenergien. Der egoistische Befehlston der Linken lautet immer gleich. «Gebt uns Geld!» Und sie holen es sich, das Geld. Durch ein Zwangssystem, durch einen perfekten Umverteilungsstaat, der die Staatsquote Richtung 50 Prozent treibt.

Gegen den EU-Beitritt

Genau gleich geht es in der Europäischen Union zu und her. Darum wollen die Linken unbedingt in die EU. Ein regelrechtes Umverteilungsprogramm sorgt dafür, dass die Tüchtigen bezahlen und sich die Faulen ein schönes Leben auf Pump finanzieren und über ihre Verhältnisse leben. So gibt es keinerlei Anreize, sich anzustrengen. Im Gegenteil: Die Nehmerländer sind sicher, dass die Geberländer immer wieder bezahlen, damit nicht die gesamte Fehlkonstruktion einstürzt. Mit Zusicherung von (nicht vorhandenen) Hunderten von Milliarden sollen Staatsbankrotte abgewehrt werden. Mit dem Ergebnis, dass immer mehr EU-Staaten dem finanziellen Abgrund entgegen taumeln. Schuld sind weder die Wirtschaft noch die Finanzmärkte noch böse Spekulanten. Schuld sind einzig die Politiker und die Bürokraten, die ein solch monströses Gebilde konstruierten und jetzt bestens davon leben. Als Mitzahler für diesen Wahnsinn wäre die Schweiz der EU hochwillkommen. Ohne uns! Die SVP ist die einzige Partei, die den EU-Beitritt ohne Wenn und Aber ablehnt.



Rückkehr zum Erfolgsmodell

Das Schweizer Erfolgsmodell beruht auf Unabhängigkeit statt EU-Diktat, Föderalismus statt EU-Zentralismus, direkter Demokratie statt EU-Bürgerferne, einem massvollen, sparsamen Staat statt EU-Umverteilung. Es gibt keinen vernünftigen Grund, davon abzuweichen. Leider sind wir uns in den letzten Jahren untreu geworden. Die Schweiz übernimmt immer mehr EU-Gesetze und bewegt sich unentwegt weiter Richtung Sozialismus – geschützt von einer mehrheitlich linksdiktierten Medienlandschaft. Nirgendwo auf der Welt sind die Behördenmacht, die Staatsinter-

vention und die staatliche Reglementierung in den letzten Jahren stärker gewachsen als in der Schweiz. Unsere Staatsquote ist stärker gewachsen als in allen afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Sie ist stärker gewachsen als in Kasachstan. Statt den sozialistischen Irrweg in Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Armut zu gehen, sollten wir den Sozialismus überwinden und uns wieder auf das freiheitliche Erbe besinnen: Auf Fleiss und Eigenverantwortung, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und stabile Geldpolitik, auf Privateigentum statt Umverteilung, auf mehr Freiheit und weniger Staat.

Stehen Sie gemeinsam mit der SVP für die Schweiz ein!



Unterstützen Sie die Politik der SVP mit einer Spende auf das

PC 30-8828-5

Vielen Dank!

SVP – die tun was!

- ☐ Ich werde Mitglied der SVP. Bitte schicken Sie mir einen Beitrittstalon für meine Kantonalpartei.
- ☐ Gerne erhalte ich weitere Informationen über die SVP.
- ☐ Gerne erhalte ich weitere Informationen zum Thema:
- ☐ Ich unterstütze die SVP in ihrem Ziel, für die Schweiz einzustehen, und überweise Fr. auf das PC 30-8828-5. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.

Absender:

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Datum / Unterschrift

Bitte zurücksenden an:

SVP Schweiz
Generalsekretariat
Postfach 8252
3001 Bern
Tel. 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
info@svp.ch

www.svp.ch



Schweizer wählen SVP



Impressum

Parteiprogramm der Schweizerischen Volkspartei
2011 – 2015

Auflage: 125'000

Bildquellen:

Belmundo AG, Compagnia Rossini, Dreamstime, Ex-Press AG, Fotolia LLC,
Goal AG, ImagePoint AG, iStockphoto, KEYSTONE AG, Marcus Gyger,
Markus Hutter, REDOG, Remo Nägeli, Stadler Rail AG, VSMR

SVP Schweiz
Generalsekretariat
Postfach 8252, 3001 Bern
info@svp.ch, www.svp.ch

Mein Zuhause –
Unsere Schweiz



Die Partei des Mittelstandes